»Bullenklatscher« Fischer zum 70. S. 12

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland
Nr. 15 – 13. April 2018
Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro
ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE




Wurde mit deutlichem Vorsprung wiedergewählt: Der ungarische Präsident Viktor Orbán Bild: Imago

Ungarns Signal an Brüssel

Wahl der Madjaren schlägt hohe Wellen: Asselborn raunt von »Tumor«

Viktor Orbán hat klar gewonnen. Respekt vor dieser demokratischen Entscheidung scheint manchem EU-Partner abzugehen.

Die ungarische Parlamentswahl am Sonntag geriet zum Schock für das EU-Establishment und die politische Linke insgesamt. Regierungschef Viktor Orbáns Partei Fidesz konnte nicht bloß ihre Mehrheit verteidigen, sie gewann trotz höherer Wahlbeteiligung noch Stimmanteile hinzu. Mit 48 Prozent errang Fidesz klar die absolute Mehrheit im Parlament.

Die Reaktionen im (westlichen) EU-Ausland fallen überwiegend negativ bis schroff ablehnend aus. Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn, Landsmann und Vertrauter von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, giftete hinsichtlich Ungarns von einem „Wertetumor“, den man „neutralisieren“ müsse – ein Partnerland wird wegen seiner Wahlentscheidung zum Ausgangspunkt einer lebensgefährlichen Krankheit erklärt, den es auszutilgen gelte.

Eine große deutsche Tageszeitung wählt ebenfalls einen medizinischen Vergleich und deutet die Wahl als Resultat der „Psyche Ungarns“, das sich oft unterjocht gefühlt habe und daher das Bedürfnis verspüre, sich zu behaupten – diesmal eben gegen Brüssel oder Merkel.

> Europäische Zuchtmeisterei mit der Brechstange

Die Grenzöffnungspolitik der deutschen Kanzlerin hat im Transitland Ungarn tatsächlich für Empörung und Kopfschütteln gesorgt. Die nicht abreißenden Drohungen, man werde EU-Partnern, die nicht genug Asylsucher aufnähmen, die Zuschüsse kürzen, werden in Ungarn, wie auch in Polen oder Tschechien, als Erpressung aufgefasst. Zumal viele Ungarn verbittert darauf verweisen, dass sie für Grenzkontrollen angefeindet würden, welche die Asylflut seit 2015 zumindest einigermaßen eingedämmt haben. Ohne diese Eindämmung, so der Vorwurf, wäre die Lage in Deutschland und einigen anderen EU-Partnern heute noch weit chaotischer.

Die Ungarn-Wahl und die teils giftigen Reaktionen darauf offenbaren den gefährlichen Riss, der die EU spaltet. Äußerungen wie die von Asselborn vertiefen den Riss weiter.

Orbán-Kritiker, auch und gerade in Deutschland, werfen dem ungarischen Regierungslager und den angeblich regierungstreuen Medien des Landes vor, die Opposition behindert und benachteiligt zu haben. Allerdings wirken solche Vorhaltungen dürftig, wo doch die deutsche AfD vielerorts kaum noch Versammlungen abhalten kann, weil die Wirte von Lokalen mit massiven Drohungen überhäuft werden, sobald sie Angehörige der größten Oppositionspartei des Bundestages bei sich tagen lassen. Die Kritik an Ungarn klingt da wie eine aus dem Glashaus.

In Jean Asselborns Attacke spiegelt sich eine Arroganz der Macht, die einer vielfältigen EU mit selbstbewussten Partnerländern den Garaus machen könnte. Dabei ist es kein Zufall, dass gerade einstige Ostblock-Völker darin eine ideologische Zuchtmeisterei mit der Brechstange wittern und auf die Barrikaden gehen, auf denen sie schon einmal (erfolgreich) gestanden haben. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Steilvorlage

Was hat die AfD-Politikerin Beatrix von Storch nach der Amoktat von Münster eigentlich von sich gegeben? „Wir schaffen das.“ Weiter nichts. Kein Wort von Flüchtlingen oder islamischem Terror. Und doch hat jeder bei diesen Worten genau daran gedacht. Genauso wie beim Betrachten der schrecklichen Bilder aus Münster. Denn die Tat folgte exakt der Dramaturgie fundamentalislamischer Anschläge. Ein Fahrzeug wird zur Mordwaffe, der Selbstmörder will möglichst viele Unbeteiligte mit in den Tod nehmen und als Märtyrer sterben. Erst die Muslime haben unsere Kultur um diese Form des Massenmordes bereichert. Wer hat, als die ersten Nachrichten über die Bluttat rumgingen, also nicht unwillkürlich an einen von Muslimen ausgeführten Anschlag gedacht?

Man kann es von Storch nicht verübeln, dass auch sie sofort daran gedacht hat. Und doch war es töricht, diesen Satz zu diesem frühen Zeitpunkt zu posten, weil voreilig. Denn schon nach kurzer Zeit war klar, dass die Wahnsinnstat keinen politischen oder religiösen Hintergrund hat, sondern dass es sich um den erweiterten Suizid eines psychisch kranken Mannes, wie er deutscher und durchschnittlicher nicht sein kann, handelt. Statt zu spekulieren, hätte von Storch die Bekanntgabe erster Ermittlungsergebnisse abwarten sollen. Damit hätte sie es sich und damit auch ihrer Partei erspart, den Staats- und Konzernmedien eine Steilvorlage zu liefern, wieder einmal über sie herzufallen.

Was deren inszenierte Empörung nicht verdecken kann, ist unsere Verwundbarkeit. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich der nächste Amoklauf mit einem Kfz ereignet. Und dann wieder mit einem muslimischen Täter. Dank Merkels „Wir schaffen das“.

Unter dem Mehltau der Antifa

Initiatoren und Unterzeichner der »Erklärung 2018« werden diffamiert und sogar mit Gewalt bedroht

Es sind zwei schlichte Sätze: „Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird. Wir solidarisieren uns mit denjenigen, die friedlich dafür demonstrieren, dass die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird.“

Diese „Erklärung 2018“, initiiert am 15. März 2018 von der Bürgerrechtlerin und *PAZ*-Autorin Vera Lengsfeld, haben mittlerweile zehntausende Bürger unterzeichnet. 2018 von ihnen, sozusagen der akademische Teil, darunter Wissenschaftler, Ärzte, Ingenieure, Autoren, Publizisten, Künstler, stehen auf der öffentlichen Liste; alle weiteren auf einer zweiten, nicht öffentlichen Liste, die als Massenpetition an den Deutschen Bundestag gehen soll.

Nun geschehen seltsame Dinge – denn Deutschland wäre nicht Deutschland ohne den Mehltau der Antifa über dem ganzen Land: Die Drohungen gegen einzelne Unterzeichner beginnen. Es fängt damit an, dass bereits einige Ingenieure und Ärzte bei ihren Arbeitgebern als „Nazis“ angeschwärzt wurden. Bisher lief das ins Leere, denn außer überflüssigen Gesprächen, bei denen diese Behauptungen schnell entkräftet werden konnten, passierte nichts. Unangenehmer sind da schon die Drohungen, die einige frei Haus an die Privatnummer bekommen. Etwa als Nachricht auf dem Anrufbeantworter: „Du Faschistenschwein, wir kriegen dich.“

> Unterzeichner gehören zu allen Bevölkerungs- und Berufsschichten

Auch einige Journalisten der Staats- und Konzernmedien verlieren jegliche Professionalität: So schreibt etwa MDR-Mitarbeiter René Römer auf die Frage, wer denn nun die „wirklich harten Nazis“ sind, die er in einem Beitrag für den „Sachsenspiegel“ als Unterzeichner der „Erklärung 2018“ ausgemacht haben will: „Ich darf zwei Namen herausgreifen, die zu den Unterzeichnern gehören: Götz Kubitschek, Verleger und Vordenker der Neuen Rechten, und Benjamin Jahn Zschocke, Maler und Schatzmeister bei der rechten Plattform Tumulte. Beide tauchen nicht selten als Autoren in der ‚Jungen Freiheit‘ auf. Das sind Neo-Nazis.“ Nun haben aber weder Kubitschek noch Zschocke die Erklärung überhaupt unterschrieben. Und dass sie als Autoren für die „Junge Freiheit“ arbeiten, macht sie zwar zu freien Mitarbeitern, aber keinesfalls zu „Neo-Nazis“, von denen Römer offensichtlich keine Ahnung hat.

> Manche Journalisten »stricken« sich einfach ihre Nazi-Geschichte

Sabotiert wird auch an anderer Stelle. Vera Lengsfeld berichtet: „Über einige Internetanbieter soll unsere Petition nicht mehr aufrufbar sein. Wenn sie aufgerufen wird, erscheint oftmals eine Warnung von Virenschutzprogrammen wie McAfee: ‚Netzstatus: Sehr gefährlich! Halt! Möchten Sie diese Adresse wirklich besuchen?‘ Lassen Sie sich davon nicht ins Bockshorn jagen! Unsere Seite ist ganz ungefährlich, jedenfalls für unsere Besucher. Sie wird regelmäßig Stresstests unterzogen, um feindliche Angriffe abzuwehren. Offensichtlich ist sie aber für die Willkommensbefürworter in Politik und Medien zur Gefahr geworden. Deshalb werden manche Angriffe immer brutaler.“

Sie schreibt weiter: „Unsere Erklärung wirkt und kann noch mehr bewirken, wenn sich ihr noch möglichst viele anschließen. Um ein berühmtes Bonmot abzuwandeln: Es ist ein kleiner Schritt für den Einzelnen, aber ein großer Schritt zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit!“ *Ulrike Dobberthien*

MELDUNGEN

Regierung: Krise überwunden

Berlin – Die Bundesregierung hält die Eurokrise dank gemeinsamer Bemühungen der Mitgliedstaaten der EU für überwunden. Der Ursprung der globalen Finanzkrise von 2008 seien der überhitzte US-Hypothekenmarkt, die zunehmende Kreditvergabe an Kreditnehmer mit zumeist geringer Bonität und eine Vertrauenskrise unter Banken gewesen. Deutschland sowie seine europäischen und internationalen Partner hätten in Reaktion darauf neue Regularien erfolgreich auf den Weg gebracht, um das Vertrauen in die Finanzmärkte wieder herzustellen. Die These, dass die Existenz des Euro als gemeinsame Währung für die Erholung nach der Finanzkrise schädlich gewesen sei, bestreitet die Bundesregierung. Bis auf Griechenland hätten alle Staaten ihre Stabilisierungsprogramme abgeschlossen und seien zur Marktfinanzierung zurückgekehrt. Es sei erkennbar, dass sich diese Reformmaßnahmen ausgezahlt hätten. *J.H.*

Alkoholkonsum gesunken

Berlin – Der Alkoholverbrauch je Einwohner in Deutschland ist von jeweils 9,9 Litern reinen Alkohols in den Jahren 2007 und 2008 auf jeweils 9,6 Liter reinen Alkohols in den Jahren 2014 und 2015 gesunken. In den Jahren 2010 und 2011 lag der Alkoholverbrauch je Einwohner bei jeweils 9,6 Litern reinen Alkohols, während er in den Jahren 2009 sowie 2012 und 2013 jeweils 9,7 Liter betrug. Der Bierkonsum je Einwohner sank von 111,8 Litern Fertigware im Jahr 2007 relativ kontinuierlich auf 105,9 im Jahr 2015. Der Verbrauch an Wein betrug betrug ke Einwohner im Jahr 2007 20,6 Liter Fertigware und 20,5 im Jahr 2015, wobei der höchste Wert in dieser Zeitspanne im Jahr 2013 mit 21,1 Litern verzeichnet wurde und der niedrigste im Jahr 2009 mit 20,1 Litern. Bei Spirituosen bewegte sich der Verbrauch je Einwohner in den Jahren 2008 bis 2015 zwischen jeweils 5,5 und 5,4 Litern Fertigware, nachdem er im Jahr 2007 noch bei 5,6 Litern gelegen hatte. *J.H.*

Schlaglicht auf Seouls Dienste

Seoul – In Zeiten des Tauwetters zwischen den beiden Koreas kommt dem südkoreanischen Nachrichtendienst große Bedeutung zu. Doch selbst dem verbündeten Westen ist nur wenig über ihn bekannt. Der neue Direktor des Nationalen Nachrichtendienstes (NIS) heißt Suh Hoon und kommt aus dem Bereich der Spionage. Erster Stellvertretender Direktor ist Suh Dong-hu, bisher Seouls Botschafter in Pakistan. Seiner Abteilung obliegt die Auswertung sämtlicher Nachrichten aus und über den Norden, sei es durch direkte Spionage, Überläufer, Flüchtlinge oder Erkenntnisse von Reisenden. Jede Zeitung, jede Radio- und Fernsehsendung von dort werden genau ausgewertet. Die zweite Abteilung wird von Kim Joon-hwan angeführt. Seine Aufgabe besteht in der direkten Spionage gegen Nordkorea und dessen Botschaften im Ausland. Er muss Informanten in führenden Positionen Pjöngjangs haben. Es gibt eine recht enge Zusammenarbeit mit der CIA und, allerdings nur auf militärischem Gebiet, mit der japanischen Spionage. Die dritte Abteilung untersteht Kim Sang-gyun. Seine Aufgabe ist die Abwehr der Cyberangriffe Nordkoreas. *F.W.S.*

Die Frist ist abgelaufen

Bis Ende März sollten Polens Städte ihre Sowjetdenkmäler entfernen – Eine Bestandsaufnahme

Bis Ende vergangenen Monats sollten Polens Städte Denkmäler aus der Zeit des Kommunismus entfernen. Die Regierungspartei PiS will damit die Glorifizierung der Sowjetunion beenden.

Das „Dankbarkeits-Denkmal" im niederschlesischen Liegnitz, das an die sowjetischen „Befreier" der Stadt erinnert, wurde nach dem Krieg aus dem Metall zweier eingeschmolzener deutscher Denkmälern gegossen. Auf den Trümmern Deutschlands sollte ein neues, junges Polen mit brüderlicher Hilfe durch die Sowjetunion entstehen. In Ostdeutschland stehen besonders viele dieser sowjetischen Ehrenmale, denn dort hatte kaum ein Pole vor dem Kriege gewohnt, also hatte dort auch kaum ein Pole für die „Befreiung" gekämpft, sondern nur die Sowjetsoldaten. 600000 von ihnen sind für die „Befreiung" dieses Teils der heutigen Republik Polen gestorben.



Foto: action press

Bestandteil der polnischen Dekommunisierung: Demontage des „Dankbarkeits-Denkmals" im niederschlesischen Liegnitz

Unlängst wurde das Denkmal von Liegnitz mit einem Kran vom Sockel gehoben. Seine heutigen Bewohner wurden genauso wenig wie die der anderen betroffenen Städte gefragt. Allerdings waren sie auch bei der Aufstellung der Denkmäler nicht gefragt worden, und die heutigen politischen Entscheidungsträger sind im Gegensatz zu den damaligen durch allgemeine, gleiche und geheime Wahlen demokratisch legitimiert.

Die Abrisse erfolgten im Rahmen des am 21. Oktober vergangenen Jahres in Kraft getretenen sogenannten Dekommunisierungsgesetzes. Ebenfalls bereits im vergangenen Jahr haben die Behörden in Stettin das sowjetische Mahnmal „Zu Ehren derer, die für Stettin kämpften" zerlegen und verschrotten lassen. Stettin hatte noch bis 1955 einen sowjetischen Hafen, keinen polnischen. Fast 300 Sowjetehrenmäler in der gesamten Republik Polen sind von dem neuen Gesetz betroffen, mit dem die polnische Regierung den öffentlichen Raum von der Verherrlichung der Sowjetunion befreien möchten.

Die etwa 30 Kilometer südöstlich von Braunsberg und 55 Kilometer südwestlich von Königsberg liegende ostpreußische 3000-Einwohner-Stadt Mehlsack [Pieniezno] sorgte bereits 2015 für Schlagzeilen, als die Rathausverwaltung ein Sowjetdenkmal für den dort gefallenen Iwan Tschernjachowski entfernen ließ. Polnische Historiker waren zuvor zu der Erkenntnis gekommen, dass der jüngste Armeegeneral in der Geschichte der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg für die Tötung Tausender polnischer Untergrundkämpfer verantwortlich gewesen sei. Kritik am Abbau kam damals vor allem aus der nur 40 Kilometer entfernten Russischen Föderation. In deren Königsberger Gebiet haben Sowjetdenkmäler seit einigen Jahren wieder Konjunktur. Dort wird Tschernjachowski noch heute als „Held des Großen Vaterländischen Krieges" gefeiert.

Nur wenige Gemeinden in der Republik Polen haben sich entschieden, für den Erhalt von Sowjetdenkmälern zu kämpfen. Allenstein [Olsztyn] im südlichen Teil Ostpreußens ist eine von ihnen. Dort hatte die Stadt das Monument für die Rote Armee früh genug unter Denkmalschutz stellen lassen. Deshalb konnte sich der Stadtrat erfolgreich weigern, es zu entfernen. Laut einer Umfrage handelte der Stadtrat im Sinne der Mehrheit der Stadtbewohner.

1994 hat Polen mit Russland vertraglich vereinbart, Gedenkorten und letzten Ruhestätten zu erhalten. Artikel 3 enthält die Verpflichtung, den „Schutz der Gräber, Grabsteine, Denkmäler und anderer Gedenkobjekte sowie die Begrünung und den Erhalt" sicherzustellen. Die PiS-geführte polnische Regierung interpretiert das in der Weise, dass die russischen Kriegsgräber, die es auf vielen Friedhöfen polnischer Kommunen gibt, gepflegt werden sollen. Sie sollen denn auch von der Dekommunisierung unberührt bleiben. Neben den 600000 gefallenen Sowjetsoldaten und Offiziere sind auf dem Territorium der Republik Polen zwischen 700000 und eine Million sowjetische Kriegsgefangene beerdigt, die in der Zeit dort starben als diese Gebiete noch zum Reich gehörten beziehungsweise von der Wehrmacht besetzt waren. Für Empörung sorgt die Entfernung der Sowjetdenkmäler naheliegenderweise vor allem in der Russischen Föderation, dem Rechtsnachfolger der Sowjetunion. Seitens Russland gab es sogar den Wunsch, das polnische Dekommunisierungsgesetz durch internationale Gremien auf seine Rechtmäßigkeit hin überprüfen zu lassen. Zudem wirft die russische der polnischen Seite Geschichtsfälschung vor.

Bodo Bost

»Krebs ist sch...«

Ärger über Journalisten führt zu großer Spendenaktion

Hunderte Spenden mit drastischen Botschaften haben die Internetseite der Deutschen Krebshilfe zum Absturz gebracht. Mit der Nachricht richten sich die Spender allerdings nicht in erster Linie gegen die Krankheit, sondern den US-amerikanischen Journalisten und IT-Sicherheitsexperten Brian Krebs. Und das kam so:

Das deutsche Bilderportal „pr0gramm" ist eine Webseite, auf der Tausende angemeldete Nutzer Bilder hochladen, diese bewerten und kommentieren können. Die Seite ist bekannt für zweifelhafte Inhalte, die unter anderem die Darstellung pornografischer und gewaltsamer Fotos einschließen. Am 26. März veröffentlichte Krebs auf seinem Blog einen Artikel über Coinhive, eine Schadsoftware, die vernetzt auf Webseiten Kryptowährung über die Benutzer erntet. Der Entwickler der Software ist Gründer und ehemaliger Betreiber des Bilderportals „pr0gramm". Coinhive ist darauf zu Testzwecken vertreten.

Im Zuge seiner Arbeit deckte Krebs nicht nur dies, sondern auch die Identitäten der aktuellen Betreiber der „pr0gramm"-Seite auf. Damit traf er einen Schwachpunkt, da in der Vergangenheit bereits eine Aufdeckung der Identitäten der alten Betreiber zu Angriffen auf deren Privatsphäre geführt hatte. Die Betreiber veröffentlichten eine Stellungnahme auf „pr0gramm", in der sie die Situation darlegten mit dem Hinweis, dass sie bei Aufruhr der Nutzer in Form von Angriffen auf Brian Krebs' Persönlichkeit das Bilderportal zugunsten ihrer eigenen Privatsphäre schließen würden.

Ein über eine mögliche Schließung der Seite verärgerter Nutzer lud am Folgetag ein Bild seiner Spendenbestätigung über 25 Euro an die Deutsche Krebshilfe hoch als metaphorischen Kampf gegen (Brian) Krebs. Dem eigenwilligen Charakter der Nutzergemeinschaft entsprechend, wurde diese Idee sofort aufgegriffen. Beflügelt von dem Gefühl, ein Ventil zum intelligenten und noch dazu sinnvollen Protest zu haben, schlossen sich Tausende Nutzer an und luden im Minutentakt ihre Spendenbelege hoch. Die Protestaktion entwickelte sich schnell zu einer viralen Spendenkampagne unter den Schlagworten „KrebsIsCancer" und „Krebs ist scheiße", die in nur vier Tagen über 200000 Euro allein an die Deutsche Krebshilfe zusammentrug, wie der Vorstandsvorsitzende Gerd Nettekoven bekanntgab. Die Zugriffe auf die Internetseite der Krebshilfe seien um das Zehnfache gestiegen. Auch andere Institute wie die Knochenmarkspenderdatei DKMS profitierten durch Registrierungen und Spendenbeiträge. Die Einzelbeträge variierten zwischen wenigen Euro und mehreren Tausend. Insgesamt engagierten sich etwa 10000 Teilnehmer bei der Spendenaktion. Hochgeladene Bilder, die nichts mit der Spendenaktion zu tun hatten, wurden negativ bewertet und als gerade nicht angebracht betitelt.

Entgegen der Hauptregel der Nutzergemeinschaft, die Geschehnisse auf ihrer Webseite aus der Öffentlichkeit zu halten, katapultierte sie sich damit in die Aufmerksamkeit der Medien und widerlegte zugleich ihr verrufenes Image. Krebs gab auf seinem Blog eine Stellungnahme ab, in der er sich positiv über den Spendenverlauf äußert und betont, dass die jetzigen Betreiber des Bilderportals an der Entwicklung der von ihm kritisierten Software Coinhive nicht beteiligt seien.

Melinda Heitmann

Am besten abends

Kartellamt legt Tankstellen-Bericht vor

Das Bundeskartellamt hat seinen aktuellen Jahresbericht zur Tätigkeit seiner Markttransparenzstelle für Kraftstoffe veröffentlicht. Demnach können zwischen dem durchschnittlich höchsten und niedrigsten Kraftstoffpreis innerhalb einer Stadt im Tagesverlauf im Extremfall Unterschiede von mehr als 30 Cent pro Liter liegen. In stichprobenweise ausgewählten, besonders ländlichen Landkreisen waren zum Teil noch Unterschiede von 15 bis 25 Cent pro Liter feststellbar. Zwischen dem durchschnittlich höchsten und niedrigsten Kraftstoffpreis an ein und derselben Tankstelle sind Unterschiede von um die 10 Cent pro Liter zu beobachten. Dies galt im Wesentlichen sowohl für die betrachteten Städte als auch für Landkreise, wobei sich die Preisspannen in den Städten insgesamt etwas größer darstellten.

Für Mitte Januar bis Mitte Februar 2018 war zu beobachten, dass die Preise durchschnittlich zu vier verschiedenen Zeiten im Verlauf von 24 Stunden angehoben wurden, nämlich am frühen Morgen (ab etwa 5 Uhr), mittags (ab etwa 12 Uhr), am Nachmittag (ab etwa 17 Uhr) sowie am späteren Abend (ab etwa 22 Uhr). Dazwischen fallen die Preise immer wieder. Besonders hohe Preise während der Nachtstunden waren Anfang 2018 im Gegensatz zu den Vorjahren allerdings nicht mehr zu beobachten. Tendenziell sind die Preise immer noch am späteren Abend am günstigsten. Die relative Preisposition der verschiedenen Tankstellen zueinander ist recht stabil. Günstige Tankstellen blieben meist günstig, teure meist teuer.

Für den Bericht wurden die deutschlandweiten Kraftstoffpreise für den Zeitraum vom 1. Juni bis 30. November 2017 ausgewertet. Für einzelne Analysen wurde das gesamte Jahr 2017 betrachtet. Angesichts aktueller Entwicklungen wurden außerdem Preisdaten von Anfang 2018 herangezogen. Die Markttransparenzstelle für Kraftstoffe erfasst die Preisdaten von rund 14750 Tankstellen in Deutschland. Sie bietet selbst keine Preisinformationen an, sondern leitet die an sie gemeldeten Preisänderungen aber in kürzester Zeit an Verbraucher-Informationsdienste weiter. Die Informationen können dann bei diesen online und über Handy-Apps abgerufen werden. *J.H.*

Pflegeregress in Österreich ausgesetzt

In der Bundesrepublik indes drohen Pflegebedürftigen und deren Angehörigen neue Belastungen

„Die Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe" – diese Auffassung von Rechtsethikern zitieren Politiker häufig in der Pflegedebatte. In Österreich hat der Gesetzgeber die Konsequenzen aus dieser Maxime gezogen.

Zum 1. Januar ist der sogenannte Pflegeregress in allen neun Bundesländern ausgesetzt worden. Deckungslücken in der stationären Pflege werden damit ohne Rückgriff auf das Privatvermögen des Betroffenen und dessen Angehörigen aus Steuermitteln finanziert. Mit dem entsprechenden Gesetz präsentierte die alte SPÖ-ÖVP-Regierungskoalition unter Ex-Bundeskanzler Christian Kern der Bevölkerung am 1. August 2017 noch vor der Nationalratswahl ein willkommenes „Zuckerl". Der Angehörigen-Regress zur Finanzierung der Pflegekosten war seit jeher umstritten. 2000 bis 5000 Euro monatlich kostet ein Platz in einem Pflegeheim und damit etwa ebenso viel wie in der Bundesrepublik. Der Eigenanteil für die vollstationäre Pflege hängt wie in der Bundesrepublik von der Pflegestufe beziehungsweise dem Pflegegrad ab. Wenn Pension beziehungsweise Rente und Pflegegeld eines Heimbewohners nicht zur Deckung der Kosten für das Wohnen und die Betreuung ausreichen, springt die bedarfsorientierte Mindestsicherung ein. Ab sofort werden von den Bundesländern aber keine Rückforderungsansprüche der Sozialhilfeleistungen gegenüber nahen Angehörigen oder Erben der pflegebedürftigen Personen mehr erhoben. Kinder waren schon vorher von Regressansprüchen ausgenommen. Aufhorchen lässt der Punkt, dass auch das Vermögen der Pflegeheimbewohner fortan unangetastet bleiben soll.

Familien profitieren enorm von der Befreiung der finanziellen Beteiligung an der Heimunterbringung von Angehörigen. Als Folge der Gesetzesänderung ist jedoch schon jetzt eine um 30 Prozent erhöhte Nachfrage nach Pflegeheimplätzen zu verzeichnen. Mit langen Wartezeiten für Neuaufnahmen muss auch zukünftig gerechnet werden. Auch dürfte der Staat sich gezwungen sehen, an anderer Stelle Sozialleistungen zu kürzen.

Experten rechnen außerdem damit, dass zur Gegenfinanzierung der entfallenden Regressansprüche der Länder kein Weg an einer verpflichtenden Pflegeversicherung vorbeiführen wird. Zurzeit gibt es eine abgestufte Pflegeversicherung auf freiwilliger Basis zur Aufstockung des staatlichen Pflegegeldes.

In der Bundesrepublik klingen die Neuigkeiten aus dem südöstlichen Nachbarland beinahe wie ein Märchen. Zum 1. Januar ist mit dem Pflegestärkungsgesetz III bundesweit die dritte Stufe der Pflegereform in Kraft getreten, mit der in der stationären Pflege flächendeckend Tarifverträge eingeführt werden. Für die Heimbewohner hat der erfreuliche Lohnzuwachs der Pflegekräfte jedoch teilweise massive Preissteigerungen zur Folge. Im Koalitionsvertrag hatten CDU/CSU und SPD vereinbart, dass 8000 neue Fachkräfte in der Heimpflege angestellt werden, ohne dass die dadurch entstehenden Mehrkosten zulasten der Pflegebedürftigen gehen. Durch die bessere Bezahlung der Pflegekräfte und Veränderungen bei den Pflegesachleistungen sind aber weitere, erhebliche Mehrkosten in der Pflege entstanden, die vollständig auf die Pflegebedürftigen umgelegt wurden. Die Heime haben bereits mehrheitlich mit den Krankenkassen und Sozialagenturen die Preise neu verhandelt. Auf die Bewohner kommen Preissteigerungen von 100 bis zu 400 Euro für ihre Heimunterbringung zu.

Das sorgte naheliegenderweise für Diskussionen. Das Polit-Magazin „Fakt" des Ersten Deutschen Fernsehens berichtete im Januar über die Folgen für einzelne Betroffene. Wenn Bewohner die höheren Kosten nicht mehr aufbringen können und auch das Vermögen aufgebraucht ist, müssen die Angehörigen notgedrungen oft erstmals den Gang zum Sozialamt antreten.

In der Politik erkennt man Handlungsbedarf. Der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit im Deutschen Bundestag Erwin Rüddel (CDU) will sich dafür einsetzen, dass die Finanzierung der höheren Personalkosten und Pflegesachleistungen über die Kranken- und die Pflegeversicherung erfolgt. Von einer gleichmäßigen Verteilung der Mehrkosten auf Krankenkassen und Heime war nicht die Rede. Am bundesdeutschen Pflegemarkt sind seit rund zehn Jahren Finanzinvestoren aus der ganzen Welt aktiv, sowohl bei den Heimbetreibern als auch bei den Immobilien. So erwarb der US-Finanzinvestor Oaktree im vergangenen Jahr mit Pflege & Wohnen und Vitanas gleich zwei große deutsche Pflegeheimketten. Zusammen kommen beide auf gut 8300 Plätze und 6200 Mitarbeiter. Inwieweit sich die Bundespolitik jetzt gezwungen sieht, Rücksicht auf die Interessenlage der großen internationalen Investoren zu nehmen, darüber lässt sich nur spekulieren. *D. Jestrzemski*



Während das Vermögen ihrer Leidensgefährten und deren Angehöriger in Österreich geschont wird, drohen ihnen und ihren Angehörigen zusätzliche Belastungen: Pflegebedürftige in einem Altenpflegeheim im bundesdeutschen Eberswalde-Finow

Bild: Imago

MELDUNGEN

Regierung deckt Illegale

Berlin – Die Bundespolizei und die mit der Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden haben im vergangenen Jahr insgesamt gut 50000 unerlaubt eingereiste Menschen festgestellt. Mit Konsequenzen haben die Illegalen allerdings nicht zu rechnen. Denn wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD ausführt, ist nach dem Aufenthaltsgesetz die unerlaubte Einreise von Ausländern in das Bundesgebiet strafbar. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention dürften jedoch keine Strafen gegen Flüchtlinge wegen ihrer unerlaubten Einreise verhängt werden. Auf diesen persönlichen Strafaufhebungsgrund habe der deutsche Gesetzgeber im Aufenthaltsgesetz ausdrücklich hingewiesen. Daher würden Flüchtlinge unter den Voraussetzungen der Genfer Flüchtlingskonvention nicht wegen unerlaubter Einreise oder unerlaubten Aufenthalts bestraft. *J.H.*

96 Millionen für linke Projekte

Berlin – Die Gesamtausgaben des Bundes für das Bundesprogramm „Demokratie leben!" lagen 2017 bei knapp 96 Millionen Euro. Im Vorjahr waren es nur rund 48 Millionen, 2015 rund 38 Millionen Euro. Das Programm „unterstützt Initiativen, Vereine sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland, die sich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander einsetzen". Gerichtet ist es indes nur gegen die vermeintliche Gefahr „von rechts". Es werden nämlich Modellprojekte nur gefördert, um „innovative Ansätze in der präventiv-pädagogischen Arbeit zu den Problemfeldern Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit sowie Homosexuellen- und Transfeindlichkeit" zu entwickeln und zu erproben. *J.H.*

Ungleiche Kinderverteilung

Weitaus höhere Geburtenrate auf dem Land als in der Stadt

Die Geburtenrate in Deutschland steigt wieder. Experten sehen dies als positives Signal. Allerdings werden in den ländlichen Gegenden weitaus mehr Kinder geboren als beispielsweise in München. Wie aus einer Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) hervorgeht, haben Frauen der Jahrgänge 1969 bis 1972 in Passau, Kiel, Gera, Würzburg sowie in München, Düsseldorf und Köln bundesweit die wenigsten Kinder geboren.

Dass der Unterschied zwischen Land und Stadt nicht noch größer ausfällt, hängt mit dem starken Zuzug von Immigranten in die Ballungsgebiete zusammen. „Ohne die vergleichsweise hohe Kinderzahl von Migranten wäre die Geburtenrate in den Städten hierzulande noch deutlich niedriger", sagte der Studienleiter Martin Bujard bei der Präsentation der Ergebnisse. Als Ursachen für niedrige Kinderzahlen nannte Bujard gegenüber der Deutschen Presse-Agentur zu wenig bezahlbare Wohnungen, dürftige Betreuungsangebote und kinderfeindliche Wohnquartiere.

Statt kurzfristige Korrekturen fordert Bujard, eher langfristige Überlegungen anzustellen. Neben dem „Platzproblem" müssten weitere Maßnahmen getroffen werden. So sollten Kommunen gezielt familienfreundliche Umgebungen schaffen, etwa stark verkehrsberuhigte Wohngebiete, in denen sich Kinder gefahrlos frei bewegen können. „Hier gibt es einen riesigen Nachholbedarf. In der Vergangenheit ist oft den Bedürfnissen des Autoverkehrs Vorrang eingeräumt worden", sagte er.

Auch der Politologe Tilmann Mayer von der Universität in Bonn hält die räumlichen Kapazitäten für einen wichtigen Faktor: „In vielen Städten fehlt es an Wohnraum für Familien mit drei oder mehr Kindern." Auf dem Land böten sich zumeist mehr Freiräume für das Familienleben. Auch seien in der Großstadt größere Freizeitangebote eine attraktive Alternative zum Elternsein. Gleichfalls spiele eine „gewisse katholische Familientradition" in einigen ländlichen Räumen eine Rolle, erklärte der Politikwissenschaftler gegenüber dem Deutschlandfunk

> Insgesamt steigt die Geburtenrate in Deutschland wieder

Von einer Mietpreisbremse in städtischen Gebieten hält Mayer nichts. Das würde das Problem nicht lösen. Stattdessen müsse man untersuchen, was man auf der Kreisebene besser machen könne, um mehr Anreize fürs Kinderkriegen zu schaffen. Hier seien sowohl die Bundesregierung als auch die Kommunalpolitik gefordert. Kommunen sollten gezielt „familienfreundliche Umgebungen" schaffen, etwa stark verkehrsberuhigte Wohngebiete, in denen sich Kinder gefahrlos frei bewegen können. Hier gäbe es „einen riesigen Nachholbedarf".

Ganz im Sinne von Mayer hält die FDP nichts von einer Verschärfung der geltenden Mietpreisbremse. Vielmehr solle sie „wegen Unwirksamkeit" abgeschafft werden. Sie sei eher eine „Wohnraumbremse", weil sie dringend benötigte Investitionen in mehr Wohnungsbau verhindere. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in den Städten werde, so die Kritik der FDP-Bundestagsfraktion, zurzeit nur verwaltet statt bekämpft zu werden. Der Kinderwunsch dürfe nicht am Geldbeutel oder am fehlenden Platz scheitern.

Im Gegensatz dazu setzt die Bundestagsfraktion der weniger marktwirtschaftlich ausgerichteten Linkspartei auf die „Einführung einer kontrollierten und organisierten Mietpreisbremse". *Peter Entinger*

»Populistisches Netzwerk«

Grüne Realpolitiker auf Distanz zur Multikulti-Ideologie

Die Grünen bilden die parlamentarische Speerspitze der multikulturellen Ideologie. Doch selbst dort erkennen mittlerweile Realpolitiker die Grenzen des Machbaren. Boris Palmer, Oberbürgermeister in Tübingen, ist Wortführer jener, die andere Wege gehen wollen, aber dabei auf Gegenwind stoßen. Kriminelles und sozial untragbares Verhalten von Asylbewerbern solle stärker geahndet werden, fordert Palmer. Bund und Länder sollten gemeinsam daran arbeiten, die Betroffenen schneller auszuweisen. Und: „Wir können auch nicht jeden integrieren."

Das sind für einen Grünen ungewöhnliche Töne. Doch in Baden-Württemberg gehen die Uhren anders. Dort sind sie die stärkste Kraft und stellen mit Winfried Kretschmann den Ministerpräsidenten. Sozial-ökologische Utopien finden sich im „Ländle" kaum. Palmer ist einer der engsten Berater des einzigen grünen Regierungschefs der Bundesrepublik. Mit seinem Buch „Wir können nicht allen helfen" wurde er bundesweit bekannt und für viele seiner Partei zum Feindbild. „Grüner Sarrazin" oder „schwäbischer Trump", riefen ihm die „Parteifreunde" entgegen. Er erzeuge Angstgefühle, hieß es weiter. Der frühere Umweltminister und Parteilinke Jürgen Trittin bescheinigte dem 45-jährigen gar eine Nähe zur Alternative für Deutschland.

„Ich habe überhaupt keinen Anlass darüber nachzudenken, mein Parteibuch zurückzugeben – jedenfalls nicht, solange die ökologische Frage ungelöst ist", reagierte Palmer auf die Kritik. Zudem stellte er den



Boris Palmer Bild: Imago

Grünen ein gutes Zeugnis in Sachen Toleranz aus. „Ich weiß nicht, ob alle Parteien tatsächlich so großzügig sind, also auch beim Beschimpfen, aber letztlich im Aushalten von solchen Widersprüchen und Querköpfen."

Palmer weiß freilich auch, dass er nicht alleine ist. Vor allem nicht in Baden-Württemberg. Neulich hinterließ der Tübinger Oberbürgermeister einen „Like" unter einem Leserbrief des Balinger Kommunalpolitikers Peter Seifert. Der sitzt – parteilos – für die Grünen im Gemeinderat und hatte in einem Brief die Zustände auf dem Bahnhofsgelände in der 30000-Einwohner-Stadt moniert und dafür vor allem Asylbewerber verantwortlich gemacht. „Wir erleben hier am Bahnhof Tag für Tag, wie unser Rechtsstaat vorgeführt wird", schrieb Seifert. Die Zustimmung von Palmer führte dazu, dass überregionale Medien berichteten. Innerhalb der Grünen wird von einem „populistischen Netzwerk" gesprochen.

Und die Stimmung wird noch hitziger. Denn Palmer ist neuerdings voll des Lobes für Österreichs Regierungschef Sebastian Kurz. „Eigentlich wissen doch alle Oberbürgermeister", sagt Palmer, „dass wir es Kurz' Grenzschutz und der Schließung der Balkan-Route zu verdanken haben, dass wir die Situation in den Griff bekommen haben." Das einzige Argument, das „seine lieben Freunde von der Antifa" vorbrächten, sei, dass Kurz mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) koaliere. „Danach kommt dann aber nur noch eine große Leere." Vielen Grünen dürfte das nicht gefallen. *P.E.*

Zeitzeugen



Bild: Christliches Medienmagazin pro/CF

Heinz Buschkowsky (SPD, ehemaliger Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln): „Integration heißt doch dazuzugehören, Teil des anderen zu werden. Wer mit dem zweiten Pass in der Tasche rumrennt, wird nie Teil des anderen. Jede gescheiterte Integrationskarriere birgt die Gefahr von Radikalisierung.“

Thomas Faist (Migrationsforscher): „Wissenschaftliche Untersuchungen haben gezeigt, dass sich der Besitz von zwei Pässen positiv auf das Zugehörigkeitsgefühl im Aufnahmeland auswirkt. Zudem fühlen sich Doppelstaatler stärker politisch repräsentiert. Mehrstaatigkeit fördert also nicht nur die Integration, sondern auch die demokratische Teilhabe.“



Bild: CSU

Stephan Mayer (CSU, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenminister): „Doppelte Staatsangehörigkeit sollte die absolute Ausnahme bleiben. Denjenigen, die keinen Bezug zu Deutschland haben, sollte die deutsche Staatsangehörigkeit nicht einfach vererbt werden.“

Günter Krings (CDU, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundsinnenminister): „Wir müssen das Thema der doppelten Staatsangehörigkeit prinzipiell neu regeln. Wie der Fall Denis Yücel gezeigt hat, führt sie nicht einmal dazu, dass unser Staat einen Doppelstaatler wirksam vor dem Erdogan-Regime schützen kann.“

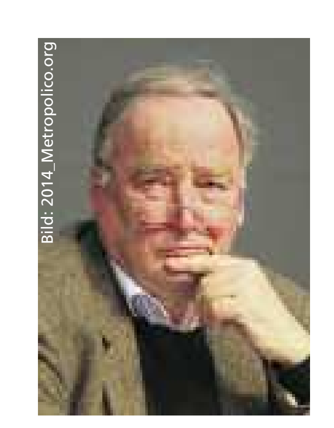


Bild: 2014_Metropolico.org

Alexander Gauland (Co-Fraktionschef der AfD im Bundestag): „Die doppelte Staatsbürgerschaft ist falsch und fördert mitnichten die Integration. Wer sich für viele Vaterländer entscheidet, hat am Ende gar keins. Die emotionale Bindung zum eigenen Land wird durch Beliebigkeit und Opportunismus ersetzt.“

Norbert Röttgen (CDU, ehemaliger Bundesumweltminister, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages): „Die doppelte Staatsangehörigkeit hat sich nicht bewährt. Der Stand der Integration ist offenbar schwächer, als viele bisher angenommen haben.“

Agitation gegen die eigene Tat

Erst beseitigte die Union die Optionspflicht, und nun beklagt sie deren Abschaffung

Was nicht einmal Rot-Grün unter SPD-Kanzler Gerhard Schröder forderte, machte Schwarz-Rot 2014 unter CDU-Kanzlerin Angela Merkel zur Regel: den zeitlich unbegrenzten Doppelpass ohne Optionspflicht für in Deutschland geborene Ausländerkinder. Das hindert die Union allerdings nicht daran, sich mittlerweile ähnlich kritisch zu geben wie die AfD.

Die Rückkehr zur Optionspflicht haben sich im Grunde beide auf die Fahnen geschrieben. Seit vier Jahren werde die Staatsbürgerschaft an Kinder ausländischer Eltern verschenkt, beklagte sich die AfD im Bundestag. Ohne die Pflicht zur Entscheidung für einen Staat fehle „jede Motivation, sich zu integrieren“, so der Bundestagsabgeordnete Gottfried Curio. Wenn es noch eines „Nachweises für die Gefahr des Doppelpasses bedurft“ hätte, dann sei er durch das Wahlverhalten der Türkeistämmigen in Deutschland belegt worden, die „mehrheitlich die Erdogan-Diktatur“ unterstützten. Wer illoyale Ausländer zum „Staatsvolk“ und damit auch zum „Wahlvolk“ mache, gefährde den „deutsche Selbstbestimmung und Bewahrung des inneren Friedens“.

Diese Position ist gar nicht so weit von der des Parlamentarischen Staatssekretärs Stephan Mayer (CSU) beim neuen Bundesinnenminister Horst Seehofer entfernt. Mayer hatte vor genau einem Jahr in einem „Welt“-Interview erklärt: „Ich halte es für wichtig, dass wir in der nächsten Legislaturperiode die Erleichterungen bei der doppelten Staatsbürgerschaft wieder rückgängig machen.“ Auch Mayer plädierte für das Optionsmodell, nach dem sich Kinder ausländischer Eltern, die hier geboren sind, im frühen Erwachsenenalter für einen Pass entscheiden müssen. Und er markierte sogleich die Unterschiede zur politischen Konkurrenz: „Es war schon immer ein diametraler Unterschied zwischen der Position von CDU/CSU und SPD, Linken und Grünen. Letztere gingen immer davon aus, dass allein schon mit der deutschen Staatsbürgerschaft die Menschen integriert werden.“

Nicht viel anders argumentiert Mayers Fraktionskollege Marian Wendt (CDU): „Eine Staatsbürgerschaft ist mehr als ein Bonbon, das man einfach so mitnimmt ... Niemand kann aus meiner Sicht zwei Gesellschaften dienen.“ Als CSU-Generalsekretär brachte Andreas Scheuer das Ganze auf die Formel: „Erst kommt die Integration, dann der Pass.“

Links handeln, rechts reden

Doch wirklich einig war sich die Union bislang nicht, das haben die diversen innerparteilichen Debatten der vergangenen zwei Jahre gezeigt. Man hat zwar den Mund gespitzt und ein Zurück zur Optionspflicht verlangt, aber in den Koalitionsgremien dann nicht zu laut gepfiffen. Schließlich hatte die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel auf dem Essener Bundesparteitag im Dezember 2016 erklärt, sie persönlich halte es für falsch, den Kompromiss mit der SPD zur doppelten Staatsbürgerschaft aufzukündigen. Es wird interessant sein zu beobachten, ob die Union als stärkste Kraft in der Koalition in dieser Legislaturperiode zu einer eindeutigen Positionierung in der Lage ist.

Tatsächlich ist es im Augenblick die AfD, die auf klare Verhältnisse pocht. Anfang Februar hat sie einen eigenen Gesetzentwurf im Bundestag eingebracht, der zur Beratung an den Innenausschuss überwiesen wurde. Sie verwies in der Begründung darauf, dass das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht „nach Abstammung“ im Jahr 2000 durch ein entsprechendes Recht „nach Geburtsort“ erweitert worden sei: „Dieses für die seit 2000 hier geborenen Kinder ausländischer Eltern geltende Anrecht auf die deutsche Staatsangehörigkeit wurde regelhaft, jedoch nur auf Zeit gewährt, sodass eine nur vorübergehende Doppelstaatigkeit entstand, die mit der Optionspflicht – für eine der beiden Staatsbürgerschaften – zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr endete.“ Seit 2014 werde diese Doppelstaatlichkeit auf Zeit aber „im Gegensatz zum Sinn dieser Bestimmung“ auf Dauer gewährt. Dies führe automatisch zu einer wachsenden Anzahl doppelstaatiger Personen und damit in die „vielfältige Problematik einer massenhaften, ja regelhaften Doppelstaatigkeit, die es zu vermeiden gilt“. *Gernot Facius/PAZ*



Bild: pa

Öffentlichkeitswirksam, aber wirkungslos: Auf dem CDU-Parteitag in Essen stimmte 2016 eine Mehrheit für die Optionspflicht

Wie andere EU-Staaten es handhaben

Ein EU-weit geltendes Staatsangehörigkeitsrecht gibt es nicht, und eine Harmonisierung ist (noch) nicht in Sicht. Bei den Franzosen, die sich nicht wie die Deutschen primär als Kultur-, sondern als Staatsnation begreifen, weil der Staat vor der Kulur da war, gilt das Territorialprinzip, das sogenannte ius soli (Recht des Bodens) uneingeschränkt. Wer in Frankreich geboren wird, erhält die französische Staatsbürgerschaft, und zwar unabhängig von der Nationalität der Eltern.

In Schweden, einem Einwanderungsland, galt lange der Grundsatz der Vermeidung von doppelter Staatsbürgerschaft. Im Jahr 2001 trat eine Wende ein. Schwedischen Staatsbürgern ist es nun erlaubt, eine andere Staatsbürgerschaft zu beantragen, ohne dass sie den schwedischen Pass abgeben müssen – sofern das Recht des entsprechenden Landes dies zulässt. Umgekehrt gilt, dass Einwanderer nach Schweden ihre ausländische Staatsangehörigkeit bei der Einbürgerung nicht zwangsläufig aufgeben. Linksliberale Soziologen in Deutschland halten das Königreich in dieser Beziehung für vorbildlich.

Eine Angleichung ist nicht in Sicht

Andere Länder im Norden verfahren ähnlich. Dänemark verabschiedete 2014 ein Gesetz, das die doppelte Staatsangehörigkeit ausdrücklich erlaubt. In Finnland trat bereits 2003 eine entsprechende gesetzliche Regelung in Kraft. Im Nicht-EU-Mitglied Norwegen ist die Lage allerdings anders. Nur in Ausnahmefällen haben Norweger Anspruch auf eine zweite Staatsangehörigkeit.

Polnische Staatsbürger können nicht gleichzeitig als Bürger eines anderen Staates anerkannt werden. Doch wurde bislang der Besitz eines zweiten Passes nicht geahndet. Allerdings können polnische Staatsbürger die für sie geltenden Bürgerpflichten nicht umgehen, indem sie sich auf eine ausländische Staatsbürgerschaft berufen.

Dagegen stehen die Tschechische Republik und Rumänien dem Besitz eines Doppelpasses offen gegenüber. Auch Bulgaren, Serben und Kroaten ist eine doppelte Staatsbürgerschaft erlaubt. *G.F./PAZ*

Wie viele Doppelstaatler?

Niemand kennt die Zahl dieser Privilegierten in Deutschland genau

Der Mikrozensus aus dem Jahr 2016 – die aktuellste verfügbare Quelle – gab die Zahl derer, die neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit haben, mit 1,87 Millionen an. Dieser Wert dürfte aber der Wirklichkeit nicht gerecht werden. Denn der Zensus 2011 erbrachte mit 4,26 Millionen eine wesentlich höhere Zahl. Dieses Ergebnis beruht auf der Auswertung der deutschen Einwohnermelderegister zum Stichtag 9. Mai 2011, der Mikrozensuswert hingegen auf einer jährlichen Repräsentativbefragung von rund einem Prozent der Bevölkerung.

Es sei deshalb davon auszugehen, dass beide Quellen „bestimmten Verzerrungstendenzen“ unterlägen, hieß es in einer im August 2017 veröffentlichten Auswertung der Bundeszentrale für politische Bildung. In den Melderegistern, so das Statistische Bundesamt, liege vermutlich eine „Überschätzung“ vor, weil zwischenzeitliche Verluste der ausländischen Staatsangehörigkeit nicht bekannt geworden seien. Beim Mikrozensur sei dagegen wahrscheinlich, dass eine zweite Staatsangehörigkeit von den Befragten häufiger nicht angegeben worden werde, also eine „Unterschätzung“ vorliege. Die Bundesregierung sieht den „wahren Wert“ in Abwägung beider Quellen näher bei den Zensuszahlen.

Dafür sprechen vor allem rechnerische Gründe. Allein die Einbürgerungen unter Beibehaltung der bisherigen Staatsangehörigkeit – von 2000 bis 2016 mehr als eine Million Personen – und die Zahl der hier geborenen Ausländer-Kinder – rund 601000 Personen – ergeben zusammen bereits eine Größenordnung, die sich der Mikrozensuszahl stark annähert.

Der Eindruck täuscht allerdings, dass es sich bei den Doppelstaatlern primär um Menschen mit türkischen Wurzeln handelt. Offenbar macht diese Gruppe nur zwölf bis 13 Prozent aller Doppelstaatler aus. Wichtige Herkunftsländer sind daneben Russland, Kasachstan, Polen, Rumänien und Italien.

Experten rechnen damit, dass es durch die Zuwanderung von „Schutzsuchenden“ aus Bürgerkriegsländern zu einem weiteren Anstieg der Zahl von Doppelstaatlern kommen wird. Sie berufen sich auf Studien, aus denen hervorgehe, dass Asylsucher eine „verhältnismäßig starke Einbürgerungsneigung“ hätten. Zudem werde bei Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen bei der Einbürgerung darauf verzichtet, die Aufgabe der bisherigen Staatsbürgerschaft zu verlangen. *G.F.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Historisches Areal wird erweckt

Der ehemalige Reichssportflughafen Rangsdorf bei Berlin: Wohnen an geschichtsträchtigem Ort



Rangsdorf fungierte sogar für kurze Zeit als Berlins internationaler Flughafen: Kontrollturm der ehemaligen Bücker-Flugzeugbau

Bild: CF

Der ehemalige Flugplatz Rangsdorf ist verbunden mit Namen wie Heinz Rühmann, Beate Uhse und Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Nach Jahrzehnten des Verfalls könnte das ehemalige Gelände des Reichssportflughafens und der Bücker-Flugzeugbau bald zu neuem Leben erwachen.

Dem Land Brandenburg als Eigentümerin des weiträumigen Areals ist es nun offenbar gelungen, einen Kaufinteressenten zu finden. Laut Medienberichten liegt ein unterschriftsreifer Kaufvertrag mit einer Nürnberger Firma vor, die sich auf denkmalgeschützte Immobilien spezialisiert hat.

Im Gespräch ist nun, den ehemaligen Flugplatz bei Rangsdorf südlich von Berlin zu einem Wohngebiet mit 350 Wohnungen umzugestalten. Dabei sollen die denkmalgeschützten Hallen auf dem Gelände erhalten bleiben. Gemeinsam mit der Gemeinde Rangsdorf soll zudem ein Sportzentrum entwickelt werden.

Sollte es gelingen, diesen Plan tatsächlich umzusetzen, dann werden die künftigen Bewohner an einem geschichtsträchtigen Ort leben: Das Areal war einst Heimat des anlässlich der Olympischen Spiele 1936 eröffnet Reichssportflughafens. Der ebenfalls in Rangsdorf ansässige Aero Club Deutschland war Treffpunkt der Berliner Prominenz. Die Nähe des Rangsdorfer Sees machte eine Besonderheit möglich: Rangsdorf war ein Flugplatz, der auch von Wasserflugzeugen angeflogen werden konnte. Zudem war hier der Bücker-Flugzeugbau angesiedelt. Die Industrieanlage des Flugzeugherstellers, der sich auf Sport- und Schulungsflugzeuge spezialisiert hatte, ist nahezu komplett erhalten. Die Sport- und Schulflugzeuge mit Namen wie Bü 131 „Jungmann“ und Bü 133 „Jungmeister“ haben bis heute unter Fliegern einen guten Ruf.

Der nur mit einer Grasnarbe versehene Flugplatz blieb bis 1945 Werksflugplatz des Bücker-Werks. An der Reichssportfliegerschule Rangsdorf lernte Beate Köstlin, nach ihrer Verheiratung dann Beate Uhse, das Fliegen. Uhse, die nach dem Krieg den bekannten Erotik-Konzern aufbaute, arbeitete in Rangsdorf für die Bücker-Werke als Einfliegerin.

Auch andere prominente Namen stehen in Verbindung mit dem Ort. So war die Me 108 „Taifun“ der Fliegerlegende Elly Beinhorn in den 30er Jahren in Rangsdorf stationiert. Beinhorns Ehemann, der bekannte Rennfahrer Bernd Rosemeyer, lernte in der dortigen Sportfliegerschule das Fliegen. Auch der UFA-Schauspieler Heinz Rühmann war ein begeisterter Flieger und nutze den Flugplatz südlich von Berlin.

Für eine kurze Zeit, von Oktober 1939 bis März 1940, diente Rangsdorf sogar als Ersatz für den Berliner Flughafen Tempelhof. Anlass waren Befürchtungen, Tempelhof könnte das Ziel von Bombenangriffen werden. Flieger der Deutschen Lufthansa verbanden damals Rangsdorf mit München, Rom, Prag, Wien, Bukarest, Athen und Istanbul, Kopenhagen und Stockholm sowie Danzig und Königsberg. Im Januar 1940 kam ein Linienverkehr zwischen Rangsdorf und Moskau hinzu.

Von hier flog Stauffenberg zur Wolfsschanze

Ein Gedenkstein am ehemaligen Flugplatzgelände erinnert daran, dass der Ort auch im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 eine Rolle spielte. Von hier aus startete Claus Schenk Graf von Stauffenberg am Morgen des 20. Juli zu seinem Flug nach Rastenburg in Ostpreußen. Nach dem Attentat auf Hitler landete Oberst von Stauffenberg am Nachmittag des Tages auch wieder in Rangsdorf, um von hier aus zu seinen Mitverschwörern im Berliner Bendlerblock zu fahren.

Am 22. April 1945 besetzten sowjetische Truppen das Areal. Die Sowjetarmee machte den Flugplatz für über ein halbes Jahrhundert zum Sperrgebiet und stationierte hier unter anderem eine Instandhaltungseinheit für Flugzeuge, später für Hubschrauber.

Seit dem Abzug der Sowjets 1994 verfielen die noch erhaltenen Anlagen. Mehrere Versuche, das 200 Hektar große Grundstück zu verkaufen, sind gescheitert. Für Aufsehen sorgten Pläne eines polnischen Unternehmens, das Anfang der 2000er Jahre in einer der noch funktionstüchtigen Hallen des ehemaligen Bücker-Werkes die Fertigung der Bü 131 „Jungmann“ wieder aufnehmen wollte. Das Vorhaben scheiterte jedoch am Widerstand von Anwohnern, die sich gegen eine industrielle Nutzung des Areals wendeten.

Für viele weitere Interessenten stellte bislang der Denkmalschutz ein Hindernis dar. Auch die Auflage, dass das ehemalige Flugfeld nicht asphaltiert werden darf, schreckte Investoren ab. Die Gemeinde Rangsdorf hatte im vergangenen Jahr sogar das Land Brandenburg gebeten, den Denkmalschutz für die Anlage wieder aufzuheben.

Der nun gefundene Kaufinteressent, die Nürnberger Immobilienfirma Terraplan, könnte sich für das Areal als neue Chance herausstellen. Das Unternehmen hat in Berlin und Potsdam bereits eine Reihe von Industriebauten zu Wohnhäusern umgestaltet. In Elstal (Havelland) hat die Firma einen Teil des insgesamt 55 Hektar großen Geländes des ehemaligen Olympischen Dorfes von 1936 erworben. Dort sollen Wohnungen für etwa 500 Menschen entstehen. *Norman Hanert*

Berlin steht Kopf

Von Vera Lengsfeld

Seit dem 15. März steht das politische Berlin Kopf, und das meinungsmachende Establishment ist zutiefst irritiert, wenn nicht gar verunsichert.

Man war sich sicher gewesen, die linke Einheitsmeinung bis tief in die Mitte der Gesellschaft vorgetrieben zu haben. Zumindest war nicht mehr erwartet worden, dass sich ernstzunehmender Widerspruch öffentlichkeitswirksam artikulieren könnte.

Und dann kam die „Gemeinsame Erklärung 2018“, in der die Wiederherstellung der Gesetzlichkeit an den Grenzen und die Beendigung der illegalen Masseneinwanderung gefordert wurde.

Ursprungsort der Erklärung war die schöne Bibliothek des Konservatismus im alten West-Berlin, nur wenige Schritte vom Amerikahaus entfernt. Hier treffen sich seit zwei Jahren in Abständen Journalisten, Autoren, Wissenschaftler, die ihre Sorge um den Zustand und die Entwicklungsrichtung unseres Landes eint. Aus einem anfänglich sehr begrenzten Kreis wurde eine große Runde, die fast schon die Aufnahmefähigkeit der Bibliothek sprengt.

Bei der letzten Begegnung einigte man sich darauf, dass die vielen Demonstranten in unserem Land, die gegen die völlig irrationale „Flüchtlingspolitik“ von Kanzlerin Merkel auf die Straße gehen, unsere Solidarität brauchen. Von der Politik und den staatstragenden Medien werden diese Menschen als „Abgehängte“, „Pack“, „Wutbürger“, „Globalisierungsverlierer“ oder gar „Rechte“ und „Nazis“ beschimpft. Das Ziel der Erklärung war es zu zeigen, dass der Widerstand gegen die „Flüchtlingspolitik“ keineswegs an den Rändern der Gesellschaft zu verorten ist, sondern in der Mitte derselben. Deshalb konnte die Erklärung nur von Intellektuellen unterschrieben werden.

Damit waren viele nicht einverstanden. Die Erstunterzeichner wurden mit E-Mails mit der Forderung nach Öffnung der Liste überschüttet. Deshalb wurde die Erklärung bei der symbolischen 2018. Unterschrift geschlossen und als Massenpetition an den Bundestag wieder geöffnet. Innerhalb einer Woche waren es 50 000 Unterzeichner, eine Woche später setzte der hunderttausendste Unterstützer seinen Namen unter die Erklärung. Einen Tag später, während ich dies schreibe, sind es schon mehr als 110 000.

Nun wird die Petition für den Bundestag vorbereitet. Wenn eine solche Petition 50 000 Unterschriften innerhalb eines Monats erreicht, gibt es eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. Danach wird die Petition an die Fraktionen übergeben. Ein beliebtes Mittel der Politik ist es, unliebsame Anträge in den Ausschüssen versauern zu lassen. Das wird diesmal nicht möglich sein, denn die Petenten werden ihren Druck durch begleitende Aktionen aufrechterhalten.

Der letzte Kaffee bei »Sibylle«

Zwei alte Berliner Institutionen verschwinden ganz oder fast

Wieder geht ein Stück des alten Berlin verloren. Diesmal sind die östliche und die westliche Stadthälfte gleichermaßen betroffen. 1930 eröffneten die ostpreußischen Brüder Alois und Franz Hennig in der Rubensstraße (Schöneberg) eine Eisdiele und gaben ihr den Namen „Eis Hennig“.

Dort gab es den „Ostpreußen“- oder auch den „Lorbasbecher“ zu kaufen. Das Besondere war, dass das Eis unter den Augen der Konsumenten hergestellt und nicht als Kugeln, sondern als Masse in Pappbechern serviert wurde. Hennig eröffnete auch in West- und Ostpreußen (Allenstein, Marienburg, Elbing und Königsberg) Filialen.

Wie so vieles ging auch „Eis-Hennig“ durch den Zweiten Weltkrieg kaputt, Franz geriet 1944 in russische Gefangenschaft. Doch als er von dort 1949 zurückkehrte, eröffnete er mit seiner Ehefrau Lisbeth in Berlin-Steglitz ein neues „Eis Hennig“. Ein voller Erfolg, nach einiger Zeit gab es nicht weniger als elf Filialen. „Baden im Insulaner, danach eine Curry bei Krasselt's und anschließend gegenüber bei Hennig ein Eis essen.“ Das hatte sich hier nicht nur bei den jungen Leuten als „Steglitzer Rundgang“ durchgesetzt. Die Eiskette war „Kult“.

Vom ostpreußischen »Eis-Hennig« bleibt nur eine Filiale

Aber mit der Übergabe der Läden von der Gründer- an die nächste und dann die Enkel-Generation lief nicht mehr alles rund. Von den von der Enkelin Nadja Müller-Hennig betriebenen zwei verblieben Filialen hat nun eine geschlossen. Verblieben ist Berlin ein letzter „Eis-Hennig“ in Tempelhof.

In der Ost-Berliner Karl-Marx-Allee (ehemals Stalinallee) residiert das „Café Sibylle“. Zu Beginn er 60er Jahre war dort zunächst eine Milchbar. Später wurde daraus das Café. Sogar Egon Krenz und Walter Momper waren dort zu Besuch. Gäste hat das Lokal genug, dennoch droht nun die Schließung. Eigentümer des Hauses ist die Firma „Predac Immobilien“. Diese hat das Lokal an den Verein BUF, die Bildungseinrichtung für berufliche Umschulung und Fortbildung in Kreuzberg, vermietet, und dieser wiederum an die GmbH „Krea“ untervermietet. BUF steht nun im Insolvenzverfahren und hatte eine Verlängerung des Mietvertrages von einer Spende in Höhe von 50 000 Euro abhängig gemacht.

Den Mitarbeitern des Cafés wurde erst einmal gekündigt. Mit der Schließung des Cafés könnte auch das Aus für die dort beheimatete Ausstellung über die Stalinallee kommen. *Frank Bücker*

Straftaten vertuscht?

Jüterbog: Helfer sollen Taten von Asylsuchern verschweigen haben

Ehrenamtliche Helfer der Flüchtlingshilfe Jüterbog (Landkreis Teltow-Fläming) sind in den Verdacht geraten, Straftaten von Asylbewerbern verheimlicht zu haben. Laut einem Bericht der „Märkischen Allgemeine Zeitung“ („MAZ“) wurde ein entsprechender Vorwurf von Raban von Studnitz geäußert. Der Ortsvorsitzende der CDU hat sich selbst in der Flüchtlingshilfe Jüterbog engagiert.

Dort sind rund 25 Personen aktiv. Laut dem Zeitungsbericht soll von Studnitz vor Ostern in einer internen Beratung der Organisation anderen ehrenamtlichen Betreuern vorgeworfen haben, sie hätten trotz Kenntnis begangener Straftaten durch Immigranten keine Anzeigen erstattet. Dabei soll es sich um Delikte wie das Fahren ohne Führerschein und Fahrzeugversicherung, Schwarzfahren in öffentlichen Verkehrsmitteln, aber auch um sexuelle Übergriffe und andere Sexualstraftaten gegenüber Minderjährigen handeln.

Dass es zu Straftaten gekommen ist, scheint unstrittig zu sein. Laut der „MAZ“ hat die Sprecherin der Flüchtlingshilfe Jüterbog, Pfarrerin Mechthild Falk, sogar eingeräumt, von Rechtsverstößen durch Asylbewerber zu wissen. Falk beteuert allerdings, dass sie über die Fälle nicht direkt Kenntnis habe, etwa als Zeuge von Rechtsverstößen, sondern nur über Hörensagen. Die SPD-Stadtverordnete und Asylsucherhelferin Gabriele Dehn wird im Zusammenhang mit den erhobenen Vorwürfen zudem mit den Worten zitiert: „Wir sind doch kein Polizeihilfsorgan.“

Pfarrerin warnt vor Generalverdacht

Uneinigkeit herrscht in der Flüchtlingshilfe Jüterbog darüber, wie grundsätzlich mit Rechtsverstößen von Asylsuchern umgegangen werden soll. Falk setzt auf Gespräche: „Es braucht ein Vertrauensverhältnis für sensible Gespräche. Die Ursache ist meistens Unkenntnis.“ Eine Rolle scheinen zudem Befürchtungen zu spielen, dass Asylbewerber unter Generalverdacht geraten: „Wir befürchten, dass die Angst zunimmt, es wären scharenweise Kriminelle in unsere Stadt gekommen“, so die Pfarrerin.

Nicht nur CDU-Chef von Studnitz kritisiert den Umgang mit Rechtsverstößen bei der Flüchtlingshilfe Jüterbog. Der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag von Brandenburg, Thomas Jung, äußerte die Vermutung, dass nicht die Information und Aufklärung über Straftaten von Asylbewerbern die Stimmung anheize, sondern die Straftaten selbst und deren Vertuschung. *N.H.*

Milliarden fürs Weltmacht-Image

Russland baut seit Jahren Passagierflugzeuge – Strategische Probleme behindern ehrgeizige Projekte

Moskau plant seit Langem den Aufbau einer eigenen zivilen Luftfahrtindustrie und verfolgt dabei die Strategie, sich von den USA und der EU unabhängig zu machen. Fehlende Strukturen und Abnehmer behindern jedoch die ehrgeizigen Projekte.



Moskaus Hoffnungsträger: Die erste Mittelstreckenmaschine vom Typ Irkut MS-21, von der United Aircraft Corporation produziert, stellte Premierminister Dmitrij Medwedjew erstmals im Sommer 2016 in Irkutsk der Öffentlichkeit vor

Bild: pa

Der russische Flugzeugbauer Suchoj hat auf der internationalen Luftfahrtmesse „Air Show 2018“ in Singapur ein modernisiertes kraftstoffsparendes Zivilflugzeug des Typs Suchoj Superjet 100 vorgestellt. Die ursprüngliche Version des Superjet 100 hatte gefloppt und stellte keine Konkurrenz für die Marktführer in dem Segment dar. Das erste Kurzstreckenflugzeug, das Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion gebaut hatte, konnte die internationalen Käufer nicht überzeugen.

Russlands Image als Flugzeugbauer steht auf dem Spiel. Während das Land der zweitgrößte Produzent von Militärflugzeugen ist, verschwanden in der Postsowjetära immer mehr Passagierflugzeuge wie Tupolew und Iljuschin aus dem Bestand der russischen Fluggesellschaften. Staatliche Investitionen blieben aus, die Maschinen veralteten und die Fachkräfte wanderten in andere Branchen oder ins Ausland ab. Einer, der erkannte, dass Russland mehr und mehr von den Weltmarktführern Boeing und Airbus abhängig wurde, war Wladimir Putin. Er initiierte die Gründung der United Aircraft Corporation (UAC), in der die größten Flugzeughersteller Russlands vereint wurden, darunter Suchoj, Iljuschin und Tupolew. Das Unternehmen verfolgt strategische Ziele, vor allem soll durch den Synergieeffekt das Potenzial der russischen Flugzeugbauer genutzt werden, um mit günstigen Preisen einen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem amerikanischen Hersteller Boeing und der europäischen Airbus-Gruppe zu schaffen. Deshalb auch die englischsprachige Firmenbezeichnung.

Die russische Regierung lässt sich diese Strategie einiges kosten. Wie viele Milliarden bereits in die Entwicklung der Zivilflugzeuge gepumpt wurden, ist selbst gut informierten Experten nicht bekannt. Nur so viel ist klar: In die Weiter- und Neuentwicklung von Zivilflugzeugen werden immense Summen hineingesteckt. Allein in die Entwicklung des ersten Superjet 100 flossen 3,5 Milliarden US-Dollar. 159 solcher Flugzeuge in verschiedenen Versionen wurden bisher gebaut. Der Superjet 100 ist für 100 Passagiere und eine Flugstrecke von 4500 Kilometern ausgelegt. Zu den wichtigsten Abnehmern des Kurzstreckenflugzeugs zählt die russische Aeroflot. Aus dem Ausland kamen lediglich Bestellungen aus Mexiko.

Die Wende soll nun das neue Flugzeug Irkut MS-21 für 162 Passagiere und eine Reichweite von 5000 Kilometern beim Standardmodell bringen. Das Flugzeug ist kürzer und sparsamer als die Modelle der Konkurrenz, Airbus A320, Boeing 737-700 und Bombardier CS300. Die Russen versichern, ein geräuscharmes und spritsparendes Flugzeug zu einem günstigen Preis zu liefern. 205 Bestellungen sollen bereits vorliegen.

Doch strategische Probleme behindern die ehrgeizigen Projekte: Die Sowjetzeit wirkt in der russischen Flugzeugindustrie nach, denn die großen Hersteller waren am Ende der Sowjetunion auf dem Gebiet der Ukraine und Russlands konzentriert. Viele Jahre lang waren sie durch langjährige Verträge miteinander verbunden. Wegen der Ukrainekrise und der Krimannexion hat der in Kiew ansässige Flugzeugbauer Antonow die Kooperation mit der russischen UAC gekappt. Seit 2016 hat Antonow kein Flugzeug mehr hergestellt, weil die entsprechenden, in Russland gefertigten Bauteile nicht mehr geliefert wurden. Der bekannteste Flugzeugbauer der Sowjetunion, 1946 gegründet und gefragt wegen seiner legendären Frachtmaschinen, ging im vergangenen Jahr im ukrainischen Rüstungskonzern „Ukroboronprom“ auf.

> Mehrheit der Teile liefert der Westen

Moskaus Versuch, in Serie produzierte Passagierflugzeuge anzubieten, scheiterten bislang an der russischen Realität. Das Land liegt nicht nur hinter dem Westen zurück, sondern ist auf den Import von Teilen angewiesen. 80 Prozent der wichtigen Bestandteile eines Flugzeugs kommen aus dem Ausland. Dass der Superjet 100 kein Exportschlager wurde, liegt nicht zuletzt an der unzuverlässigen Ersatzteillieferung und dem Fehlen von Servicezentren. Bis heute stammen nur etwa 15 Prozent der in Russland im Einsatz befindlichen Passagiermaschinen aus russischer Produktion. Die Produktionsstraße für die Irkut MS-21 ist zwar hochmodern, doch bei Irkut kommen beispielsweise Nietautomaten der Firma Kuka aus Augsburg zum Einsatz, US-Spezialisten waren beim Einbau von Pratt & Whitney-Triebwerken für die MS-21 vor Ort. Beim Superjet 100 stammen 72 Prozent der Einzelteile von ausländischen Herstellern, beim MS-21 sind es noch 40 Prozent. Statt konkurrenzfähig zu sein, schreibt UAC seit Jahren Milliardenverluste.

Um Gewinne zu erzielen, arbeitet die Flugzeugwerft Irkut seit 2004 als Zulieferer für Airbus. Ebenfalls gibt es seit 2009 eine Zusammenarbeit zwischen Russland und Airbus auf dem Gebiet der Titan-Produktion. Bei letzterer hat Russland einen strategischen Vorteil, der seine Luftfahrtindustrie vor westlichen Sanktionen schützt. Titan, ein leichtes, aber besonders festes Metall, kommt im Flugzeugbau zum Einsatz, da es starker Belastung standhält. Aus Russland kommt die Hälfte der weltweiten Titan-Produktion. Bei einer Ausweitung der Sanktionen könnte Russland die Titan-Lieferung nach Europa und in die USA einstellen.

Manuela Rosenthal-Kappi

MELDUNGEN

Kündigung für kriminelle Mieter

Kopenhagen – Die dänische Regierung will es Vermietern erleichtern, kriminellen Mietern leichter zu kündigen. Wenn eine Person eine Straftat unweit des Wohnsitzes begeht und zu einer Haftstrafe verurteilt wird, soll in Zukunft dem gesamten Haushalt automatisch gekündigt werden. Die heute obligatorische Zustimmung eines Gerichts, das feststellen muss, dass die Person für Unsicherheit im Wohngebiet sorgt, ist dann nicht mehr erforderlich. Der Gesetzentwurf ist Teil des „Ghetto-Pakets“, mit dem die Regierung Parallelgesellschaften von Zuwanderern aufbrechen will. *J.H.*

Kopftuchverbot für Mädchen

Wien – Der österreichische Ministerrat hat ein Kopftuchverbot für kleine Mädchen beschlossen. Bildungsminister Heinz Faßmann (FPÖ) wird bis Anfang der Sommerferien ein „Kinderschutzgesetz“ ausarbeiten lassen. Betreffen soll das Verbot lediglich Kindergärten und Volksschulen, ein Verbot in der Mittelstufe sei laut Faßmann „heikel“: Viele islamische Gelehrte würden eine Verschleierung ab der Geschlechtsreife empfehlen, ein Verbot käme also in Konflikt mit dem Recht auf freie Religionsausübung. Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) erklärte, er hoffe auf die Zustimmung der SPÖ, denn es würden neue Verfassungsbestimmungen benötigt, die im Parlament einer Zweidrittelmehrheit bedürften. Diese könnte auch durch die Neos gewährleistet werden. Beide Parteien zeigten sich in dieser Frage grundsätzlich gesprächsbereit. Selbst für den Fall, dass sich herausstellen sollte, dass nur wenige Mädchen Kopftuch tragen, will die Regierung an dem Kopftuchverbot festhalten. Dieses sei schließlich vor allem eine „symbolische Handlung“, so Faßmann. *J.H.*

Gegen die »neue Apartheit«

Frankreichs Intellektuelle fordern islamischen Separatismus heraus

Der französischen Gesellschaft drohe „ein neuer totalitärer Islamismus“, der „mit allen Mitteln Fuß fassen will und für den die Toleranz geopfert werden soll“. Das befürchten 100 namhafte Intellektuelle aus Politik, Literatur und Wissenschaft, die ihren Unmut am 20. März in der Zeitung „Le Figaro“ veröffentlicht haben.

In dem Zeitungsforum finden sich auch die Unterschriften von Alain Finkielkraut und Catherine Kintzler, die 1989 noch dazu aufgerufen hatten, angesichts der Ankunft des islamischen Kopftuchs in der Schule nicht „zu kapitulieren“. 15 Jahre später scheiterte diese Position durch das Gesetz von 2004, das das Tragen auffälliger Zeichen in der Öffentlichkeit verbietet.

Die Plattform war eine Reaktion auf eine von einer Lehrerorganisation organisierten Fortbildung in Seine-Saint-Denis bei Paris, bei dem Workshops zu „Rassismus des Staates“ angeboten wurden, die für „Weiße“ verboten waren. Die Initiatoren sahen in dieser Fortbildung ein Symbol für eine Strategie, die in einigen muslimischen Kreisen und in linken Organisationen immer mehr Gestalt annimmt. Darin geht es darum, die „Unterdrückten“ (Muslime) zu verteidigen, indem man sie von anderen gesellschaftlichen Gruppen trennt und ihnen zusätzliche Privilegien gewährt. Dieser Ansatz begründe nichts weniger als eine Art von „neuer Apartheit“, sagen die Autoren des Podiums.

Der ständig steigende Gebrauch des Tragens des Schleiers führt zu einer Trennung zwischen den Geschlechtern. Diese Tendenzen sind dem in Frankreich sakrosanktem „republikanischen Universalismus“ entgegengesetzt und sind „allen Errungenschaften des zivilen Gesellschaftsfriedens diametral entgegengesetzt“. Dieser „neue Weg der Rassentrennung“ führe zu einer „Abspaltung von der nationalen Gemeinschaft, ihren Gesetzen und Sitten“. Der „neue Separatismus“, sei „die Waffe der politischen und kulturellen Eroberung des Islamismus“, argumentieren die Mitglieder des Forums: „Wir wollen in einer Welt leben, in der Frauen nicht von Natur aus als unterlegen betrachtet werden ..., wo Menschen sich ohne Angst treffen können ..., wo keine Religion das Gesetz macht“.

> 100 namhafte Unterzeichner in der Zeitung »Le Figaro«

Dieses Forum ist ein weiteres Kapitel in der endlosen Debatte über die Entwicklung immer strengerer muslimischer Strömungen, mit denen Frankreich mehr als alle anderen Länder Europas auch dank seiner kolonialen Vergangenheit konfrontiert ist. Das Forum achtet bewusst darauf, über die üblichen Polemiken hinauszugehen, die sich jeweils Islamophobie oder Naivität vorwerfen. Es soll bewusst auch kein Angriff auf diejenigen geführt werden, die sich für den interreligiösen Dialog einsetzen.

Die Liste der Unterzeichner des Forums geht über den „Republikanischen Frühling“ hinaus, der die Speerspitze des Säkularismus in Frankreich darstellt. Die Liste wird angeführt von Politologen Laurent Bouvet und von republikanischen Gelehrten wie Élisabeth Badinter. Allerdings ist das Forum auch offen für Personen von rechts wie Maxime Tandonet oder Yvan Rioufol und aus der katholischen Sphäre wie Rémi Brague oder Chantal Delsol. Ein solch breites Bündnis von Intellektuellen zur Bekämpfung des radikalen Islam und seiner Helfershelfer hatte es in Frankreich seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr gegeben. *Bodo Bost*

Juden wieder in Todesangst

In Frankreich breitet sich ein neu importierter Antisemitismus aus

Der Mord an der 85-jährigen Holocaust-Überlebenden Mireille Knoll in Paris, für den zwei jugendliche Männer nordafrikanischer Herkunft verantwortlich sein sollen, ist nur der letzte einer grausamen Serie von antisemitisch motivierten Morden seit 2012. Damals hatte der islamische Mörder Merah drei Schüler und ein Lehrer einer jüdischen Schule getötet.

2015 folgte nach dem Charlie-Hebdo-Massaker der Angriff auf ein jüdisches Lebensmittelgeschäft ebenfalls in Paris mit mehreren Toten. Im letzten Jahr wurde die 67-jährige orthodoxe Jüdin Lucie Halimi in ihrer Wohnung im Pariser Immigrantenviertel Belleville von einem nordafrikanischen Nachbarn nachts aus dem Bett gezerrt, geschlagen und aus dem Fenster in den Tod geworfen.

Während man den Mord an Halimi lange nicht als antisemitisch einstufen wollte, hat der Mord an Mireille Knoll endlich das Gewissen der Nation wachgerufen, weil er an ein Trauma erinnert, nämlich den Judenmord im besetzten Frankreich, den die nun ermordete Mireille Knoll als Kind nur knapp entronnen war. Erst jetzt merken viele Franzosen, um welche Dimension es sich hierbei handelt. Die nordafrikanischen Kleinkriminellen, die Frankreichs Vorstädte immer mehr beherrschen, machen sich daran, das Werk der Nationalsozialisten in Frankreich zu vollenden. Das Verbrechen erinnere „an die dunkelsten Stunden unserer Geschichte“, schrieb der französische Innenminister. Wer Juden angreife, der greife Frankreich und die Werte der Nation an.

Der Hass auf Juden hat in Frankreich wie in keinem anderen Land Konjunktur und wird wieder offen ausgesprochen.

> Holocaust überlebt, aber in Paris von Muslimen ermordet

Wandschmierereien auf den Häusern von Juden ermahnen die Besitzer, „umgehend zu verschwinden“, wenn sie am Leben bleiben wollen. Das Wort „Jude“ wird in großen Buchstaben auf jüdische Geschäfte und Restaurants gemalt. Am dritten Jahrestag des Anschlags auf einen koscheren Supermarkt in Paris wurde ein weiteres Geschäft, in dem koschere Produkte verkauft werden, in Brand gesetzt und zerstört. „Eine von drei begangenen rassistischen Handlungen in Frankreich war in den vergangenen zwei Jahren gegen Juden gerichtet, dabei machen Juden heute weniger als ein Prozent der französischen Bevölkerung aus“, heißt es in dem jüngsten Bericht des Jewish Community Protection Service an die französische Regierung.

Französische Juden bilden seit einigen Jahren das größte Kontingent der Neueinwanderer in Israel. Einst blühende jüdische Stadtviertel sind jetzt vom Aussterben bedroht. In zehn Jahren haben etwa 100 000 Juden Frankreich verlassen. Dabei hat Frankreich mit 400 000 immer noch die größte Judengemeinde in Europa.

„Was hier vor sich geht, ist eine ethnische Säuberung, auch wenn man sich nicht traut, dies beim Namen zu nennen. In ein paar Jahrzehnten wird es keine Juden mehr in Frankreich geben“, sagt Richard Abitbol, Vorsitzender des Verbands Französischer Juden und Israel-Freunde. Die Zahl der Muslime in Frankreich ist mittlerweile so groß, dass es nahezu unmöglich ist, ohne die muslimischen Stimmen eine Wahl zu gewinnen, und dank einer hohen muslimischen Geburtenrate wird sie in den kommenden Jahren noch steigen. Es wird allmählich Zeit, dass sich Frankreich auch gegen den von Muslimen importierten Antisemitismus in Marsch setzt. *B.B.*

ABM in neuem Gewande

SPD-Politiker fordern »solidarisches Grundeinkommen«

Mit den Hartz-IV-Reformen hat der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die Sozialgesetzgebung reformiert. Wirtschaftsverbände sprechen von einem Riesenerfolg, doch Sozialpolitiker sehen das anders, und ein Großteil der Bevölkerung sieht Reformbedarf bei den Hartz-IV-Reformen.

60,4 Prozent der Befragten haben in einer unlängst veröffentlichten Erhebung des Meinungsforschungsinstituts Civey für grundsätzliche Änderungen am bestehenden System ausgesprochen. Naheliegenderweise ist die Ablehnung bei den Wählern der Linken mit 90,3 Prozente am größten. Bei den Wählern von Schröders Partei wollen drei von vier ein Ende von Hartz IV in der jetzigen Form. Bei den Grünen sind es rund zwei Drittel. Hingegen wollen die Wähler von CDU, CSU und FDP mit einer knappen Mehrheit am Arbeitslosengeld II in der jetzigen Form festhalten.

Seit 2007 haben insgesamt 18,2 Millionen Menschen Hartz IV bezogen, davon waren 5,47 Millionen unter 15 Jahre alt. Die Statistik umfasst alle Menschen, die in den vergangenen zehn Jahren mindestens einmal auf staatliche Hilfe angewiesen waren. Viele davon nahmen die Leistung vorübergehend in einer persönlichen Übergangszeit in Anspruch, etwa weil sie keine Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung hatten. Im Februar 2018 bezogen laut Bundesagentur für Arbeit insgesamt 5,95 Millionen Menschen Hartz IV, von denen 4,26 Millionen erwerbsfähig sind. Insgesamt bekommt derzeit fast jeder zehnte Haushalt Hartz IV. Bei den Kindern ist es sogar jeder siebte. Im Juni 2017 lebten rund zwei Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Familien, die wegen Arbeitslosigkeit oder zu geringen Lohns Anspruch auf Hartz IV hatten. Das waren 5,2 Prozent mehr als im Juni des Vorjahres und sogar acht Prozent mehr als vor fünf Jahren – und das bei einer angeblich immer prosperierenderen Wirtschaft.

Experten führen die Steigerung der Hartz-IV-Zahlen auf die wachsende Zahl ausländischer Familien zurück, die von Jobcentern betreut werden und von der sogenannten Stütze leben. Die Bundesagentur für Arbeit bestätigt, dass hierfür die wachsende Zahl von Asylsuchern von großer Bedeutung ist. Wenn diese nach dem Abschluss ihres Asylverfahrens und dem Absolvieren von Integrations- und Sprachkursen nicht gleich eine Arbeit finden, müssen meistens die Jobcenter für deren Lebensunterhalt aufkommen. Die Zahl derer, auf die dies zutreffen könnte, werde in den kommenden Jahren eher noch ansteigen, glaubt man bei der Bundesagentur.

Die neue große Koalition ist nun übereingekommen, möglichst viele Hartz-IV-Empfänger in den regulären Arbeitsmarkt zurückführen zu wollen. Der gerade ins Amt gekommene Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) erklärte, dass dies „Voraussetzung für ein freies und selbstbestimmtes Leben“ sei.

Kurz vor seinem Amtsantritt hatte der neue Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) gesagt, dass mit Hartz IV jeder bekomme, „was er zum Leben braucht“, und damit eine heftige Debatte über die Zukunft der Sozialgesetzgebung ausgelöst. Diese Aussage wurde von vielen Seiten kritisiert. So bezeichnete der ehemalige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) die Äußerungen als „herzlos“.

Prominente Vertreter der SPD drängen auf eine komplette Kurskorrektur. „Schluss mit Hartz IV“, forderte der Berliner SPD-Regierungschef Michael Müller und sein Parteifreund Ralf Stegner ergänzte: „Wir brauchen eine Alternative zu Hartz IV.“ Eine solche haben sie auch vorgeschlagen in Form des sogenannten solidarischen Grundeinkommens, nicht zu verwechseln mit dem bedingungslosen Grundeinkommen. Beim solidarischen Grundeinkommen finanziert der Staat sozialversicherungspflichtige, mindestens mit dem Mindestlohn dotierte Vollzeitarbeitsplätze für Langzeitarbeitslose.

Die Idee ist nicht unumstritten. Kritiker verweisen auf die durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) geschaffenen Stellen für Arbeitslose in der Ex-DDR in den 90er Jahre. Die „beschafften Arbeitsplätze“ erwiesen sich als wenig zielführend. Nur wenige Nutznießer von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen fanden den Weg zurück in den regulären Arbeitsmarkt. „Der Vorschlag ist nicht neu und es ist kein Grundeinkommen“, sagt der neue Grünen-Vorsitzende Robert Harbeck, „Eher ist es ein geförderter staatlicher Arbeitsmarkt, der der Wirtschaft Konkurrenz macht und nebenbei das Ehrenamt zu einem staatlich subventionierten Job macht – was absehbar jedes Ehrenamt schreddern wird.“

Die Arbeitgeber sind entsetzt. „Die Kernidee des solidarischen Grundeinkommens ist nichts anderes als der massive Aufbau künstlicher Beschäftigung, die im unternehmerischen Wettbewerb keine Chance hat“, sagte Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer der Wochenzeitung „Die Zeit“. Dies sei in Zeiten von Rekordbeschäftigung und Wirtschaftswachstum ein Irrweg.

David Zülow, Vorsitzender der Kommission „Arbeitsmarkt und Soziales“ beim Wirtschaftsverband „Die Familienunternehmer“, bezeichnete die Idee, „Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu fördern“, zwar als richtig, allerdings gebe es dafür bereits bestehende Instrumente wie Lohnkostenzuschüsse, die optimiert werden könnten. „Da gibt es noch viel Spielraum. Ein solidarisches Grundeinkommen hingegen ist lediglich die Vorstufe für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Da soll wohl eine Hintertür aufgestoßen werden.“ *Peter Entinger*



Gemeinnützige Arbeiten waren früher eine typische ABM-Tätigkeit und sollen zukünftig mit einem „solidarischen Grundeinkommen“ mindestens in Höhe des Mindestlohns entlohnt werden: Säuberung eines Schaltkastens von Plakatresten in Dortmund

Bild: Imago

MELDUNGEN

Frankfurt verliert gegen Paris

London – Laut einer Umfrage der Nachrichtenagentur Reuters schätzt der Finanzsektor, dass aufgrund des Brexits fast 5000 Stellen nach außerhalb Großbritanniens verlagert oder international neu geschaffen werden. Mehr als die Hälfte der befragten Finanzinstitute gab an, dass sie Mitarbeiter umsiedeln oder ihr Geschäft umstrukturieren müssten. Ein Viertel glaubte, dass der Brexit keine Auswirkungen haben würde, während die restlichen 25 Prozent angaben, sie seien noch nicht sicher beziehungsweise müssten noch mit ihren Mitarbeitern beraten. Klar scheint hingegen zu sein, dass Paris das Rennen vor Frankfurt machen wird. Paris würde laut der Umfrage 2280 Stellen dazugewinnen, Frankfurt nur rund 1420. *J.H.*

Ladenhüter Diesel-Pkw

Bad Homburg – Im ersten Quartal des Jahres brach die Zahl der Neuzulassungen von Pkw mit Dieselmotoren um 21 Prozent auf 283 8000 Fahrzeuge ein. Das teilte der Verband der internationalen Kraftfahrzeughersteller mit. Gleichzeitung wurden aber mit 879 000 Neuzulassungen so viele Neuwagen verkauft wie seit 18 Jahren nicht mehr. Der Grund für den Einbruch beim Diesel ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.964.379.455.597 €

Vorwoche: 1.964.425.588.477 €

Verschuldung pro Kopf:
23.724 €

Vorwoche: 23.725 €

(Dienstag, 10. April 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Ausgeprägte Ertragskrise«

Kaufhof löst Karstadt als Sorgenkind in der Warenhausbranche ab

Wer den Schaden hat, braucht bekanntermaßen für den Spott nicht zu Sorgen. „Kaufhof? Macht sich der Erfolg vom Hof?“, fragt die „Berliner Zeitung“. Schlecht steht es um Deutschlands einstiges Vorzeigekaufhaus. Nach den Problemen beim Kontrahenten Karstadt galt es lange als Platzhirsch. Doch ein interner Firmenbericht zeichnet ein düsteres Bild. Von einer „ausgeprägten Ertragskrise“ des Unternehmens spricht das Management und davon, dass Deutschlands größter Warenhauskonzern „kurzbis mittelfristig in einer substanziellen wirtschaftlichen Notlage verbleiben“ werde, wenn man nicht gegensteuere.

Die neuesten Zahlen sind besorgniserregend. Seit der Übernahme durch das kanadische Handelsunternehmen Hudson’s Bay Company (HBC) im Herbst 2015 sind die Filialumsätze auf nur noch 2,6 Milliarden im vergangenen Geschäftsjahr eingebrochen. Das habe auch an der Liquidität gezehrt und das Unternehmen wieder in eine existenzielle Notlage gebracht. „Ohne Gegenmaßnahmen droht die Zahlungsunfähigkeit“, heißt es abschließend in dem Papier.

Mittlerweile wird sogar gemunkelt, dass Karstadt – einst maroder Konkurrent in Abwicklung – Kaufhof übernehmen könnte. Die Branche rätselt über die Gründe des Kaufhof-Absturzes. Die „Berliner Zeitung“ berichtet, dass die HBC seit der Übernahme von Galeria Kaufhof die falsche Strategie fahre.



Kaufhof in Hannover Bild: Imago

Versprochene Investitionen habe es nur zum Teil gegeben. Zudem würden die Kanadier gewinnträchtige Filialen wie die am Berliner Alexanderplatz mit hohen Mietverpflichtungen belasten, ihnen so die Luft zum Atmen nehmen. „Die Lage bei Kaufhof ist prekär, auch wenn aktuell die Gefahr einer Insolvenz nicht zu bestehen scheint“, erklärt die zuständige Gewerkschaft Verdi. Kaufhof müsse nun eine klare Zukunftsstrategie liefern. „Es kann nicht sein, dass den Mitarbeitern in die Tasche gegriffen wird und sich an der Strategie nichts ändert“, heißt es. Diesen Freitag stimmen die Gewerkschaftsmitglieder über einen Sanierungstarifvertrag ab.

Konkurrent Karstadt hat diesen Schritt bereits hinter sich. Erstmals seit zwölf Jahren hat das Unternehmen wieder einen Überschuss erwirtschaftet. „Schließung von Häusern, Untervermietung von Flächen an DM, Aldi oder Edeka, Personalabbau, Sanierungstarifvertrag mit der Gewerkschaft“, skizziert das „Handelsblatt“ die Maßnahmen bei Karstadt, die Kaufhof noch vor sich habe. Dort habe man sich zu lange „auf die Millionen aus Kanada“ verlassen. Dies sei trügerisch gewesen. Zudem habe sich der Online-Handel nicht so entwickelt wie erwartet. Ende November wurde der damalige Real-Geschäftsführer Roland Neuwald vom Supermarktriesen abgeworben, um die nötigen strukturellen Maßnahmen durchzuführen. Das „Handelsblatt“ schreibt von „einer Operation am offenen Herzen“. *P.E.*

Wer wird die Drehscheibe?

Polen will Deutschland Konkurrenz bei der Gasversorgung machen

Deutsche Behörden haben vor Kurzem die Genehmigungen für einen rund 30 Kilometer langen Abschnitt der Erdgasleitung Nord Stream 2 im Bereich der deutschen Teils der Ostsee erteilt. Mit dem Projekt soll sich die Kapazität der schon bestehenden Nord-Stream-Leitung von 55 auf 110 Milliarden Kubikmeter verdoppeln. Deutschland, schon bislang der weltgrößte Importeur von Erdgas, wird mit Nord Stream 2 immer stärker zu einer zentralen Drehscheibe des europäischen Erdgashandels.

Die polnische Regierung gehört zu den schärfsten Kritikern von Nord Stream. Aus Warschau werden hierfür lieber sicherheitspolitische Bedenken angeführt als die eigenen Wirtschaftsinteressen. In Warschau verfolgt man das Ziel, selbst zu einer wichtigen Größe auf dem europäischen Energiemarkt zu werden. In Swinemünde ist Ende 2015 ein Terminal zum Import von verflüssigtem Erdgas (LNG) in Betrieb gegangen. Die Kapazität der Anlage auf der Osthälfte Usedoms soll in den kommenden Jahren von fünf Milliarden Kubikmeter auf 7,5 Milliarden erweitert werden. Die Polen setzen bislang vor allem auf LNG-Lieferungen aus Katar und Norwegen.

Zum Import norwegischen Gases plant Polen eine Leitung namens Baltic Pipe. Die Pipeline ist als Abzweigung von einer bereits bestehenden Leitungen geplant, die von Norwegen nach Deutschland führt. Die Rohrleitung soll von einem Abzweigpunkt in der Nordsee über Dänemark bis nach Swinemünde führen. Die Planungen für Baltic Pipe laufen bereits seit 2001 und wurden schon mehrmals eingestellt, inzwischen ist ein neuer Anlauf gestartet. Im Februar unterzeichneten der staatliche polnische Netzbetreiber Gaz-System und Energinet aus Dänemark einen Vertrag zur Buchung von Leitungskapazitäten. Eine endgültige Investitionsentscheidung für Baltic Pipe soll allerdings erst im Laufe dieses Jahres fallen.

> Deutschland hat einen Preisvorteil und einen Zeitvorsprung

Der staatlich kontrollierte polnische Energieversorger PGNiG hat im vergangenen Jahr aber auch einen Vertrag über den Kauf von Flüssiggas aus den USA abgeschlossen. Dafür hat es verlauten lassen, den 2022 auslaufenden Vertrag mit dem russischen Lieferanten Gazprom nicht verlängern zu wollen. Nach einem Treffen mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Donald Trump sagte der polnische Präsident Andrzej Duda im vergangenen Jahr, sein Land sei in der Lage, schon bald als Drehscheibe für Energieträger Mitteleuropa mit US-Gas zu versorgen.

Die Chancen für das polnischen Vorhaben, sich als Größe im europäischen Erdgashandel zu etablieren, hängen nicht zuletzt von der Entwicklung beim deutsch-russischen Konkurrenzprojekt Nord Stream ab. Pluspunkte der russischen Erdgaslieferungen sind die niedrigen Kosten im Vergleich zu den Flüssiggasimporten aus Übersee, aber auch ein zeitlicher Vorsprung. Bereits seit Mitte 2011 verbindet die OPAL (Ostsee-Pipeline-Anbindungsleitung) die schon bestehende Nord-Stream-Pipeline von der deutschen Ostseeküste aus mit dem europäischen Erdgas-Fernleitungsnetz. Mittlerweile sind in Deutschland bereits die Vorbereitungen für den Bau einer weiteren Verlängerungsleitung für Nord Stream 2 angelaufen. Diese neue Europäische Gas-Anbindungsleitung (EUGAL) soll von Greifswald aus die Weiterverteilung von Erdgas nach Südeuropa ermöglichen.

Norman Hanert

Konkurrenten

Von Bodo Bost

Auf dem Hauptfriedhof in Koblenz wurde ein Obdachloser enthauptet. Die Enthauptung ist die typische schariagerechte Hinrichtungsart für einen Ungläubigen, seit Jahren ist vor allem der IS für diese grausame Tötungsart bekannt. Es verwundert, dass kein Video und keine muslimische „Heilsbotschaft“ zur Tat im Internet kursieren. Die Signale und Botschaften sind jedoch klar auch ohne Video und weisen auf einen muslimischen Tathintergrund hin. In Koblenz grassiert jetzt die Angst vor allem unter Obdachlosen. Obdachlose haben in Deutschland zwar einen niederen Sozialstatus, aber sie werden nicht gehasst oder verachtet wie jetzt von manchen muslimischen Asylsuchern. Sie passen einfach nicht in das Deutschlandbild der muslimischen Neubürger, die ja gerade beispielsweise aus Syrien oder Afghanistan in Kampfgruppen nach Deutschland gekommen sind, um sich ein besseres Leben wenn es sein muss zu erkämpfen. Da sind die Obdachlosen ernste Konkurrenten, wie auch die lang geführte Diskussion um die Essener Tafel gezeigt hat.

Hackerkrieg

Von Eberhard Hamer

Cyber-Spione haben angeblich das Datensystem der Bundesverwaltung und der Bundeswehr geknackt. Es ist zwar nicht beweisbar, wer der Täter ist, die Bundesverteidigungsministerin macht trotzdem Russland verantwortlich und hat die Presse hinter sich, die ein großes Geschrei über die Gefahr russischer Cyber-Angriffe gestartet hat.

Es ist möglich, dass hinter dem behaupteten Cyber-Angriff russische Hacker stecken. Dagegen müsste man – wenn es erst bewiesen ist – vorgehen. Die gleichen Medien, die jetzt gegen Russland hetzen, sehen seit 20 Jahren nichts dabei, dass die USA, Israel, Großbritannien und Frankreich unser Land flächendeckend ausspionieren, die USA sogar von deutschem Boden aus und auf deutsche Kosten. 70000 digitale US-Angriffskrieger befehligt das Pentagon, die täglich in über 80 Ländern weltweit operieren. Die vorgenannten Staaten – vor allem die USA – hacken also nicht nur zweimal, sondern ständig in Deutschland, ohne jegliche Kritik daran. Kanzlerin Merkel etwa fand die Dauerausspähung ihres Handys „unter Freunden“ nicht anständig, aber wehrte sich nicht.

Wenn man weiß, dass die Datenspionage und Hackerangriffe für die USA inzwischen selbstverständliche Handlungen sind und täglich in Deutschland ausgeführt werden, wundert man sich über das Geschrei, welches die deutschen Medien zu zwei Angriffen macht, die den Russen zugeschrieben werden, aber vielleicht auch von den US-Amerikanern stammen. Immerhin haben die USA „Cyber-, Informations- und Medienkrieg gegen Russland“ als eine vorrangige Kriegsvorbereitung gegen Russland bezeichnet.

Wann kommt unsere Regierung endlich auf die Idee, nicht nur ungeklärte Hackerangriffe, sondern auch geklärte und eindeutige anzuprangern und zu verfolgen?

Ein schmutziger Pakt

Von Hans Heckel

Die Ungleichbehandlung sticht ins Auge und wirft Fragen auf: Seit einer gefühlten Ewigkeit ringen der Iran und eine von den USA angeführte westliche Allianz um das iranische Atomprogramm.

Das Mullah-Regime beteuert, die Kernkraft allein friedlich nutzen zu wollen, als Kraftwerkstechnologie. Doch im westlichen Ausland, allen voran in den USA und Israel, bleibt man überaus skeptisch und argwöhnt, Teheran wolle über die „friedliche“ Entwicklung doch nur zur eigenen Atombombe gelangen.

Dieses (womöglich berechtigte) Misstrauen gegen den Iran steht in aufreizendem Kontrast zur Gelassenheit, mit welcher der Westen den Atomplänen Saudi-Arabiens begegnet. Persiens Nachbar und Erzrivale hat angekündigt, 16 Kernkraftwerke im eigenen Land bauen zu lassen. Die internationale Reaktion besteht nicht etwa aus Misstrauen und Protest, ganz zu schweigen von Sanktionen. Vielmehr haben sich Unternehmen aus Russland, Frankreich, China, Südkorea und den Vereinigten Staaten umgehend darum beworben, die Atomkraftwerke für die Saudis zu errichten.

> Das saudische Atomprogramm stört niemanden

Was für ein Regime aber ist das, welches man hier mit dieser, bedenkt man den Umgang mit dem Iran, offenbar hochbrisanten Technologie beschenken will? Laut dem Nahostexperten Oliver Schlumberger finanziert Saudi-Arabien weltweit agierende, radikalislamische Terroristen. Die britische Henry-Jackson-Gesellschaft hat 2017 in einer Studie errechnet, dass die Saudis in den vergangenen 50 Jahren gut 76 Milliarden Euro investiert haben, um über Stiftungen die globale Ausbreitung des radikalen Islam voranzutreiben.

Die „Vorherrschaft radikalislamischer Prediger und Literatur“ bei den muslimischen Gemeinden in aller Welt geht nach Angaben der britischen Forscher wesentlich auf das Engagement der Saudis zurück. Der Vormarsch der Radikalen, in den muslimischen Ländern wie auch in Deutschland und anderswo, hat also zu einem großen Teil saudische Wurzeln und ist mit saudischem Geld finanziert. Auf diese Weise wurde selbst in bislang gemäßigt religiösen Gemeinschaften, wie etwa in Bosnien oder Tschetschenien, die Saat des Fanatismus und des religiösen Hasses auf Nichtmuslime gesetzt.

Und in ein solches Land exportiert man Atomtechnologie? Gewiss, die USA verfolgen im Mittleren Osten eigene strategische Interessen, für deren Erreichen sie die Saudis zu benötigen meinen. Was aber abstößt, ist der bisweilen hohe moralische Ton, der im Iran-Konflikt angeschlagen wird, während man bei den Saudis alle Bedenken lächelnd beiseiteschiebt. Denn wie man es auch dreht: Das Bündnis der USA mit Saudi-Arabien ist ein schmutziger Pakt, und ein für die ganze Welt gefährlicher dazu.



Hält eine Statistik der Militärexporte an Saudi-Arabien in die Kamera: Donald Trump beim Treffen mit Prinz Mohammed bin Salman im Weißen Haus

Bild: Imago

Gegenwind



Wurden die Skripals Opfer eines Unfalls?

Von Florian Stumfall

Der Fall Skripal ist in eine erstaunliche Phase getreten. Je mehr Einzelheiten von Belang ans Licht kommen, umso weniger erscheint davon in den Medien. So hat man von der Tochter Julia, die inzwischen aus dem Krankenhaus entlassen wurde, weiter nichts mehr gehört, seit sie mit einem ausgeliehenen Mobiltelefon mit ihrer Cousine Victoria, die sich in Russland aufhält, gesprochen hat. Victoria teilte ihren Eindruck mit, dass Julia steif und unsicher gesprochen habe, als wäre ihr vorgegeben worden, was sie zu sagen habe. Dieses Telefonat wurde von jemandem in Julias Umgebung offenbar gegen deren Willen beendet.

Julia ist seitdem nicht mehr erreichbar, auch hat sie keinen Zugang zum Internet, zu ihrem Vater kann man ebenfalls keinen Kontakt aufnehmen. Bislang ist es auch russischen Diplomaten verwehrt, Julia, die russische Staatsbürgerin ist, aufzusuchen, was gegen alle internationalen diplomatischen Gepflogenheiten verstößt. Auch haben sich die Sicherheitsorgane beeilt, Julia unmittelbar nach ihrer Entlassung aus dem Krankenhaus an einen „sicheren Ort“ zu bringen, der nicht näher benannt wurde. Dass dieser Ort der Sicherheit dient, steht zweifelsfrei fest, allerdings dürfte es sich dabei um die Sicherheit nicht Julias, sondern der offiziellen Darstellung handeln.

Mehr als erstaunlich sind auch Meldungen verschiedener britischer Medien, denen zufolge nicht nur das Haus der Skripals, sondern auch die Lokale abgerissen werden sollen, in denen sie sich am Tag ihrer Vergiftung angeblich aufgehalten haben. „Wir bekommen den Eindruck“, so ein Diplomat der russischen Botschaft, „dass die britische Regierung absichtlich versucht, alle möglichen Beweise zu zerstören, alle erhaltenen Materialien zu geheim zu erklären und damit die Möglichkeit einer unabhängigen und transparenten Ermittlung auszuschließen.“

Zu diesem Kontext gehört auch, dass die britische Regierung Russland einerseits vorwirft, sich nicht an der Aufklärung des Falles zu beteiligen, ihr Außenminister Boris Johnson auf der anderen Seite alle Anerbieten der russischen Seite mitzuwirken als „pervers“ zurückgewiesen hat. Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat daher die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) aufgefordert, eine sachliche Untersuchung der Vorfälle in Salisbury durchzuführen.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Naheliegenderweise war es Victorias Wunsch gewesen, ihre Base und ihren Onkel zu besuchen, darum ging es auch bei dem einzigen Gespräch. Victoria betreut die 90-jährige Mutter Skripals und wollte dieser unmittelbar vom Gesundheitszustand ihres Sohnes berichten können. Doch Julia erklärte ziemlich unverhohlen, dass sie, Victoria, kein britisches Visum bekommen werde. Das hat sich auch als zutreffend erweisen. Ein Antrag Victorias bei der britischen Botschaft in Moskau wurde abschlägig beschieden. Er habe „den Einreiseregeln nicht entsprochen“. Auch bestünden Zweifel daran, dass Julia ihre Cousine zu sehen wünsche. Die Behörden, so Victorias Vorwurf, wollten Julia von ihren Verwandten fernhalten, wie sie auch den Nachbarn Skripals, dem Ehepaar Cassidy, jeden Besuch verboten haben, mit einer Begründung, die Cassidy „Falschinformation“ nannte. Jetzt probiert es Victoria mit einem Gesuch bei der Regierungschefin Theresa May.

Auf der anderen Seite wurde von britischen Behörden die Möglichkeit erörtert, die beiden Skripals in die USA zu bringen und sie dort mit einer neuen Identität auszustatten. Der Sinn des Unterfangens sei der, die beiden vor ihren Mördern in Sicherheit zu bringen. Mag sein. Es wäre aber auch eine Möglichkeit, die Isolation, in der sie sich derzeit befinden, auf Dauer aufrechtzuerhalten. Victoria jedenfalls versichert, dass ihre Cousine nichts als nach Russland zurück wolle, dort habe sie ihren Lebensgefährten, eine Wohnung, einen Beruf und einen Hund – mit anderen Worten, ihren Lebensmittelpunkt.

Wird jemand von Sicherheitsorganen derart von der Außenwelt abgeschirmt, so regt sich sehr schnell der Verdacht, dies geschehe, damit der Betreffende keine Gelegenheit bekomme, über Sachverhalte zu sprechen, welche die Sicherheitsorgane geheim halten wollen. Im Falle Skripal kann es sich durchaus so verhalten, wenn sich eine neue Lesart der Ereignisse bewahrheiten sollte, die von nicht-öffentlichen Quellen angedeutet wird. Danach haben Vater und Tochter Skripal am Morgen das Haus verlassen und sich den Tag teilweise in der Stadt vertrieben. Nachmittags um 17.30 Uhr kam noch die Freundin Cassidy auf einen Sprung vorbei. Sie erlitt keinerlei Vergiftungen. Abends gingen die Skripals in ein Restaurant zum Essen. Soweit besteht Einigkeit in allen Schilderungen. Doch abweichend von anderen sollen die beiden kein italienisches, sondern ein japanisches Lokal aufgesucht haben, von denen es in Salisbury einige gibt, so etwa das „Wagamama“, unweit des Parks, in dem Vater und Tochter aufgefunden wurden.

Das ist insofern von Belang, als die bewusste Quelle versichert, die beiden hätten Fugu gegessen, den Kugelfisch, der bei unsachgemäßer Zubereitung schwere Vergiftungen bis hin zum Tod hervorrufen kann. Tatsächlich sind nach japanischen Statistiken die Todesfälle eher selten, sie liegen bei etwa zehn Prozent der Vergiftungen. Auffallend bei dem Lokalbesuch der Skripals ist nun, dass die Polizei die Rechnung als Geheimsache konfisziert hat.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Bei einer Fugu-Vergiftung, die nicht zum Tode führt, erfolgt die Erholung erstaunlich schnell, so wie das jedenfalls bei Julia der Fall war. Eine Vergiftung mit dem in Frage stehenden Nervengift A234, gemeinhin als „Nowitschok“ bezeichnet, ist hingegen in jedem Fall tödlich. Auch ist die offizielle Erklärung nicht schlüssig, wie dieses Gift den Skripals beigebracht worden sei. Nach verschiedenen, einander widersprechenden Erklärungen hat man sich jetzt darauf geeinigt, dass das Gift an der Klinke der Haustür angebracht worden sei. Allerdings hätte sich der Attentäter zu diesem Zweck mit einem der Schutzanzüge durch Salisbury bewegen müssen, die dann so oft im Fernsehen mit leichtem Grusel zu sehen waren. Sonst wäre er sein eigenes Opfer geworden.

Auch hätte die kurze Berührung der kontaminierten Klinke kaum die gewünschte Wirkung gehabt, denn das Gift wird durch Körperöffnungen und Schleimhäute aufgenommen, die Epidermis dagegen bildet bei flüchtigem Kontakt einen Schutz. Abgesehen davon pflegt, wenn zwei Menschen das Haus verlassen, nur einer die Klinke zu betätigen, wie können sich also alle beiden Skripals an der Türklinke vergiftet haben?

Dagegen entspricht der Zustand, in dem Skripal und seine Tochter aufgefunden wurden, den Symptomen einer Fugu-Vergiftung mit Lähmungserscheinungen, Benommenheit und Krämpfen. Das Bewusstsein dagegen bleibt erhalten. Zwar widerspricht das der offiziellen Darstellung, die beiden seien bewusstlos gewesen, doch in einer Äußerung Julias, die von Scotland Yard geprüft und ins Netz gestellt wurde, spricht sie ihren Dank den Bürgern von Salisbury aus, die „zu Hilfe gekommen sind, als mein Vater und ich hilflos waren“. Hilflos, nicht bewusstlos.

Die japanische Variante vorausgesetzt, kann es sein, dass der gerade diensthabende Bewacher Skripals, der ihm auf den Fersen folgte, wie das bei allen Ex-Spionen üblich ist, im Zusammenbruch der beiden eine willkommene Gelegenheit sah, einen Türken zu bauen. Allerdings musste, da es keine Vorbereitungszeit gab, improvisiert werden, was die vielen Widersprüche und Ungereimtheiten der offiziellen Darstellung erklären könnte. Man verließ sich wohl zu sehr auf die Wirkung des üblichen „Putin war's“.

Prachtoper ohne Wagner

Bayreuths Markgräfliches Opernhaus wiedereröffnet – Markgräfin Wilhelmine, Schwester Friedrichs des Großen, war Bauherrin

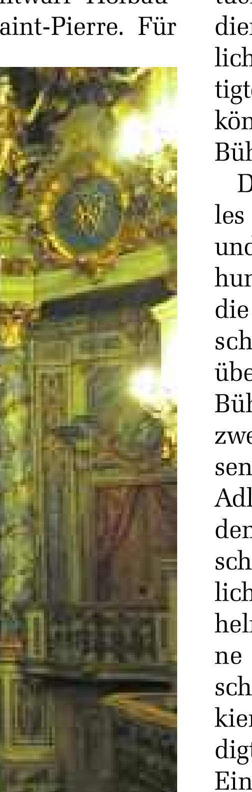
Bayreuth gönnt sich zwei Opernhäuser. Neben dem Festspielhaus, in dem die Wagner-Opern aufgeführt werden, gibt es noch das Markgräfliche Opernhaus. Dieses barocke Schmuckstück gewährt den Besuchern nach einer längeren Sanierung wieder Einlass.

Markgräfin Wilhelmines Opernhaus in Bayreuth ist mit seinem bestens im Originalzustand erhaltenen Logenhaus das weltweit bedeutendste Beispiel barocker Theaterarchitektur. Daher sprach ihm die UNESCO 2012 den Rang eines Weltkulturerbes zu. Doch kaum war der erlangt, schloss die Bayerische Schlösserverwaltung das Prachtstück wegen dringend notwendiger Instandsetzungsmaßnahmen. Für die gab der Freistaat Bayern 29,6 Millionen Euro aus. Wie schon die Einweihung 1748 wurde auch die Wiedereröffnung am 12. April mit Johann Adolph Hasses Oper „Artaserse“ gefeiert. Mit Beginn der Bayreuther Residenztage am 14. April steht das Haus wieder für Besichtigungen offen.

Wer das aus Holz und Leinwand bestehende Logenhaus mit seiner alten Guckkastenbühne kennt, wird sich über die unerwarteten Ausmaße des jetzigen Bühnenportals wundern. Im 19. Jahrhundert beträchtlich verkleinert, ist es nun wieder wie ursprünglich 14 Meter breit und 10,5 Meter hoch. Im Mittelpunkt der Maßnahmen aber stand die Konservierung der farbigen Fassung des Zuschauerraums. Die von Schmutz und nachgedunkelten öligen Überstreichungen befreite originale Bemalung der Logen mit lichtem Meergrün als Grundton, blauen Zonen sowie roten, gelben und goldenen Akzenten präsentiert sich nun in alter Frische.

Es stellte sich heraus, dass die Ursprungsausmalung sensationellerweise zu 90 Prozent erhalten ist. Bei den Retuschen erlegte sich die Expertengruppe äußerste Zurückhaltung auf. Denn das Instandsetzungsmotto lautete: Konservierung statt Restaurierung, Erhaltung des Originals statt Rekonstruktion. Völlig neu sind nur die Bodenbeläge, die 500 Plätze umfassende Bestuhlung und die technische Infrastruktur.

Künftig werden im Markgräflichen Opernhaus an 30 Tagen im Sommer Opern, Konzerte und Gastspiele aufgeführt. Ganzjährig läuft der Museumsbetrieb. Der Besucher kann sich selbstständig im Weltkulturerbe umsehen. Statt Führungen gibt es einen Film zur Geschichte und Funktion des barocken Opernhauses, in dem die Bauherrin und Intendantin Markgräfin Wilhelmine (1709–1758) als niedliche Zeichentrickfigur mit ihrem Hündchen Folichon im Arm auftritt.



Vorhang auf für ein barockes Schmuckstück: Der sanierte Bühnenraum des Opernhauses Bild: Thiede

Wilhelmine war die Lieblingsschwester Friedrichs des Großen, ohne dessen Heiratspolitik das Opernhaus vielleicht nie erbaut worden wäre. Er fädelte nämlich die Vermählung des Herzogs Carl Eugen von Württemberg mit Elisabeth Friederike Sophie ein. Sie war das einzige Kind von Wilhelmine und ihrem Gatten Markgraf Friedrich (1711–1763). Die anstehenden Hochzeitsfeierlichkeiten boten der Markgräfin eine willkommene Gelegenheit, das Opernhaus errichten zu lassen.

Den 1750 vollendeten steinernen Außenbau entwarf Hofbaumeister Joseph Saint-Pierre. Für die Ausschmückung des hölzernen Logenhauses aber engagierte Wilhelmine den seinerzeit berühmtesten und besten aller Festdekorateure und Theaterarchitekten: Guiseppe Galli Bibiena, den Friedrich der Große später zu seinem Hofarchitekten ernannte.

Das von Guiseppe und seinem Sohn Carlo gestaltete Logenhaus bildete 1748 den glanzvollen Rahmen für das Hochzeitsmahl, die Aufführung französischer Komödien sowie der italienischsprachigen Opern „Artaserse“ und „Ezio“. Der von Carlo Galli Bibiena für „Ezio“ gezeichnete Bühnenbildentwurf zeigt eine mit Statuen geschmückte Palasthalle. Der diente als Vorbild für die anlässlich der Wiedereröffnung angefertigten Kulissen. Zwischen denen können die Besucher nun auf der Bühne wandeln.

Das Logenhaus ist ein glanzvolles Zeugnis der höfischen Fest- und Theaterkultur des 18. Jahrhunderts, in deren Mittelpunkt die Fürstenhuldigung und Herrschaftsinszenierung steht. Unübersehbar groß ist das über dem Bühnenportal angebrachte, von zwei Allegorien des Ruhmes präsentierte Wappen mit dem Roten Adler der Markgrafen von Brandenburg-Bayreuth. Dem Wappenschild ist zu Ehren der aus königlichem Hause stammenden Wilhelmine eine monumentale Krone aufgesetzt. Zwei reich geschmückte Trompeterlogen flankieren die Bühne. In ihnen kündigten Pauker und Trompeter das Eintreffen des Herrscherpaares an. Die Kartusche der linken Trompeterloge trägt die Initialen Markgraf Friedrichs. Ihm sind die allegorischen Figuren der Herrschaft und der Klugheit zugeordnet. Die rechte Trompeterloge ist mit den Initialen Markgräfin Wilhelmines sowie den Allegorien der Gerechtigkeit und Barmherzigkeit ausgestattet. Auf dem Deckengemälde des Saales fliegen die Musen mit Apoll an der Spitze ein. Der Gott der Dichtkunst und Musik hält im Leierspiel inne und weist einen Putto an, dem Fürstenpaar seine Ankunft zu melden. Dessen Ehrenplatz ist die über drei Ränge aufsteigende Fürstenloge. Auf ihr sehen wir unter der preußischen Königskrone einen goldenen brandenburgischen Adler. Ihm überreichen die allegorischen Figuren des Ruhmes und der Fruchtbarkeit Huldigungsgeschenke.

Erstaunlich ist der Beginn der lateinischen Widmungsinschrift über der Fürstenloge: „Für Friedrich und Sophie.“ Aber wer ist denn „Sophie“? Markgräfin Wilhelmine lässt sich hier bei ihrem zweiten Vornamen nennen, dem griechischen Wort für „Weisheit“.

Dass die Herrschaft des Fürstenpaares dem Markgraftum „goldene Zeiten“ bescherte, verheißen die Schnitzereien an den

Im Rang eines UNESCO-Welterbes

Zuschauerrängen: Auf lächelnden Masken sitzen zum Zeichen von Wohlstand und Überfluss reich gefüllte Körbe. Tatsächlich trug die rege Bautätigkeit Wilhelmines, der wir neben dem Markgräflichen Opernhaus Sehenswürdigkeiten wie das Neue Schloss und den Landschaftsgarten Eremitage mit Wasserspielen, Altem Schloss, Sonnentempel und Ruinentheater verdanken, dem kleinen Markgraftum auch große Staatsschulden ein. *Veit-Mario Thiede*

Markgräfliches Opernhaus, Opernstraße 14, Bayreuth. Besichtigung ab 17. April von 9 bis 18 Uhr, von Oktober bis März 10 bis 16 Uhr. Eintritt: 8 Euro. www.bayreuth-wilhelmine.de, www.bayreuth-tourismus.de, www.franken-hohenzollern.de

Der Antiheld von Boston

Das Bombenattentat beim Boston Marathon mit drei Toten am 15. April 2013 wurde für die US-Ostküstenstadt zum Trauma, das man zumindest filmisch zu bewältigen versucht. Vor einem Jahr war in den Kinos Mark Wahlberg in dem Film „Boston“ zu sehen, wie er die beiden tschetschenisch-stämmigen Attentäter zur Strecke bringt. Am 19. April startet mit „Stronger“ ein Film, in dem die Täter überhaupt keine Rolle mehr spielen. Es geht ausschließlich um eines der über 250 schwer verletzten Opfer, das sich nach dem Anschlag mit amputierten Beinen den Weg zurück ins Leben erkämpft.



Bild: Studiocanal/Scott Garfield

Klammert sich an die Liebe: Jeff Bauman (J. Gyllenhall, r.)

Jake Gyllenhall spielt die authentische Geschichte des Jeff Bauman, der sich dagegen wehrt, zum Helden instrumentalisiert zu werden. Und genau das macht die Stärke dieses Films aus, der Bauman als zum Teil versoffenen Antihelden zeigt und ihn als ehrlichen Verlierertyp wahrnimmt, statt als – übliche – Traumprojektion US-amerikanischer Stärke. Dank einer temperamentvollen Schauspielleistung Gyllenhalls rutscht dieser Film auch nie in ein rührseliges Behindertenstück ab. *H. Tews*

Landschaft als Leidenschaft

Kunst-Coup in Hamburg – Gainsborough erstmals in Deutschland

Einige Künstler gelten in ihrem Heimatland als nationale Ikonen, aber außerhalb davon nimmt man sie nur wenig wahr. Dieses Schicksal trifft auch auf den britischen Maler Thomas Gainsborough zu, der im 18. Jahrhundert Porträts und Landschaftsbilder geschaffen hat, die in seinem Land so ähnlich als Heiligtümer verehrt werden wie hierzulande etwa Caspar David Friedrichs Bilder „Kreidefelsen auf Rügen“ oder „Der Wanderer über das Nebelmeer“.

Der Hamburger Kunsthalle ist es nun gelungen, nicht nur die erste Gainsborough-Ausstellung auf deutschem Boden zu organisieren, sondern auch einige dieser Bild-Heiligtümer aus britischen Museen zu entleihen. Dass etwa das Porträt „Mr. und Mrs. Andrews“ jetzt im Original in einem deutschen Museum hängt, ist für die Briten so, als hätte Paris seine „Mona Lisa“ auf Reisen geschickt.

Dieser Ausstellungs-Coup ist dem neuen Hamburger Kunsthallen-Direktor Christoph Martin Vogtherr zu verdanken, der zuvor Chef der Londoner Wallace Collection war und der jetzt seine guten Kontakte zur angelsächsischen Kunstwelt hat spielen lassen. Die noch bis zum 27. Mai laufenden Ausstellung „Thomas Gainsborough. Die moderne Landschaft“ ist sein spektakulärer Einstand als Kunsthallen-Chef.

Gainsborough verdiente sein Geld in erster Linie als Porträtmaler. Die vier „Marsham-Kinder“, die im Gebüsch verschlungen mit Hunden spielen, werden als eine der wenigen Beispiele in Hamburg gezeigt. Der Schwerpunkt der rund 80 Gemälde in der Ausstellung liegt in der Landschaftsmalerei. „Sie war die Leidenschaft von Gainsborough, in der er frei von Auftragszwängen experimentieren konnte“, so Vogtherr. Leben konnte er davon nicht, da diese Form der Malerei seinerzeit noch keine Abnehmer fand. Gainsborough, der zur Aufhellung der Farben auf der Palette auch mit zermahlenem Glas experimentierte, präsentierte sie zumeist in der Londoner Royal Academy of Arts, zu deren Gründungsmitgliedern er 1786 zählte.



Bild: The National Gallery, London

Lässige Pose: Gainsboroughs „Mr. and Mrs. Andrews“ (um 1750)

In den Landschaftsbildern stellte er die soziale Umwälzung im vorindustriellen England dar. Im Gemälde „Mr. und Mrs. Andrews“ rückte er die Porträtierten an den linken Bildrand, um im zentralen Bildbereich deren umzäunten Grundbesitz hervorzuheben. Die strenge Aufteilung der zuvor gemeinschaftlich genutzten Weide- und Ackerflächen schloss die Landbevölkerung aus, die nun in Scharen in den Städten ihr Glück suchte.

Da er die Proletarisierung der Gesellschaft vorhersah, verdient Gainsborough das im Ausstellungstitel erwähnte Prädikat „modern“ durchaus. Die Zeitgenossen schätzten die Qualität seiner Kunst ähnlich. Der Schriftsteller und Politiker Horace Walpole bezeichnete das auch in Hamburg ausgestellte Meisterwerk „Die Tränke“ als das „mit Abstand beste in England gemalte Landschaftsbild“ und stellte es auf eine Stufe mit Rubens. Wie stark Gainsborough von flämischen und niederländischen Malern inspiriert war, zeigen in der Ausstellung vergleichende Werke unter anderem von Ruisdael. Gainsborough stellt sogar diese Meister oft in den Schatten. *Harald Tews*

Kunsthalle Hamburg, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Donnerstag bis 20 Uhr. Eintritt: 14 Euro. Infos im Internet: www.hamburger-kunsthalle.de

»Frankenstein« beim Musikfest

Hamburg sieht sich gern als „Musikstadt“. Die neue Elbphilharmonie soll das untermauern. Doch die großen Musikfeste wie das von Schleswig-Holstein laufen um die Elbmetropole herum ab. Nun findet vom 27. April bis 30. Mai das Internationale Musikfest Hamburg statt, das nach den beiden als Biennale konzipierten Vorläufern von 2014 und 2016 fortan in den Jahresrhythmus wechseln soll. In seiner jetzt dritten Ausgabe präsentiert das unter dem Motto „Utopie“ laufende Musikfest in 62 Konzerten 41 unterschiedliche Programme. 20 davon werden von Musikern aus der Stadt gestaltet, 21 von Künstlern aus Deutschland, Österreich, Frankreich, Italien, Großbritannien und den USA.

Eröffnet wird das Musikfest am 27. April durch das NDR-Elbphilharmonie-Orchester, den NDR-Chor sowie den Chor des Bayerischen Rundfunks unter der Leitung seines Chefdirigenten Thomas Hengelbrock mit Beethovens „Missa solemnis“. Weitere Höhepunkte sind ein zweitägiges Gastspiel der Mailänder Scala mit dem Verdi-Requiem, ein Arienabend der US-Mezzosopranistin Joyce DiDonato, Konzerte mit dem Sinfonieorchester des Bayerischen Rundfunks, dem Mahler Chamber Orchestra und dem Philadelphia Orchestra, ein großer Stockhausen-Schwerpunkt sowie die Uraufführung der Horroroper „Frankenstein“. Die Konzerte im großen Saal der Elbphilharmonie sind längst ausverkauft. Karten für Konzerte an anderen Orten sowie das vollständige Programm sind im Internet unter www.musikfest-hamburg.de erhältlich. *tws*

MELDUNGEN

G.B. Shaw hinter der Kamera

Lübeck – Der anglo-irische Dramatiker und Literaturnobelpreisträger George Bernard Shaw war nicht nur einer der ersten Autoren, welche die Schreibmaschine, sondern auch die Fotokamera bedienen konnte. Eine Auswahl seiner rund 20000 Aufnahmen zeigt das Lübecker Günter-Grass-Haus vom 16. April bis 9. Oktober. Internet: www.grass-haus.de *tws*

Erst verkannt, jetzt gefeiert

Wien – Der Maler Anton Romako (1832–1889) wurde wegen seines früh-expressionistischen Stils zu Lebzeiten unterschätzt, gilt aber heute neben Hans Makart als bekanntester österreichischer Maler des späten 19. Jahrhunderts. Das Wiener Leopold-Museum beweist das mit der bis zum 18. Juni laufenden Schau „Anton Romako. Beginn der Moderne“. Internet: www.leopoldmuseum.org *tws*

Moderne Kunst eines Polen

Wuppertal – Vom 17. April bis zum 12. August setzt das Wuppertaler Von-der-Heydt-Museum mit der Retrospektive „Jankel Adler und die Avantgarde: Chagall/Dix/Klee/Picasso“ das Schaffen des polnischen Malers Jankel Adler (1895–194) in Bezug zu seinen befreundeten Künstlerkollegen. Internet: vdh.netgate1.net *tws*

Wenn man es mit der Heiratspolitik übertreibt

Von geistigen und körperlichen Leiden gezeichnet: Österreichs vor 225 Jahren geborener zweiter Kaiser, Ferdinand I.

Bella gerant alii, tu felix Austria nube. Nam quae Mars aliis, dat tibi diva Venus (Kriege lasse andere führen, du, glückliches Österreich, heirate! Denn was Mars den anderen, gibt dir die göttliche Venus), lautete das Motto des Habsburgerreiches. Was allerdings passieren kann, wenn man es mit einer derartigen Heiratspolitik übertreibt, zeigt Österreichs zweiter Kaiser, Ferdinand I.

Normale Menschen haben zwei Elternteile, vier Großelternteile und acht Urgroßelternteile. Bei Ferdinand war das anders. Aufgrund sogenannten Ahnenschwunds hatte er nur vier Urgroßelternteile. Das lag daran, dass sein Großvater väterlicherseits und seine Großmutter mütterlicherseits sowie seine Oma väterlicherseits und seine Opa mütterlicherseits Geschwister waren. Das blieb offenkundig nicht ohne Folgen.

Der Habsburger litt unter der Englischen Krankheit, Epilepsie, Konzentrationsschwächen, motorischen Störungen und Artikulationsschwierigkeiten, Hemmungen im mitmenschlichen Umgang und Kränklichkeit. Außerdem war er mit einem sogenannten Wasserkopf, einer unproportional hohen Stirn, einem platten Kopf, einer hervortretenden Nase und der sogenannten Habsburgerlippe geschlagen.

Noch als Neunjähriger soll er außerstande gewesen sein, ein Glas Wasser einzuschenken, eine Tür zu öffnen oder Treppen zu steigen, ohne sich „anzuhalten“. Angesichts seines Zustandes wurde ihm sogar der Militärdienst erspart, was ungeachtet des gängigen Klischees vom militaristischen Preußen auch für einen Thronfolger Österreichs in jener Zeit ungewöhnlich war.

Wohlwollend wurde der Sohn des „guten Kaisers Franz“ (siehe *PAZ* Nr. 6 vom 9. Februar) wegen seiner harmlos-gütigen Natur als „Ferdinand der Gutmütige“ bezeichnet. Weniger wohlwollende Geister verballhornten dies zu „Gütinand der Fertige“ oder sprachen von „Nandl dem Trottel“ oder dem „Nanderltrotterl“.

Ungeachtet der nicht nur körperlichen, sondern auch geistigen Leiden wurde der älteste Sohn des Kaisers als Kronprinz erzogen. Hier wurde strikt nach dem Legitimitätsprinzip, also gemäß der rechtmäßigen Erbfolge, verfahren. Schließlich wollte man sich nicht vorwerfen lassen, selber gegen die Grundsätze zu verstoßen, mit denen man den Kampf gegen den aus der Französischen Revolution hervorgegangenen „Usurpator“ Napoleon Bonaparte sowie die Neuordnung Europas auf dem Wiener Kongress moralisch-ethisch gerechtfertigt hatte. Kein Mann stand für diese Ideologie wie der österreichische Staatskanzler Klemens von Metternich. Und so war er es denn auch, der sich gegen ein Übergehen Ferdinands in der Thronfolge aussprach. Zudem versprach die Thronbesteigung eines schwachen Kaisers dessen erstem Minister einen Machtgewinn. Dieses galt umso mehr, als Franz seinen Sohn dazu anhielt, nichts zu verändern und Metternich zu vertrauen.



Kaiser Ferdinand I. von Österreich im Ornat des Ordens vom Goldenen Vlies: Beschönigendes Porträt von Leopold Kupelwieser aus dem Jahre 1847 Bild: CF

1835 war es so weit. Ferdinands Vater starb. Entsprechend dem Testament wurde eine Geheime Staatskonferenz mit der Führung der Staatsgeschäfte beauftragt. Ihr gehörten je zwei Vertreter des regierenden Hauses und des Kabinetts an. Den Vorsitz übernahm Ferdinands Onkel väterlicherseits Erzherzog Ludwig. Weitere Mitglieder waren der desgnierte Thronfolger, Ferdinands nächstjüngerer Bruder Erzherzog Franz Karl, sowie Metternich und der für die Innenpolitik zuständige Staatsminister Franz Anton Graf von Kolowrat-Liebsteinsky. Sie bestimmten in der Ära Ferdinands die Politik und die Geschicke des Kaisertums. „Wir haben jetzt eine absolute Monarchie ohne Monarchen. Das Prinzip der Legitimität hätte nicht furchtbarer angegriffen werden können als durch diese törichte Anwendung und konsequente Aufrechterhaltung desselben“, kommentierte der zeitgenössische österreichische Staatsmann Karl Friedrich von Kübeck mit Wortwitz die Lage.

Die von Frankreich ausgehende 1848er Revolution erreichte auch Österreich. Auch zu dieser Zeit liegen uns Anekdoten bezüglich Ferdinand vor. Im Angesicht der Revolutionäre soll er Metternich gefragt haben: „Was mach'n denn all die viel'n Leut' da? Die san so laut!“ Jener habe geantwortet: „Die machen eine Revolution, Majestät.“ Ferdinand darauf konsterniert: „Ja, dürfen's denn des?“ Unabhängig davon, ob sie das durften oder nicht, waren sie derart mächtig, dass Metternich als Hauptverantwortlicher für die dem napoleonischen Zeitalter folgende Restauration und Reaktion nicht mehr zu halten war. Er demissionierte im März 1848 und floh nach London.

Trotz Metternichs Rücktritt und Ferdinands angeblichen, Konzessionsbereitschaft signalisierenden Worten: „Sagt dem Volk, dass ich allem zustimme“, sah sich die kaiserliche Familie schließlich gezwungen, ebenfalls die Flucht anzutreten. Im Mai floh sie nach Innsbruck. Ferdinand wurde das Ausweichen nach Tirol als Spazierfahrt schmackhaft gemacht. Nach einer kurzzeitigen Rückkehr nach Wien floh die Familie im Oktober erneut, diesmal ins mährische Olmütz.

Dort endete Ferdinands Regierungszeit im Dezember. Unter dem Einfluss der Familie stimmte er einem Regierungsverzicht zu und verzichtete Erzherzog Franz Karl als nächster in der Thronfolge zugunsten von dessen ältestem Sohn, Erzherzog Franz Joseph, auf eine Regierungsübernahme. So wurde Österreichs sicherlich berühmtester Kaiser 1848 im Alter von gerade einmal 18 Jahren der direkte Nachfolger seines Onkel. Dass Franz Karl zugunsten Franz Josephs verzichtete, lag nicht zuletzt am Zureden der Erzherzogin Sophie, der Ehefrau Franz Karls und Mutter Franz Josephs, Freunden der „Sissi“-Trilogie bekannt als strenge, um nicht zu sagen: böse Schwiegermutter der Titelfigur. „Gott segne Dich, sei nur brav, Gott wird dich schützen, es ist gern geschehen!“, soll Ferdinand seinem Neffen und Nachfolger bei der Regierungsübergabe in Olmütz gesagt haben.

Seine ihm nun noch verbleibenden drei Lebensjahrzehnte verbrachte Ferdinand in Mähren und auf dem Hradschin in Prag. Wenn er auch die Regierung an Franz Joseph übergeben hatte, so behielt er doch seinen Kaisertitel und auch sein Vermögen. Dafür, dass Ferdinand zwar geistig eingeschränkt, aber kein Trottel war, sprechen auch die geschickte Verwaltung der geerbten böhmischen Güter und sein Kommentar zur Niederlage seines Neffen und Nachfolgers in der Schlacht von Königgrätz: „Na, des hätt' i a noch z'sammbracht!“ *Manuel Ruoff*

Seine Entwertung ist fast so alt wie das Geld selbst

Die Geschichte der Inflation reicht bis in das Altertum zurück, und ein Ende ist nicht in Sicht

Nach der Einführung des Geldes kam es immer wieder zu Inflationen. Verantwortlich hierfür war in aller Regel die unseriöse Geldpolitik des Staates. Die Geschichte der staatlich verursachten Inflationen reicht bis in die Antike zurück. Die erste schwere Inflation der Weltgeschichte fällt wohl in die Zeit der alten Römer. Seit etwa 210 v. Chr. war der Denarius die gebräuchlichste Silbermünze in Rom.

Zu Beginn machte Feinsilber 95 Prozent seines reichlich vier Gramm betragenden Gewichts aus und die Kaufkraft betrug rund 20 Euro, was dem damals üblichen Handwerker-Tageslohn entsprach. Das änderte sich unter dem verschwenderischen Kaiser Nero (37–68 n. Chr.), der Silberanteil sank auf 3,4 Gramm. Doch das war nur der Anfang.

Bis zum Jahre 268 wurde der Anteil des Edelmetalls im Denarius auf 0,02 Prozent reduziert. Als Folge kollabierte erst die Wirtschaft, dann erfolgte ein weitgehender Übergang zum Tauschhandel. Damit brachen die Steuereinnahmen weg, wodurch der Staat seine Aufgaben zunehmend weniger erfüllen konnte. Von da ab war es nur noch ein kurzer Weg bis zum kompletten Niedergang des Römischen Reiches.

Analog setzten im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit Herrscher auf das Mittel der Münzverschlechterung, um ihren höfischen Luxus sowie kostenintensive Projekte wie Kriegszüge zu finanzieren oder sich von lästigen Schulden zu befreien. Davon zeugen beispielsweise die finanzpolitischen Exzesse zur Zeit der Kipper und Wipper. Diese fand ihren Höhepunkt zwischen 1620 und 1623, während des Dreißigjährigen Krieges. Damals brachten Landesherren verstärkt minderwertige Münzen in Umlauf, nachdem sie die guthaltigen Stücke aus dem Verkehr gezogen hatten. Allerdings kehrte das schlechte Geld in Form von Steuern und Abgaben zurück, was insofern zum Problem wurde, als man damit keine Söldner mehr bezahlen konnte. Die wollten ihren Kopf verständlicherweise nur für Silber oder Gold hinhalten.

Neben der Münzverschlechterung bildet das überreichliche Vorhandensein von Münzmetallen einen Sonderfall in der Geschichte der Inflation. Nach der Entdekkung Amerikas brachten im 16. Jahrhundert die Schiffe der spanischen Konquistadoren bis zu 270 Tonnen Silber pro Jahr aus der Neuen Welt nach Europa, wo das Edelmetall umgehend zu Münzen geprägt wurde. Hierdurch entstand ein Überangebot an Geld, ohne dass die verfügbare Warenmenge zunahm. In kürzester Zeit stiegen die Preise um das Vier- bis Zehnfache. Das schadete vor allem dem kleinen Mann, der nicht vom Zustrom des Silbers aus den Kolonien profitieren konnte.

Keine Grenzen kannte die Inflationsgefahr mehr nach der Einführung des Papiergeldes. Nun waren noch ungehemmtere Manipulationen möglich, weil die Währung nicht einmal mehr dem Anschein nach auf Edelmetall basieren musste. Als typisches Beispiel hierfür können die sogenannten Assignaten dienen, die ab Dezember 1789 im revolutionären Frankreich ausgegeben wurden. Sie sollten Geld in die Kasse des vor dem Bankrott stehenden Staates spülen und waren angeblich durch den späteren Erlös aus der Veräußerung von konfiszierten kirchlichen Immobilien gedeckt. Jedoch kamen unverhältnismäßig viele dieser sogenannten Anweisungen in Umlauf. Während der Wert der Kirchengüter nur bei zwei bis drei Milliarden Livres lag, kursierten 1796 bereits Assignaten für 45 Milliarden. Schnell sank der Wert der Assignaten auf acht Prozent ihres Nennwertes, was die Preise im Lande derart steigen ließ, dass man schließlich vorerst zu den Münzen zurückkehrte.

Dies war der erste schlagenden Beweis dafür, dass sich eine Wirtschaftskrise nicht mithilfe der Notenpresse lösen lässt – aber keineswegs der letzte. Weitere extrem dramatische Inflationen gab es in Griechenland 1943/44, China 1943 bis 1949, Jugoslawien 1990 bis 1994 und Simbabwe 2006 bis 2009. Die höchste jemals erreichte Inflationsrate wurde allerdings 1945/46 in Ungarn registriert: 4,19 Billiarden Prozent pro Monat. Das lag sogar deutlich über dem Wert der großen Inflation in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, die 1923 ihren Höhepunkt erreichte. Letztere war eine Folge des Ersten Weltkrieges und der Niederlage. Die Entente-Mächte nutzten die Gelegenheit, sich für den ungemein kostspieligen Weltkrieg bei den USA zu verschulden. Diese Möglichkeit hatte das Reich nicht. Es verschuldete sich deshalb vor allem bei seiner eigenen Bevölkerung.

Nach dem Krieg hoffte die Reichsführung, diese Schulden durch die Kriegsgewinne begleichen zu können. Der Krieg ging jedoch verloren, und so stand das Reich vor der Frage, wie es die bis dahin angesammelten Schulden in Höhe von rund 150 Milliarden Mark begleichen sollte. Hinzu kamen die ungeheuren Belastungen aus dem Versailler Diktat. Diese sind nicht nur auf Bösartigkeit und Raffgier der Ente-Mächte zurückzuführen. Vielmehr mussten diese einen Weg finden, ihre Schulden bei den USA zu bezahlen. Das sollte nun der Kriegsverlierer Deutschland tun. Die Weimarer Republik stand also vor der Herausforderung, sowohl die eigenen Schulden bei der eigenen Bevölkerung als auch die Entente-Schulden bei den USA zu begleichen. Die Kriegssieger konnte die Weimarer Republik nicht einfach mit wertlosem Papiergeld abspeisen, wohl aber die eigenen Bürger. Das tat sie dann auch. Und da wundere sich noch einer über den geringen Rückhalt der Weimarer Republik 1933 bei der deutschen Bevölkerung im Allgemeinen und dem deutschen Mittelstand, der besonders viele Kriegsanleihen gezeichnet hatte, im Besondern.

Die Papiermark war bereits seit dem Beginn des Weltkrieges nicht mehr durch Gold gedeckt gewesen. Damit schuf man schon in der Kaiserzeit die Voraussetzungen für das maßlose Drucken von Geldnoten nach dem Kriege. Die Maßlosigkeit zeigte sich im Kurs zum US-Dollar und im Goldpreis. Im November 1923 musste man 4,2 Billionen Mark für einen Dollar entrichten und für die Feinunze Gold sogar 86,81 Billionen Mark. Das führte zu einer Entwertung der Sparguthaben und Preissteigerungen in astronomischen Größenordnungen, wie sie die Deutschen bis dahin noch nicht erlebt hatten. So kostete ein Ei kurz vor dem Ende der Inflation sagenhafte 320 Milliarden Papiermark.

Diese Inflation nach dem Ersten, aber auch die nach dem Zweiten Weltkrieg war den Deutschen eine wertvolle Lehre und prägten die Stabilität der D-Mark. Doch diese Lehre nutzt den Deutschen wenig, seit sie die Hoheit über ihr Geld an die Europäische Zentralbank abgetreten haben, in der ihre Vertreter von denen anderer europäischer Nationen überstimmt werden, denen derartige Erfahrungen bislang erspart blieben. Die Folgen ließen nicht lange auf sich warten. Betrug die umlaufende Geldmenge 1998 noch umgerechnet 4,426 Billionen Euro, sind es mittlerweile bereits 11,905 Billionen. Wenn dieses Wachstum anhält und nicht in gleichem Maße mehr Waren produziert oder Dienstleistungen erbracht werden, könnten die Deutschen erneut Opfer einer Geldentwertung wie jenen nach den von ihnen verlorenen Weltkriegen werden. *Wolfgang Kaufmann*

Der Feind trauerte um den »roten Baron«

Manfred von Richthofen – Ritter der Lüfte in vergehender Zeit

Sie fühlten sich als die letzten Ritter. Sie ritten farbenprächtige Luftrösser, während unter ihnen Millionen in Feldgrau starben. Sie zahlten ihren Ruhm häufig mit ihrem Leben, auch Manfred Albert von Richthofen, der rote Baron. Der Jagdflieger fiel vor 100 Jahren, am 21. April 1918 – und der Gegner trauerte um ihn.

Mit 80 bestätigten Luftsiegen war Manfred von Richthofen der erfolgreichste Pilot im Ersten Weltkrieg. In Frankreich nannte man ihn „le petit rouge" (Der kleine Rote) oder „Diable Rouge" (Roter Teufel), weil er bevorzugt ein rotes Flugzeug flog. Den bekannteren Beinamen „Der Rote Baron" erhielt er erst nach dem Ersten Weltkrieg. Seiner 1917 erschienenen Autobiografie gab er den Titel „Der rote Kampfflieger".

Manfred Freiherr von Richthofen wurde am 2. Mai 1892 in Breslau geboren. Der Vater war preußischer Kavallerieoffizier, das prägte den Werdegang des Sohnes. Im Sommer 1911 rückte er als Fähnrich beim 1. (westpreußischen Ulanen-Regiment „Kaiser Alexander III. von Russland" ein. Nach Einsätzen an der Westfront kam es im Oktober 1915 zu einer entscheidenden Begegnung. Richthofen traf in einem Sonderzug nach Metz im Speisewagen einen Mann, dessen Uniform ihn als Flieger auswies. Man kam ins Gespräch, und was er hörte, faszinierte den Jüngeren. Sein Gesprächspartner war Oswald Boelcke, damals der erfolgreichste Kampfpilot. Richthofen beschloss, ebenfalls Kampfflieger zu werden.

Seine Flugprüfung bestand Richthofen erst im dritten Anlauf. Boelcke nahm ihn im September 1916 in seine bei Cambrai stationierte Jagdstaffel 2 auf. Ein Jahr später gelang Richthofen der erste Abschuss. Er notierte darüber: „Nur immer der eine Gedanke: Der muss fallen, mag kommen, was da will! ... Ich war so nahe dran, dass ich Angst hatte, ihn zu rammen. Da plötzlich, der Propeller des Gegners dreht sich nicht mehr. Getroffen! Der Motor war zerschossen und der Feind musste bei uns landen, da ein Erreichen seiner eigenen Linien ausgeschlossen war."

Zum Andenken an den ersten Luftsieg verschenkte Boelcke stets einen Ehrenbecher. Fortan belohnte Richthofen sich selbst für jeden Luftsieg mit einem kleinen Silberbecher. Der Juwelier hatte ihn mit dem Datum des Abschusses und dem Flugzeugtyp zu versehen.

Im November 1916 kam es zum Duell zwischen dem jungen Piloten Richthofen und dem erfolgreichsten britischen Jagdflieger, Major Lanoe George Hawker. Richthofen siegte mit seiner Albatros. Im Januar 1917 wurde er mit dem Pour le Mérite ausgezeichnet. Vorzeitig befördert, übernahm er die bis dahin erfolglose Jagdstaffel 11. Nur drei Monate später standen 125 Abschüsse bei zwei eigenen Verlusten in der Erfolgsbilanz dieser Einheit. Die Jagdstaffel 11 wurde zur bewunderten Eliteeinheit. Nachdem Max Immelmann und Boelcke gefallen waren, war Richthofen der erfolgreichste deutsche Jagdflieger. Seine Staffel war so gefürchtet wie angesehen.

Einerseits bekannte Richthofen, „nicht das Fliegen, sondern der Luftkampf ist mir zum Lebensbedürfnis geworden. ... Diese Art Menschenjagd muss tatsächlich geübt werden. ... Ich schieße nie in die Maschine, schieße immer gleich den Führer ab." Andererseits gestand er: „Mir ist nach jedem Luftkampf erbärmlich zumute. Wenn ich meinen Fuß auf dem Flugplatz wieder auf den Boden gesetzt habe, dann mache ich, dass ich in meine vier Wände komme, will niemand sehen und von nichts hören." Und dann gehört zum Bild des Rittmeisters noch diese Geschichte, die sich bei Freund und Feind rasch verbreitete. In einem Luftkampf, in dem acht Deutsche gegen 16 Engländer standen, attakkierte Richthofen in seinem roten Fokker-Dreidecker den britischen Major Hawkins. Der befand sich unerwartet in einer guten Schussposition – aber sein Maschinengewehr versagte. Der Brite schloss mit dem Leben ab. Doch Richthofen winkte, er solle landen. Kurz darauf standen beide Maschinen am Boden. Man rauchte eine Zigarette und Richthofen sagte, als er das Problem des Gegners erkannt habe, sei es ihm nicht möglich gewesen, den Briten vom Himmel zu holen, denn auch er liebe „fair play".



In der Kanzel seiner Maschine: Manfred von Richthofen

Bild: Mauritius

Die deutschen Flieger waren den britischen in der Zahl der Maschinen unterlegen, das Verhältnis betrug eins zu drei. Im April 1917 bereitete die Jagdstaffel 11 den Briten eine schwere Niederlage. An einem Tag schoss von Richthofen vier Maschinen ab. Für die Briten war es „the blody April". Sie lobten für den Abschuss von Richthofens 5000 Pfund aus und versprachen dem Schützen das Victoria-Kreuz (Victoria Cross).

Richthofens Geschwader war inzwischen vollkommen mobil. Es griff an Brennpunkten der Bodenkämpfe ein. Dorthin wurden die bunt angestrichenen Maschinen mit Lastwagen gebracht. Für die Engländer war es der „Flying Circus" (Fliegender Zirkus).

Im Luftkampf über Vaux-sur-Somme in Nordfrankreich schoss ein australischer Soldat am Boden mit einem Maschinengewehr Richthofen ab. Der landete hinter den feindlichen Linien. Dort starb er. Die Briten beerdigten ihn mit allen militärischen Ehren und flogen dabei die „Missing Man Formation" (Fehlender-Mann-Formation). Über der Basis des deutschen Geschwaders warfen sie eine Botschaft ab, deren Übersetzung lautete: „Rittmeister Baron Manfred von Richthofen wurde am 21. April 1918 in einem Luftkampf getötet. Er wurde mit allen militärischen Ehren bestattet."

Hermann Göring übernahm das Kommando des Geschwaders.

Klaus J. Groth

In Edelmetall und hoch zu Ross verewigt

Die »Mode« der Reiterstandbilder wurde auch in Preußen mitgemacht

Beim Militär galt über Jahrhunderte: Der einfache Soldat marschierte, der Offizier ließ sich von einem Pferde tragen. Dieses spiegelt sich auch in der darstellenden Kunst in Form diverser Reiterstandbilder von Herrschern und Heerführern wider. Aus der italienischen Renaissance sind uns zwei Muster überliefert, die das Erscheinungsbild für die Zukunft vorgaben.

Nummer eins ist das erste im Monumentalformat gegossene Reiterstandbild seit der Antike, das 1447 von Donatello gefertigte Reiterdenkmal des Gattamelata in Padua. Die Bronzeplastik ist das Modell schlechthin für Reiterstandbilder, welche die Komponenten „Beherrschung" und „Harmonie" verbinden sollen. Gattamelata trägt zwar martialische Sporen, aber er setzt sie nicht ein. Damit sind sie dem Pferd nicht unangenehm. Das Tier hat ein Ohr aufmerksam in Richtung des Reiters gewandt, es scheint auf Kommandos zu warten. Dabei geht es aber locker in einem stolzen Trab vorwärts. Der Reiter führt die Zügel einhändig und hat ein durchaus scharfes Gebiss eingelegt – es sieht nach einer Kandare mit langen Anzügen aus –, doch der Zügel hängt durch. Gattamelata, der eigentlich Erasmo de Nami hieß, doch wegen seiner Verschlagenheit „Gattamelata" (gefleckte Katze) genannt wurde, hat sein Pferd im Griff, ohne Gewalt ausüben zu müssen.

Der Kontrapunkt steht in Venedig auf dem Campo dei Santo Giovanni e Paolo. Das von Andrea del Verrocchio 1488 geschaffene Reiterstandbild des Bartolomeo Colleoni verkörpert den Typus „wilder Rossebändiger". Colleoni, wie Gattamelata ein Condottiere, also ein Söldnerführer, wie ihn die italienischen Stadtstaaten vom späten Mittelalter bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts beschäftigt haben, hatte bei seinem Tod 100 000 Dukaten für die Errichtung eines Reiterdenkmales hinterlassen. Er kommt auf seinem Pferd „herrisch" rüber, als ein Reiter, dessen Pferd keinen Muskel ohne seine Erlaubnis bewegt. Dementsprechend verkrampft wirkt das Tier dann auch.

Kleinere Kopien und Bilder von beiden Reiterstandbildern verbreiteten sich über ganz Europa. Vor allem als Dekoration für das Herrenzimmer von Reitern waren sie sehr gefragt. Reiterstatuen italienischer Stadtfürsten folgten. Der Herrscher zu Pferd wurde auch in der Malerei zu einer Standardformel, die bis ins 19. Jahrhundert vielfach variiert wurde.

Einer, der sich besonders gerne hoch zu Ross darstellen ließ, war Kaiser Napoleon, ein Meister der Imagepflege. Dabei galt der vormalige Artilleriegeneral als ausgesprochen lausiger Reiter. Das hielt ihn nicht davon ab, auf entsprechenden Darstellung den wilden Rossebändiger zu geben. Besonders bekannt geworden ist „Bonaparte beim Überschreiten der Alpen am Großen Sankt Bernhard". Das Ölgemälde schuf der französische Historienmaler zwischen 1800 und 1802 in gleich fünf Versionen. Auf der Basis des Ölgemäldes gab es dann Statuen aus Holz, Bronze, Porzellan und Elfenbein, Geschirr mit diesem Motiv, Kästchen mit Emaille-Einlagen. Napoleon auf dem steigenden Ross war absolut Mode und schmückte die Salons in halb Europa.



Im Ehrenhof des Schlosses Charlottenburg: Reiterstandbild des Großen Kurfürsten

Bild: Schloss Charlottenburg/CF

Im Gegensatz zu Napoleon Bonaparte waren die Preußenherrscher keine Kinder der Revolution und wollten auch nicht die Welt erobern. Das spiegelt sich auch in deren Reiterstandbildern wider.

Das erste preußische Reiterdenkmal überhaupt ist wohl das des ersten Hohenzollernherrschers über ein souveränes Preußen, des Großen Kurfürsten, im Ehrenhof des Schlosses Charlottenburg. Es ist samt Postament 5,6 Meter hoch, von denen 2,9 Meter auf die Bronzefigur des Kurfürsten entfallen, und erinnert an die Reiterstatue Mark Aurels aus dem 2. Jahrhundert im Hof des Konservatorenpalastes der Kapitolinischen Museen. Der Reiter hat sein Pferd im Griff, das mit erhabenen Tritten unter dem hohen Herrn schreitet.

So ist auch Friedrich der Große auf seinem Denkmal unter den Linden dargestellt. Die ersten Entwürfe dafür stammen von Gottfried Schadow, das endgültige Monument hat sein Schüler Christian Daniel Rauch entworfen und errichtet. Es ist mit Sockel 13,5 Meter hoch und zeichnet sich durch absolute Detailtreue aus. Der König sitzt im Sattel seines Lieblingspferdes, dem Schimmel Condé, und trägt eine Uniform mit dem charakteristischen Dreispitz. Die rechte Hand, von der ein Krückstock herabhängt, hat er in die Seite gestützt, die linke führt die Zügel. Ganz schulbuchgerecht hat der König auf Kandare mit Unterlegtrense gezäumt. Ebenso schulbuchgerecht ist sein Sitz im Sattel mit nach unten durchgetretenem Bügel und tiefer Ferse. Das Pferd geht im Schritt vorwärts, in Harmonie mit seinem Reiter. Die Enthüllung des Denkmals fand am 111. Jahrestag der Thronbesteigung des Geehrten und damit in der Regierungszeit von dessen Urgroßneffen Friedrich Wilhelm IV. statt.

Dieser königliche Mäzen und Kunstförderer ist seinerseits hoch zu Ross mit einem Bronzebildwerk auf der Freitreppe der Alten Nationalgalerie auf der Museumsinsel in Berlin verewigt. Geschaffen wurde das Werk von Alexander Calandrelli nach einem Entwurf Gustav Blaesers zwischen 1875 und 1886, also in der Regierungszeit Wilhelms I.

Von Aachen über Arnsberg-Neheim, Berlin, Bernburg, Bielefeld, Düsseldorf, Elberfeld, Erfurt, Geislingen, Glogau, Kiel, Koblenz, Köln, Liegnitz, Saarbrücken, Stettin, Stolp und Weißenfels bis Wriezen – im Deutschen Reich schmückten viele Städte ihre Markt- oder sonstige Plätze mit einer Statue des Siegers der deutschen Einigungskriege und ersten Deutschen Kaisers auf einem in repräsentativem Schritt vorwärts marschierenden Ross. Ein paar jener vielen Denkmäler zeigten unter dem Monarchen der Realität entsprechend keine auf Repräsentation angelegten kompakten Barockpferde, sondern den Typ, der in Preußen damals als Militärpferd eingesetzt wurde.

Von dem Mann, in dessen Regierungszeit viele dieser Ehrungen entstanden und der seinen Großvater und Vorvorgänger derart verehrte, dass er für ihn den Namenszusatz „der Große" durchsetzen wollte, gibt es trotz seines Sinnes für Repräsentation nur sehr wenig entsprechende Darstellungen. Im Zeitalter des Automobils sank mit der Bedeutung des Pferdes für das Militär sowie als Fortbewegungsmittel von Herrschern und Feldherren auch die des Reiterstandbildes für die Herrscherdarstellung. Zudem hatte Wilhelm II. durch die Abschaffung der Monarchie in Preußen und Deutschland auch keinen Nachfolger, der ihn durch Reiterstandbilder hätte ehren können und wollen.

Sibylle Luise Binder/PAZ

Moment der Woche


Foto: pa

Der Atomprinz aus Saudi-Arabien

Was hat dieser Mann wirklich im Sinn? Als Kronprinz und Verteidigungsminister in Saudi-Arabien verzückt Mohammad bin Salman (32) gerade die westliche Welt mit fortschrittlichen und friedensstiftenden Ideen. Israel hat er ein Existenzrecht zugebilligt. Frauen dürfen fortan in dem streng moslemischen Land Auto fahren. Wie nebenbei passiert in Saudi-Arabien allerdings auch an anderer Stelle Gravierendes. Eines der erdölreichsten Länder der Welt krempelt seine Energieversorgung um und lässt binnen weniger Jahre 16 Atomkraftwerke errichten. Stehen die Reaktoren erst einmal, verfügt das Land über Schlüsseltechniken und Schlüsselrohstoffe für den Bau von Atomwaffen. Wie nett und wohlmeinend wird „Prince Charming" wohl mit der Verfügungsgewalt über Massenvernichtungswaffen sein? *FH*

Karrierist und Bullenklatscher

Nein, *PAZ*-Autor Hubertus Thoma gratuliert Joschka Fischer nicht zum 70. Geburtstag

Was macht ein Alpha-Männchen, das in einem Omega-Milieu lebt, in einem Umfeld aus Verlierern und „Kapitulanten"? Ganz einfach: Es wechselt die Seiten zu den Erfolgreichen, den Siegern. Mit diesem simplen Rezept ist es Joseph „Joschka" Fischer gelungen, international akklamierter deutscher Außenminister zu werden. Die Strategie hat in unserem Land seither jede Menge politischer Nachahmungstäter gefunden.

Auch ein Talent der Verhaltensökonomie wie der am 12. April 1948 in Gerabronn im Hohenlohischen geborene Fischer bedurfte allerdings mehrerer Versuche, bevor er den Erfolgsweg fand. Das Gymnasium in Stuttgart hatte er ohne Abschluss verlassen, eine Fotografenlehre abgebrochen. Ab 1968 versuchte er sich in Frankfurt am Main als Taxifahrer, Marxist, Revoluzzer und Anführer des Randalehaufens „Proletarische Union für Terror und Zerstörung". Diese sogenannte „PUTZgruppe" provozierte in Solidarität mit den „Genossen der Stadtguerilla" von der Rote Armee Fraktion (RAF) in der Mainmetropole bürgerkriegsähnliche Zustände: Bei einem paramilitärisch durchgeführten „Putz" (sprich Aufstand, Randale) im Mai 1976 anlässlich des Selbstmords von RAF-Ikone Ulrike Meinhof kam ein junger Polizist durch einen Molotow-Cocktail beinahe ums Leben und „Bullenklatscher" Fischer als Hauptverdächtiger zwei Tage in Polizeigewahrsam. Er wechselte nach diesem Erlebnis zur sanfteren Fraktion der Grün-Alternativen, um den „Schweinestaat" von innen heraus aufzurollen.

Mit Erfolg: 1983 wurde er Abgeordneter im Bundestag, 1985 in Hessen erster grüner Minister. Die bis dahin chaotischen, in Flügelkämpfen zerrissenen „Grünen" brachte er als sogenannter „Realo" auf den Kurs des Establishments unter besonderer Berücksichtigung der globalistischen amerikanischen „Liberals" und ihrer Verbündeten im Nahen Osten: Dies bedeutete wirtschaftspolitisch Marktwirtschaft statt (ökologisch verbrämtem) Klassenkampf, außenpolitisch „Nie wieder Auschwitz" statt „Nie wieder Krieg". Über das deutsche Schuldtrauma gelang Fischer das Kunststück, die pazifistischen Grünen zu einer linken Interventionistenpartei umzukrempeln. 1998 bis 2005 wirkte er als Außenminister und Vizekanzler der rot-grünen Bundesregierung. Über seine Beraterfirma „Joschka Fischer Consulting" verleiht er seither den Großen der Wirtschaft wie BMW, RWE und Siemens die bei der Bionade-Bourgeoisie erwünschte Aura ökologischer Korrektheit. In informellen europäischen Gremien wie dem „Weisenrat" und der „Spinelli-Gruppe" betreibt er bis heute politische Lobbyarbeit für den europäischen Bundesstaat, der die Nationalstaaten möglichst ablösen soll.

> Vereinigung als »Unglück für das deutsche Volk«

Ob es einem gefällt oder nicht: Kaum ein anderer Politiker hat die deutsche Nachkriegsgeschichte so massiv beeinflusst wie Fischer. Wie kein anderer steht er für den Bruch der 68er Generation mit den nationalen Traditionen und für die Desolidarisierung mit der geschlagenen Kriegsgeneration. „Wir Kinder der Kapitulanten" überschrieb er einen 1985 in der „Zeit" erschienenen Grundsatztext, in dem er mit der Elterngeneration gnadenlos ins Gericht geht. Der Titel gibt zu verstehen, dass weniger moralische als vielmehr Machtaspekte im Vordergrund stehen. Mit Kapitulanten wollte Fischer nichts zu tun haben, auch nicht mit ihrer Hochkultur und ihrem Goethe-Grundsatz „Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb' es, um es zu besitzen!" Denn was war von Nazi-Vätern schon zu erben? Also „Fack ju Göthe"!

Dass ihm die deutsche Nation mitsamt ihrem Täter/Verlierer-Nimbus extrem suspekt war, brachte Fischer ohne Umschweife zum Ausdruck: Die Deutsche Vereinigung bezeichnete er als „ein Unglück für das deutsche Volk". Schon früh sprach er sich nicht nur für eine Schuldenvergemeinschaftung, sondern dafür aus, so viel Geld wie möglich aus Deutschland herauszuleiten, damit es in Europa nicht wieder zu Neid und Ungleichgewichten komme, denn „Deutschland ist ein Problem".

Ein Antideutscher als deutscher Außenminister? Kurioserweise erntete er im eigenen Land mit dieser Haltung kaum Widerspruch. Im Gegenteil: Fischer dient bis heute über Parteigrenzen hinweg als persönliches Erfolgsmodell für eine neue, wenig profilierte Generation von Berufspolitikern, die sich, scheinbar als Lehre aus der deutschen Geschichte (die „im Kontext" 1933 beginnt), gegenüber jeder Art von Zumutung zu konstantem Schmusekurs verpflichtet fühlt. Das Vorbild der erfolgreichen Karriere Fischers ist ein Erklärungsansatz für die Entfremdung der politischen Funktionseliten von weiten Teilen des Volkes: Die sind mit der Linie flächendeckenden Verzichts auf eigene nationale Interessen nicht einverstanden. Wie gut, dass es für diese Leute die Nazi-Keule gibt ...

Fischers berüchtigte Sentenz aus einer „Pflasterstrand"-Ausgabe von 1982, deutsche Helden müsste die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach totschlagen, kann man auch auf ihn selbst beziehen: Er, der Macchiavellist, wäre so gerne ein Held geworden, wollte sich aber nicht totschlagen lassen. In gewisser Weise ist er einer geworden. Er lebt auch noch. Am 12. April wird er 70 Jahre alt.

Hubertus Thoma

Adrenalin ist ein echtes Wundermittel

Wie endet Uta Ogilvies »kleines Demokratie-Experiment«? Sie erzählt es in Teil II ihrer Geschichte

Ihr Mut ist riesengroß: Uta Ogilvie, eine Hausfrau aus einem kleinem Ort bei Hamburg, wagte es, gegen Angela Merkel zu protestieren. Öffentlich! Auf Hamburgs berühmtester Flaniermeile, dem Jungfernstieg! Anfangs war sie allein, später folgten Hunderte. Im zweiten und letzten Teil ihres Berichtes erzählt sie vom Überfall der Antifa auf ihr Haus, von der Verstrickung des Staates mit den Linksextremisten und von der großartigen Unterstützung vieler Freunde.

Der Anschlag der Antifa erfolgte in der Nacht vom Sonntag, dem 11., auf Montag, dem 12. Februar. Wie die Linksextremisten trotz Auskunftssperre an meine Adresse gekommen sind? Da verlaufen sich die Spuren. Vielleicht war ich einfach zu spät dran, als ich beim Amt die Auskunftssperre einrichtete (siehe Teil I, *PAZ* 14, Seite 12). Ich kann es leider nicht mehr rekonstruieren. Fakt ist, dass dieser Besuch sehr teuer war.

Die Hauswand wurde mit Farbbeuteln beworfen und der Schriftzug „HEUTE KNALLTS" aufgesprüht. Außerdem wurden die Reifen unserer beiden Autos zerstochen. Im Bekennerschreiben steht: „Die Autos wurden tiefergelegt." So heißt das in Antifa-Sprech. Am schlimmsten aber für mich: Durch das Fenster vom Kinderzimmer flog ein Glas, ebenfalls gefüllt mit brauner Farbe. Zum Glück stehen die Betten meiner sechseinhalbjährigen Zwillinge nicht direkt am Fenster. Für mich steht trotzdem fest: Die Antifa hat billigend Leib und Leben meiner Kinder riskiert.

Dieser Knall muss natürlich sehr laut gewesen sein, doch habe ich den aufgrund meiner Übermüdung nicht mitbekommen. Nach allem was passiert war, befand ich mich in einem völligen Erschöpfungszustand. So habe ich den Anschlag auf das Haus meiner Familie einfach verschlafen. Mein Mann dagegen nicht. Er ist tatsächlich einmal durch das ganze Haus gelaufen. Nur nicht in das Kinderzimmer, denn unsere Zwillinge waren zu der Zeit kränkelnd. Er wollte sie nicht aufwecken. Vielleicht, so dachte mein Mann, hat er sich das Geräusch im Schlaf nur eingebildet, und ging wieder zu Bett. Ein Fehler. Unsere Zwillinge waren so verängstigt, dass sie sich nicht aus ihrem Zimmer getraut haben. Was das mit Kinderseelen anrichtet, können Sie sich sicherlich vorstellen.

> Die Demo wurde regelrecht umzingelt

Der Montag startete also mit einem gewaltigen Schrecken. Den ganzen Tag war das Haus voller Leute – die Polizei, die Versicherung und auch der Vermieter. Und gegen Abend rückten meine Eltern an – aus dem Rheinland wohlgemerkt. Die beiden waren natürlich in Sorge um uns. Außerdem wollte es sich mein Vater nicht nehmen lassen, mit mir auf die Demo zu gehen. Denn trotz des Schrecks stand für mich fest, dass ich dort hingehen würde. Zum Abmelden wäre es ohnehin zu spät gewesen und ich wollte meiner Verantwortung als Veranstalterin gerecht werden.

Meine Kinder wusste ich gut verwahrt bei meiner Mutter und meinem Mann. Zudem hatte ich die Hoffnung, dass die Antifa nicht gleich zwei Mal in Folge vorbeischaut. Mein Vater begleitete mich also nach Hamburg. Auf dem Weg zur Demo gleich der nächste Schreck. Wir mussten durch eine Gruppe junger Anhänger der Antifa. Die hatten nämlich unsere Demo regelrecht umzingelt. Es gab kaum ein Durchkommen.

Weil ich wegen der sich überschlagenden Ereignisse des Tages in Zeitverzug geraten war, blieb meinem Vater und mir keine Wahl – wir mussten da durch. Leider hatten wir es auch nicht mehr geschafft, vorher einen Treffpunkt mit Thomas Gardlo zu vereinbaren – so wäre vielleicht nicht passiert, was dann passierte. Plötzlich ging nämlich ein ganzer Pulk auf meinen Vater und mich los. Gott sei Dank blieb es bloß bei einer kleinen Rangelei. Die Polizei hörte das Getöse und konnte uns retten – so gerade noch. Lediglich mein Schild hat den Zwischenfall nicht überstanden. Einer der jungen Männer entriss es mir und zertrat es.

Die dann folgende Demo hielt ich zum Glück ganz gut durch. Ich muss sagen: Adrenalin ist ein echtes Wundermittel! Im Anschluss wurden die Teilnehmer in die U-Bahn eskortiert. Dort hatten wir – das fand ich ziemlich beeindruckend – eine U-Bahn für uns alleine. Die fuhr uns ein paar Stationen weiter, wo wir dann in Sicherheit waren. Und das war notwendig! Denn die Antifa trat an diesem Abend extrem aggressiv auf – nicht nur mir gegenüber.

Am nächsten Tag legte ich mein Amt dann nieder. Wie für jede normale Mutter sind meine Kinder für mich das Wichtigste. Seither ist bei uns ein wenig Ruhe eingekehrt. Die Spuren des Anschlags sind mehr oder weniger beseitigt, die Aufregung hat sich gelegt. Was bleibt, ist eine bittere Erkenntnis: Mein kleines Demokratie-Experiment zeigt: Das angeblich garantierte Recht auf Demonstrationsfreiheit ist hier in Hamburg eingeschränkt. So gern, wie ich die Demo weiterhin leiten würde – ich kann das nicht. Denn ich erhalte keinen staatlichen Schutz. Das wäre in Ordnung und fair, wenn meine Angreifer ebenfalls keine staatliche Unterstützung erhielten. Das ist nicht der Fall. Diejenigen, die meine Familie in Angst und Schrecken versetzt haben, werden von Staats wegen gefördert. Auf diversen Umwegen und ganz direkt, durch den „Kampf gegen Rechts".

Kampf gegen Rechts – so heißt das tatsächlich. Nicht etwa gegen Extremismus, wie es richtig wäre. Nicht einmal gegen Rechtsextremismus. Nein: Gegen Rechts. Das sagt doch sehr viel aus. Und er wird durch zahlreiche öffentliche Fördergelder finanziell unterstützt.

Hier mal in absoluten Zahlen: Der Kampf gegen Rechts kostete den Steuerzahler im Jahr 2017 mehr als 104 Millionen Euro. Der Kampf gegen Links ist dagegen mit 29 062,40 Euro im selben Jahr ein echtes Schnäppchen. Diese Zahlen habe ich übrigens der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der AfD zu genau diesem Thema entnommen. Diese Antwort ist äußerst aktuell – sie stammt vom letzten Monat.

Von den Geldern profitiert natürlich die Antifa. Wer das immer noch nicht glaubt, möge eine simple Plausibilitätsprüfung durchführen. So ergab eine Studie des Verfassungsschutzes: Der durchschnittliche linksradikale Gewalttäter ist männlich, zwischen 21 und 24 Jahre alt und hat trotz mittlerer Reife meist keinen Job. Um sich trotzdem derart gut zu organisieren, braucht es Geld. Geld, welches diese „Durchschnitts-Gewalttäter" nicht haben. Das nur so als letzter Denkanstoß.

> Der Innensenator gießt Öl ins Feuer

Was folgt für mich aus all dem? Nun, zunächst einmal, dass ich meine vier Kritikpunkte um einen fünften ergänzen muss: Nämlich, dass Frau Dr. Merkel den Kampf gegen Links aufgegeben hat. Aber ich will nicht jammern. Viele haben ähnliche Erfahrungen mit der Antifa gemacht und werden sie weiterhin machen. Ich bewundere jeden, der diese Gefahr in Kauf nimmt.

Was mich zutiefst berührt hat, war, dass Freunde von mir eine Spendenaktion ins Leben gerufen haben. Diese Aktion lief besser, als ich es je zu träumen gewagt hätte. Und das ist gut so, denn der Besuch der Antifa war teuer. Autos, Hausfassade und das Fenster sind dabei nur die eine Sache. Die andere sind weiterhin laufende Kosten, die die Sicherheit meiner Familie gewährleisten sollen. Ein privater Sicherheitsdienst ist kein billiges Vergnügen, das kann ich versprechen. Was ich auch versprechen möchte, ist, dass ich die Ausgaben sorgfältig dokumentieren werde. Sollte – doch danach sieht es aktuell nicht aus – trotzdem etwas übrigbleiben, werde ich diese Mittel gern freigeben und sie weiteren Opfern linker Gewalt überlassen.

Warum ich wider Erwarten sage? Nun, die Bedrohungslage ist für mich nach wie vor aktuell. Zwar hatte ich mich fast schon wieder in Sicherheit gefühlt. Die Leitung der Demo habe ich schließlich abgegeben und war seither nicht mehr dort. Aber dann hat mir der Innensenator Hamburgs einen Strich durch die Rechnung gemacht – Andy Grote (SPD). Herr Grote meldete sich in der letzten Woche im Radiosender NDR 90,3 zu Wort. Die „Merkel muss weg"–Demo sei eine rechte Veranstaltung, sagte er. Damit nicht genug. Nein, außerdem sah sich Herr Grote genötigt, die AfD dafür zu kritisieren, dass man mich dort als Rednerin eingeladen hat. Seither kursiert mein Name wieder auf den Facebook- und Twitter-Seiten der Antifa, was mir persönlich kein gutes Gefühl macht. Danke auch dafür, Herr Grote.

Aber meine Bilanz ist noch nicht vollständig. Meine Geschichte hat auch gezeigt: Da draußen gibt es unzählige Menschen, die meine Meinung teilen. Die Anzahl der aufmunternden Nachrichten, welche mich erreichten, konnte ich irgendwann nicht mehr zählen. Das hat mich wirklich sehr gerührt. So sehr, dass ich mir vornahm, jede Nachricht einzeln zu beantworten. Für ein paar Wochen bekam mich meine Familie nicht vom Rechner weg. Falls ich trotzdem einen übersehen habe – ich bitte da um Verzeihung.

Nachtrag: „Merkel muss weg", heißt es in der Hamburger Innenstadt auch, nachdem Uta Ogilvie ihr Amt als Veranstalterin abgegeben hat. Ihre Montagsdemonstrationen gehen weiter. Andere mutige Menschen organisieren sie nun trotz Anfeindungen und Verleumdungen. Nachahmer hat die Frau mit dem rosa Schild auch in Bremen, Mainz und anderen Städten gefunden.



Die Linksextremisten der Antifa: Hauswände beschmiert, Autoreifen zerstochen, Kinderleben gefährdet Bild: Ogilvie

Das Ostpreußenblatt

Nr. 15 – 13. April 2018

MELDUNGEN

NATO-General besucht Arys

Arys – Der Führer der NATO-Kräfte in Europa, General Curtis Scaparrotti, hat auf seiner Inspektionsreise nach Polen, Estland, Litauen und Lettland die in Arys-Süd [Schlagakrug] stationierten NATO-Soldaten besucht. In der zu der östlichen Flanke des Nordatlantischen Bündnisses gehörenden Bataillons-Kampfgruppe befinden sich Amerikaner, Briten, Kroaten und Rumänen, die zusammen mit den polnischen Soldaten der 15. Lötzener Mechanisierten Brigade üben. Das NATO-System und seine Struktur müsse an die gegenwärtigen Herausforderungen angepasst werden. Auf Fragen nach dem zurzeit durchgeführten russischen Militärmanöver im Königsberger Gebiet antwortete Scaparrotti, man habe die Situation im Griff. Während der ganzen Zeit führe man Gespräche mit der russischen Seite, damit keine falschen Informationen herüberkommen. Der Dialog müsse auch künftig geführt werden, weil die Russen ebenso wie das Militär des Bündnisses üben müssten. *PAZ*

Radfahren in Masuren

Lötzen/Johannisburg – In Masuren entsteht ein Fahrradweg, für dessen Realisierung bereits ein Vertrag mit der EU über eine Subvention von knapp zehn Millionen Euro unterzeichnet wurde. Insgesamt zwölf Gemeinden und zwei Landkreise, darunter Lötzen und Johannisburg, beteiligen sich an der Initiative der Gesellschaft „Große Masurische Seen 2020“. Der Hauptweg wird 300 Kilometer lang sein. Etwa 20 lokale Trassen mit einer Länge von 500 Kilometern sollen künftig dazu kommen. Entlang der Trassen entstehen Rastplätze und Aussichtspunkte. Der Ausbau beginnt in diesem Jahr und endet 2019. *PAZ*

Erstes Gelöbnis neuer Polizisten

Allenstein – Die südostpreußische Polizei hat 20 neue Beamte. In Allenstein fand das erste diesjährige Gelöbnis statt. Nun beginnt der halbjährige Grundkurs. Wie Tomasz Markowski von der ermländisch-masurischen Polizei unterstrich, war es nicht das letzte Gelöbnis in diesem Jahr. Drei weitere finden noch im Juli, September und Dezember statt. In diesem Jahr sollen 75 Personen bei der Polizei im südlichen Ostpreußen eingestellt werden. Eine derjenigen, die das Gelöbnis abgelegt haben, war Sylwia Sitnik, die vorher bei der Bahnpolizei diente. Wie sie unterstrich, sei der Dienst bei der Polizei zuverlässiger, aber man müsse Verantwortung in vielen Bereichen übernehmen. Sitnik möchte im Streifendienst arbeiten. Die Zahl der Polizeibeamten kann noch weiter wachsen. Das hängt jedoch von der Entscheidung des Hauptkommandanten der Polizei ab. *PAZ*

Königsbergs Bürgermeister geht

Das Aus nach elfjähriger Amtszeit – Alexander Jaroschuk will die Exklave in Moskau vertreten

Am 21. März ist Alexander Jaroschuk von seinem Posten als Königsberger Bürgermeister zurückgetreten – auf eigenen Wunsch, wie es offiziell heißt. Die Erklärungen für seinen plötzlichen Rücktritt, nur vier Monate nach seiner Wiederwahl, klangen zwar optimistisch, aber wenig überzeugend.

Bei der Bürgermeisterwahl war das Stadtoberhaupt erstmals nicht mehr direkt, sondern von den Abgeordneten des Stadtparlaments gewählt worden. Gemäß der Ende 2016 geänderten Wahlordnung wählt der Stadtrat den Bürgermeister aus den Kandidaten, die von einer Kommission vorgeschlagen werden. Diese besteht jeweils aus drei Vertretern des Stadtrats und der Gebietsregierung.

Am 29. November wählten die Delegierten Jaroschuk für weitere vier Jahre. Dieselben Abgeordneten nahmen am 21. März den Rücktritt Jaroschuks entgegen. Obwohl das Abstimmungsverfahren eine bloße Formalität war, so überraschte doch die Einstimmigkeit des Abstimmungsergebnisses.

Jaroschuk sprach zu den Anwesenden: „Ich möchte Ihnen allen und meinen Mitarbeitern danken. Sie sind mit mir durch Feuer und Wasser gegangen. Das waren die besten Jahre ... Die gemeinsame Arbeit hat uns erlaubt, alle unsere Programme umzusetzen und unsere Stadt viel besser zu machen, als sie bei unserem Antritt war. Ich sage nicht: ‚Lebt wohl‘, ich sage: ‚Auf Wiedersehen‘.“ Während der Bürgermeister seine Abschiedsrede hielt, wirkten die Minen einiger Versammelter betreten, andere sogar deprimiert. Der Einzige, der scheinbar fröhlich blieb, war



Zeigte sich gut gelaunt: Königsbergs scheidender Bürgermeister Alexander Jaroschuk Bild: J.T.

Jaroschuk selbst. Als Grund für seinen Rücktritt nannte er ein Angebot, zukünftig in Moskau zu arbeiten. Gouverneur Anton Alichanow erklärte, dass Jaroschuks Rücktritt eine gemeinsame Entscheidung gewesen sei.

Keinem von Jaroschuks Vorgängern ist es gelungen, für eine dritte Amtszeit als Bürgermeister in Königsberg wiedergewählt zu werden. 2007 erstmals als Stadtoberhaupt gewählt, ist er der am längsten regierende Bürgermeister der Stadt, drei verschiedene Gouverneure hat er „überlebt“.

Der Rücktritt des Bürgermeisters kam nicht völlig unerwartet. Schon vor der letzten Wahl gab es Gerüchte, dass er zum Ende seiner Amtszeit sein Amt aufgeben könnte. Niemand hatte jedoch damit gerechnet, dass der Rücktritt noch vor Beginn der Fußball-WM erfolgen würde, in deren Vorbereitung der Bürgermeister und seine Mitarbeiter eingebunden waren.

Vage Angaben über neuen Posten

Auf Kommentare, dass es bis zum Beginn der WM nur noch drei Monate sind, sagte der jetzige Ex-Bürgermeister: „Die Aufgaben, die ich zur Vorbereitung der WM übernommen habe, sind praktisch erfüllt. Mit Ausnahme einiger Kleinigkeiten, die aber umgesetzt werden, da die Planungen fertig sind, wie für die Einrichtung von Haltestellen und Bürgersteigen. Das Programm steht, das Geld steht bereit, alles wird getan. Die Mitarbeiter in der Stadtverwaltung sind gut.“

Als Jaroschuks Nachfolger wird der Abgeordnete der Staatsduma für das Königsberger Gebiet, Alexej Silanow, gehandelt. Er war einige Jahre lang Jaroschuks Mitarbeiter. Er arbeitete zunächst in der Stadtverwaltung als Chef des Bildungskomitees und danach als stellvertretender Leiter der Sozialbehörde.

Über seine zukünftige Beschäftigung sagte Jaroschuk: „Ich möchte nicht aus Königsberg weggehen. Aber auf Bundesebene zum Nutzen unserer Region mitarbeiten, das möchte ich gern. Und ich habe solch ein Angebot, doch es ist noch zu früh, darüber zu sprechen. Ich bin es nicht gewöhnt, mich auszuruhen. Ich habe immer gearbeitet. Zunächst in der Geschäftswelt. Dann, als ich begriffen habe, dass ich nicht meine ganze Zeit der Geldvermehrung widmen will, entschied ich mich dazu, Abgeordneter zu werden. Zwei Jahre lang war ich ruhig, habe beobachtet, was sie dort machen. Dann, als ich es verstanden hatte, begann ich, vieles zu verändern. Sehr schnell habe ich mit meinem Einfallsreichtum und den Erfahrungen zu dieser Zeit die Fraktion Einiges Russland gegründet und Leute um mich versammelt. Für mich sind Menschen und das Team immer wichtig. Wenn du kein Team hast, wirst du nichts erreichen. Gemeinsam mit den Regierenden habe ich versucht, die eine oder andere Entscheidung schnell zu treffen, und dabei musste Verantwortung übernommen werden. Und so wurde ich Bürgermeister. Ich denke, dass ich in dieser Zeit alles getan habe, was ich konnte unter den Bedingungen eines ständigen Budgetmangels.“

In der Königsberger Stadtverwaltung hat Jaroschuk 20 Jahre verbracht: zuerst ab 1998 als Berater des Bürgermeisters in Wirtschaftsfragen, dann als Abgeordneter des Stadtrats, später als Vorsitzender des Stadtrats und die vergangenen elf Jahre als Bürgermeister.

Trotz der Erklärungen des Ex-Bürgermeisters bleiben die wahren Gründe für den Rücktritt Jaroschuks vom Posten des Bürgermeisters offen.

Jurij Tschernyschew

Heilsberg in historischen Ansichten

Ermländisches Museum zeigt Aufnahmen des polnischen Fotografen Jan Bułhak aus der Endkriegszeit

Am 15. März wurde im Ermländischen Museum in Heilsberg in der dortigen Burg die Ausstellung „Jan Bułhak – die Burg in Heilsberg, Ermland und Masuren 1945–1946“ eröffnet. In der „Galerie auf dem Speicher“ werden bis zum 27. Mai viele Bilder des polnischen Fotografen aus dem Archiv des Museums für Ermland und Masuren gezeigt.

Bułhak wurde 1876 in Ostaszyn im heutigen Weißrussland geboren, etwa 100 Kilometer südwestlich von Minsk. Er hatte bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung der polnischen Fotografie in der Zwischenkriegszeit und nach dem Zweiten Weltkrieg, unter anderem als Autor von Büchern zur Ästhetik und Technik der Fotografie sowie landeskundlicher Fotografie. Bułhak lernte unter anderem in Dresden bei Hugo Erfurth und begann 1905 sein eigenes Schaffen.

In den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts beschäftigte er sich mit der Dokumentation der Architektur von Wilna und danach weiterer polnischer Städte wie Warschau und Lublin. Er gründete den „Fotoklub Vilnius“ mit und war Leiter der Abteilung für künstlerische Fotografie an der Fakultät für schöne Künste der Stefan-Batory-Universität in Wilna. Im Mai 1945 siedelte er nach Warschau über. Die letzten Jahre seines Lebens – er starb 1950 in Lötzen – widmete er der fotografischen Dokumentation Polens.

Vernissage fand überraschendes Echo

Bereits 1945 begann er die damals unter polnische Verwaltung geratene Gebiete, unter anderem das südliche Ostpreußen, im Foto einzufangen. Die dabei entstandenen Bilder dokumentieren die Situation direkt nach dem Krieg, den Schutt und auch den Neustart der zugezogenen sowie der dort gebliebenen Menschen. „Obwohl Heilsberg im Mittelpunkt steht, zeigen wir auch Fotos aus anderen Städten und Städtchen der Woiwodschaft“, erklärt Elzbieta Tomczonek, die



Bild: U. Hahnkamp

Vor dem Foto der Burg in Heilsberg: Besucher der Vernissage

Leiterin des Archivs des Museums für Ermland und Masuren, „sie sind nur ein geringer Teil unseres Bestands, die meisten Bilder Jan Bułhaks aus jener Zeit zeigen Motive in Pommern.“

An den Fotografien fällt auf, dass Bułhak versucht, nicht nur Gebäude an sich einzufangen, sondern aus dem Alltag wie spielende Kinder. Er möchte die Schönheit dieser Gebiete anderen Menschen nahebringen, und das gelang ihm. Beim Betrachten mancher Bilder stockt dem Besucher der Atem über das Ausmaß der Zerstörung und der Schönheit, die die Orte dennoch haben.

Auf den Bildern von Heilsberg fanden die zahlreichen Besucher der Ausstellung viele Anknüpfungspunkte an die eigene Geschichte. Ewa Huss-Nowosielska, die Schatzmeisterin der Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Warmia“, zeigte an einem vergrößerten Blick auf die Heilsberger Burg, wo sie zur Schule gegangen ist, wo welche Geschäfte waren und wo sie gewohnt hat. „Die Personen, die heute alle Leistungen des damaligen Staates schlecht machen, sollten sich hier den früheren Zustand der Städte ansehen und dann draußen den heutigen“, rät sie, „dann merken sie, was beim Wiederaufbau geleistet wurde.“

Die Kuratorin der Ausstellung und Direktorin des Ermländischen Museums, Malgorzata Jackiewicz-Garniec, deutschen Lesern als Mitautorin des Bildbands „Paläste und Gutshäuser des früheren Ostpreußen“ bekannt, war etwas überrascht über den regen Zuspruch bei der Ausstellung: „Gerade schwarzweiße Fotos wecken das Sentiment der Menschen. Das zieht sie natürlich an. Dennoch freue ich mich sehr darüber, dass es so viele Gäste geworden sind.“

Uwe Hahnkamp

Museumsschätze

Aus dem Ostpr. Landesmuseum: Gemälde „Blick auf Reval – Pferdeplastik „Tempelhüter“ von Reinhold Kuebart

Das Ostpreußische Landesmuseum ist das einzige Museum in Deutschland, das die reiche Kultur und Geschichte der ehemaligen deutschen Provinz Ostpreußen in Gänze thematisiert.

Aufgabe des Museums ist die Bewahrung und Erforschung der Geschichte und Kultur Ostpreußens sowie die museumsgemäße Darstellung seiner vielgestaltigen Jahrhunderte währenden Realität. Zukünftig werden wir in einer eigenen Abteilung auch die Kulturgeschichte der sogenannten Deutschbalten thematisieren, welche als deutschsprachige Minderheit im heutigen Estland und Lettland lebten. Der genaue Auftrag ergibt sich auf Grundlage des Paragrafen 96 des Bundesvertriebenengesetzes und der Satzung der Ostpreußischen Kulturstiftung.

Die museale Arbeit geschieht in Zusammenarbeit mit polnischen, russischen und litauischen Museen und Kulturinstitutionen, die heute im ehemaligen Ostpreußen tätig sind sowie entsprechenden Partnern in Estland und Lettland für die deutschbaltische Abteilung.

Die Dauerausstellung des Museums wird erweitert und ist daher derzeit geschlossen. Die Wiedereröffnung erfolgt am 26. August 2018. Bis dahin werden in der PAZ besondere Objekte aus dem Bestand des Museums vorgestellt.

Idyllisches Gemälde „Blick auf Reval“

Mit der neugeschaffenen Deutschbaltischen Abteilung werden ab Ende August 2018 erstmals wichtige Werke deutschbaltischer Geschichte im Ostpreußischen Landesmuseum präsentiert und damit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Darunter befindet sich ein idyllisches Gemälde mit einer Ansicht der Stadt Reval (heute Tallinn, die Hauptstadt Estlands) vom Laaksberg (estnisch Lasnamägi) aus.



Gemälde „Blick auf Reval“ **Bilder (2): Ostpreußisches Landesmuseum**

Pferdeplastik „Tempelhüter“ von Reinhold Kuebart

Das Ölgemälde aus der Zeit um 1840/50 zeigt den Ausblick aus einem Aussichtsturm, der oberhalb der Bucht von Reval auf dem Laaksberg steht. Vorn sind Spaiergänger in einem umzäunten Bereich, die ebenfalls den schönen Landschaftsanblick genießen. Im Hintergrund liegt die Stadt mit ihrer Festung und den markanten Kirchtürmen. Daneben erstreckt sich der Hafenbereich, die Quelle des Reichtums der alten Hanse-und Handelsstadt. Ganz vorn rechts steht ein Mann in russischer Uniform, der ein Fernrohr hält. Reval war damals die Hauptstadt der russischen Ostseeprovinz Estland.

Pferdeplastik „Tempelhüter“ von Reinhold Kuebart

Das natürliche Vorbild wurde 1905 im Hauptgestüt Trakehnen geboren, war zunächst Landbeschäler in Braunsberg und von 1916 bis 1931 Hauptbeschäler im Hauptgestüt. Der Hengst hat die Trakehner Zucht grundlegend beeinflusst und vereinigte die wesentlichen Anforderungen Kraft, Eleganz, Ausdauer und Charakter. Er wirkte in einer Zeit, in der sich die Anforderungen der Pferdehalter an einen bestimmten Pferdetyp vom wendigen Militärreitpferd zum kräftigen Alltagspferd in der Landwirtschaft wandelten. In den 1920er Jahren waren Pferde die Universalkraftquelle für alle Zug- und Transportaufgaben.

Aus Anlass der 200-jährigen Wiederkehr der Gründung des Hauptgestüts wurde 1932 eine lebensgroße Plastik des „Tempelhüter“ vor dem Landstallmeisterhaus aufgestellt. Diese Bronzefigur befindet sich heute in Moskau. Ein Abguss steht vor dem Deutschen Pferdemuseum in Verden. In Trakehnen selbst, dem heute russischen Jasnaja Poljana, steht seit 2013 eine Nachbildung auf dem originalen, 1932 hergerichteten Sockel. Unsere Bronzeplastik ist eine Miniatur des Originals, die vor dem Zweiten Weltkrieg mehrfach gegossen wurde. Sie wird in der Abteilung Trakehnen gezeigt. *OL*

Ostpreußisches Landesmuseum in Lüneburg, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Tel. +49 (0) 4131 75995-0, Fax +49 (0) 4131 75995-11, Email: info@ol-lg.de, die Sonderausstellungen und das Brauereimuseum sind über das neue Eingangsfoyer in der Heiligengeiststraße 38 zugänglich, eingeschränkte Öffnungszeiten: Dienstag bis Sonntag 12.00 bis 17.00 Uhr.

Liebe *PAZ*-Leser,
leider müssen wir Sie informieren, dass Frau Geede gestürzt ist und sich den Arm gebrochen hat. Der Bruch wurde zwischenzeitlich operativ korrigiert. Frau Geede befindet sich auf dem Weg der Besserung. Die Mitarbeiter der Redaktion und Landsmannschaft Ostpreußen hoffen, dass sie bald gesund ist und ihre Tätigkeit für die PAZ wieder aufnehmen kann.

Regionalkunde ohne staatliche Unterstützung

Endlich wird der Nobelpreisträger Kurt Adler Namenspatron einer Königshütter Straße

Zu Ehren des Chemie-Nobelpreisträgers Kurt Alder wird in seiner oberschlesischen Heimatstadt Königshütte eine Straße nach ihm benannt. Der am 10. Juli 1902 in Königshütte geborene Adler verließ seine Heimatstadt zusammen mit seinen Eltern, nachdem Oberschlesien infolge der Volksabstimmung 1921 in etwa anteilig geteilt wurde und die Stadt Königshütte mit deutlicher deutscher Mehrheit dabei jedoch an Polen fiel. Er zog zuerst nach Berlin und später nach Kiel, wo er Chemie studierte und promoviert wurde. 1950 erhielt Alder zusammen mit seinem Lehrer Otto Diels den Nobelpreis für Chemie. Der Wissenschaftler starb 1958 in Köln.

In Königshütte wurde Alders bereits 1994 mit einer Gedenktafel an seinem Geburtshaus gedacht, nun machten sich clevere Heimatfreunde das sogenannte Entkommunisierungsgesetz, das im vergangenen Jahr vom Warschauer Sejm verabschiedet wurde, zu Nutze. Als die Umbenennung der etwas abseits der Innenstadt gelegenen, nach dem kommunistischen Aktivisten Jozef Maron benannten Straße im Raum stand, schlugen Anhänger der schlesischen Autonomiebewegung in Königshütte Kurt Adler als Namenspatron der Verbindungsstraße zwischen Bismarckhütte und der Kattowitzer Kolonie/Vorwerk Obroki vor. Königshüttes Oberbürgermeister Andrzej Kotala (Bürgerplatform) unterstützte den Antrag und konnte den Kattowitzer Woiwoden Jaroslaw Wieczorek überzeugen. Obwohl die Alders das polnisch gewordene Königshütte 1922, gleich nachdem Kurt das Abitur geschafft hatte, verließen, hob Kotala hervor, dass Kurt Alder seine Kindheit und seine Jugend in Königshütte verbrachte habe, dort die Volksschule Nr. 5, wo sein Vater Lehrer war, und ab 1913 die Königliche Oberrealschule besucht und am 7. April 1922 das Abitur abgelegt habe.



Gedenktafel am Geburtshaus Kurt Adlers in Königshütte Bild: Gliwi

Seit Dezember 2017 organisieren Königshütter Lokalpatrioten an Schulen Aufklärungsaktionen. „1979 wurde ein Mondkrater nach Alder benannt. Der Königshütter Nobelpreisträger ist in aller Welt bekannt und die Bewohner seiner Heimatstadt wissen fast gar nichts über ihn“, ärgert sich Stadtrat Krzysztof Szulc. Damit sich das ändert, organisierte er zusammen mit Michal Kiolbasa, Chef der Königshütter Autonomiebewegung, eine Wanderausstellung für Schulen. Zuerst wurde sie im Königshütter Lyzeum gezeigt. „Es freut mich, dass Lehrer ihre Freizeit opfern, um Regionalkunde zu unterrichten. Wir wiederum unterstützen solche Lehrer. Der Staat fordert keine regionale Bildung, deshalb nehmen wir dies in unsere Hand und informieren über schlesische Nobelpreisträger in Königshütter Schulen“, so Michal Kiolbasa.

Schon im Mai 2016 haben lokale Aktivisten vom „Oberschlesischen Verein“ (Slonsko Ferajna) bemängelt, dass in Königshütte bislang noch keine Straße nach Kurt Alder benannt wurde. Der Verein listete weitere Verdiente für die Stadt auf, wie Friedrich Wilhelm von Reden, den Komponisten Franz Waxman, Bildhauer Theodor Kalide, Maler und Zeichner Fritz August Bimler oder Fußballstar Gerard Cieslik. Einige dieser Königshütter Größen hat die Stadtverwaltung auf ihrer Internetseite aufgelistet unter dem Slogan: „Königshütter sein – das klingt stolz“. *Chris W. Wagner*



ZUM 102. GEBURTSTAG

Wallis, Lisbeth von, geb. **Przykopanski**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 16. April

ZUM 101. GEBURTSTAG

Graef, Annelore, geb. **Glaser/von Terzi**, aus Lyck am 18. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Dormeyer, Lydia, aus Lyck, am 15. April
Herdam, Gerhard, aus Neidenburg, am 18. April
Körner, Hedwig, geb. **Prengel**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 13. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Broschat, Herta, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 17. April
Kunowski, Herta, geb. **Dreier**, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 15. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Anton, Else, geb. **Harder**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 19. April
Elste, Gertrud, geb. **Gollub**, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck am 14. April
Rapold, Gerda, geb. **Behring**, aus Bärwalde, Kreis Fischhausen, am 16. April
Wollemin, Walter, aus Maihof, Kreis Lyck, am 13. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bludau, Erika, aus Lyck, am 14. April
Drubba, Otto, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 18. April
Friese, Johanna, aus Saagen, Kreis Preußisch Eylau, am 19. April
Riedel, Dr. Dietrich, aus Fischhausen, geb. am 16. April
Schulz-Harbrücker, Ilse, aus Lötzen, am 14. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Breitmoser, Robert, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 13. April
Christiansen, Käthe H.R. geb. **Preuss**, aus Treuburg, am 16. April
Gottschling, Lotte, geb. **Gülich** aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 16. April
Spath, Irmgard, geb. **Kulschewski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 17. April
von Bostell, Ingeburg, aus Königsberg, am 14. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Mitzig, Eleonore, aus Lyck am 13. April
Schulz, Gerhard, aus Walden, Kreis Lyck, am 16. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Belusa, Kurt aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 18. April
Griwatz, Kurt, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 16. April
Kilanowski, Helga, geb. Schulz, aus Lyck, am 18. April
Kritzler, Jutta, geb. **Maiwald**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 18. April
Pehmöller, Frieda, aus Scharpau, später Kaltenberge bei Danzig, am 15. April
Schöwe, Hildegard, geb. **Kattanek**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 17. April
Zapka, Werner, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 19. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Blöß, Lotti, geb. **Perstat**, aus Lyck, Hindenburgstraße 44 am 16. April
Brandt, Hanni, geb. **Schwagereit**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, geb. 17. April
Günther, Erika, geb. **Bangel**, aus Neidenburg, am 14. April
Kischlat, Alfred, aus Treuburg, am 13. April
Lenz, Irmgard, geb. **Schade**, aus Loppöhnen, Kreis Fischhausen, am 14. April
Mögelin, Lilly, geb. **Papajewski**, aus Garten, Kreis Neidenburg, am 14. April
Rüppel, Lieselotte, geb. **Waschulewsk**, aus Schuchten, Kreis Treuburg, am 13. April
Schulz, Werner, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 95, am 13. April
Schustereit, Eva, geb. **Lange**, aus Lank, Diedersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 15. April
von Groeling-Müller, Georg, aus Carolinenhof, Kreis Osterode, am 15. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Albrecht, Anneliese, geb. **Hardt**, aus Lyck, Bismarckstraße 56, am 13. April
Bandilla, Gustav-Otto, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 16. April
Druba, Erwin, aus Bergenau, Kreis Treuburg, am 18. April
Henning, Gertrud, geb. **Gratz**, aus Herzogsau, Kreis Neidenburg, am 18. April
Hohmeier, Elisabeth, geb. **Haerling**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 16. April
Klischewski, Eva, aus Walden, Kreis Lyck, am 16. April
Kreuzberger, Hansjürgen, aus Ebenrode, geb. am 19. April
Langbein, Hedwig, geb. **Sbrzesny**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 13. April
Lendzian, Helmut, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 13. April
Milewski, Herbert, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 16. April
Ruschinzik, Richard, aus Bobern, Kreis Lyck, am 14. April
Schäfer, Christel, aus Gilgenburg, Kreis Osterode, am 16. April
Scheffler, Kurt, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 16. April
Spieß, Heinz, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 16. April
von der Heide, Irma, geb. **Nakat**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 26. März

ZUM 85. GEBURTSTAG

Chylek, Gisela, geb. Fröse, aus Loien, Kreis Lyck, am 14. April
Clausen, Erika, geb. **Lyß**, **Wittmann**, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 18. April
Diehn, Erna, aus Rastenburg, Georgstraße 30, am 14. April
Gnass, Werner, aus Ebenrode, am 19. April
Grabosch, Alfred, aus Lilienfelde, Kreis Ortelsburg, am 19. April
Grabrus, Edyta, geb. **Küssner**, aus Treuburg, am 14. April
Kerstan, Gertraut, geb. **Falk**, aus Gr. Sakrau, Kreis Neidenburg, am 18. April
Kleemann, Edeltraud, geb. **Blaseio**, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 19. April
Kügler, Erna, geb. **Redmann**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 15. April
Orlowski, Maria, geb. **Skirde**, aus Dimmern, Kreis Ortelsburg, am 15. April
Piotrowski, Harry, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 15. April
Rinke, Ronald, aus Sprindenau, Kreis Lyck, am 14. April
Salomon, Ulrich, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 13. April
Schedereit, Arnold, aus Ebenrode, am 19. April
Semmling, Dora, aus Waldheim, Kreis Angerburg, am 19. April
Theye, Lilli, geb. **Gitt**, aus Seekampen, Kreis Ebenrode, am 15. April
Wessel, Helga, geb. **Philipp**, aus Lyck, am 14. April
Wollesen, Lilly Martha, geb. **Hardt**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 13. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Beyer, Ursel, geb. **Chlebusch**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 18. April
Goldbaum, Dora, geb. **Zarm**, aus Ebenrode, am 14. April
Kiwitt, Gunter, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 15. April
Kompch, Lothar-Werner, aus Lyck, am 16. April
Koschorr, Harry, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 18. April
Niebuhr, Waltraud, geb. **Nadrowski**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 17. April
Noga, Edith, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 17. April
Nowak, Horst, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 15. April
Patberg, Irmgard, geb. **Behrenat**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg am 19. April
Schiemann, Christel, geb. **Jäckel**, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 19. April
Serafin, Günter, aus Buschwalde, Kreis Neidenburg, am 16. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bischof, Roswitha, geb. **Hoechst**, aus Ebenrode am 14. April
Funke, Anneliese, geb. **Powierski**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 18. April
Holstein, Siegfried, aus Stobern, Kreis Ebenrode, am 17. April
Josun, Klaus-Dieter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. April
Oswald, Annelie, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 19. April
Sadowski, Norbert, aus Graiwen, Kreis Lötzen, am 14. April



Klask, Horst, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, und Ehefrau Hildegard, geb. **Bollmann**, am 14. April

Neue Zuständigkeit für die Heimatseiten
Texte und Fotos bitte an Preußische Allgemeine Zeitung, z. H. Christiane Rinser-Schrut, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg oder per E-Mail: rinser@preussische-allgemeine.de

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

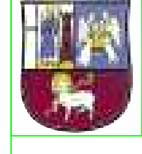
TERMINE DER LO

2018
16. bis 18. April: Arbeitstagung der Landesfrauenvorsitzenden in Helmstedt
20. bis 22. April: Kulturseminar in Helmstedt
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen)
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

Heimatkreistreffen

Hagen – Sonnabend, 14. April, 11 Uhr, Sitzungs-Saal, Rathaus, Schulstraße 7, 49170 Hagen: 5. Mitgliederversammlung. Tagesordnungspunkt 9: Satzungsänderung zur Fusion mit der Stadtgemeinschaft Allenstein. Ergänzendes Informationsmaterial zum Punkt 9 kann bei Bedarf per Mail zur Verfügung gestellt werden: Hans-Peter Blasche, Lanker Straße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 171812 90, E-Mail: HP.Blasche@web.de.

Termin: Ostpreußisches Landesmuseum
Architektur des Wiederaufbaus in Ostpreußen ab 1915
Vortrag von Dr. Nils Aschenbeck, Mittwoch, 18. April, 18.30 Uhr, Neubau des Ostpreußischen Landesmuseums, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Eintritt kostet 4 Euro. Kartenreservierung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-lg.de.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Abschied von Irene Willimzik

Wir erhielten die traurige Nachricht, dass unser Vereinsmitglied Irene Willimzik am 22. März im Alter von 94 Jahren verstorben ist. Bis zuletzt hat sie sich für Angerburg und die Entwicklung innerhalb der Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. interessiert. Irene Willimzik wurde am 29. März 1923 in Angerburg geboren und hat dort die Frieda-Jung-Schule besucht. Mit den Eltern flüchtete sie im Januar 1945 vor der Roten Armee aus Angerburg und gelangte schließlich nach Elmshorn. Von 1946 bis 1950 studierte Irene Willimzik an der Meisterschule für Mode der Freien und Hansestadt Hamburg, Klasse Modezeichnen und Graphik, die sie mit dem Diplom abschloss. Von 1951 bis zum 60. Lebensjahr war sie in einem großen Hamburger Bekleidungsunternehmen als Chefsekretärin und nebenberuflich als Modezeichnerin tätig. Schon sehr früh fand Irene Willimzik zur Kreisgemeinschaft Angerburg, in der sie sich aktiv betätigte und von 1985 bis 2005 als Mitglied des Angerburger Kreistages für eine realistische und in die Zukunft gerichtete Heimatarbeit eintrat. Dazu gehörte auch die Organisation und Durchführung von sechs Busfahrten nach Angerburg und Masuren. Als Vorsitzende der Schülervereinigung gab sie sich große Mühe bei der Programmgestaltung der jährlichen Schülertreffen. Mit großem Aufwand erstellte Irene Willimzik auch die Rundbriefe an die Mitglieder der Schülervereinigung, die sie von 1985 bis Ende 2011 leitete. Diesen langjährigen ehrenamtlichen Einsatz für Angerburg und Ostpreußen würdigte die Landsmannschaft Ostpreußen am 29. März 1998 mit der Verleihung des „Silbernen Ehrenzeichens“ und des „Goldenen Ehrenzeichens“ am 2. Juni 2007. Mit dieser selten verliehenen Auszeichnung fand das herausragende Wirken von Irene Willimzik die verdiente Anerkennung.

Die Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. verliert mit Irene Willimzik eine starke Persönlichkeit, der wir viel zu verdanken haben. Ihr Wirken in unserer Gemeinschaft wird unvergessen bleiben.

Kurt-Werner Sadowski, Kreisvertreter

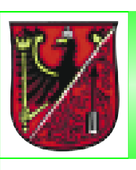


FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha. Stellvertreter: Uwe Nietzelt. Geschäftsstelle: Telefon (0344) 8966746, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Familienforschung: Heidrun Meller, Telefon (03447) 8966021

Vortragsreihe „Hans Parlow“

Eckernförde – Sonnabend, 28. April, 17 Uhr, Bürgerbegegnungsstätte, Rathausmarkt 3: „Traumatische Erlebnisse aufgrund von Krieg und Vertreibung“, Referent ist Herr Kürz. Der Eintritt ist frei. Bitte vormerken: Das Pillauer Treffen findet in diesem Jahr einen Monat später statt, am 8. und 9. September.



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

104 Jahre Dietrich Goldbeck

Die Kreisgemeinschaft Gumbinnen gratuliert ihrem Ehrenvorsitzenden Dietrich Goldbeck herzlich zum 104. Geburtstag und erinnert mit großer Dankbarkeit an sein Wirken für seine Heimatstadt in Ostpreußen.

Am 15. April 1914 wurde er in Gumbinnen geboren, väterlicherseits hat er Familienwurzeln in Bielefeld-Brackwede und ist dort nach Krieg und Gefangenschaft heimisch geworden. Sein Herz hängt bis heute an seiner Geburtsstadt Gumbinnen. Dort hatte sein Vater ein Baugeschäft, in das Dietrich Goldbeck nach seinem Studium an der TH Hannover und der TH Danzig und dem Abschluss als Bauingenieur einsteigen wollte. Zum Berufseinstieg kam es nicht mehr. 1939 setzte die Katastrophe des Krieges allen Berufsplänen ein Ende und führte schließlich dazu, dass er sein Gumbinnen nicht wieder sehen sollte. Es folgten Kriegseinsätze in Polen, Frankreich, auf dem Balkan, in der Ukraine und schließlich in Russland. Den Tiefpunkt erlebte er in Stalingrad mit anschließender Gefangennahme am 2. Februar 1943. Als Oberleutnant überstand er die Gefangenschaft

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

in verschiedenen russischen Lagern über fünf Jahre. „Viele Schutzengel sind mir zur Seite gestellt worden, bis heute“, sagt Dietrich Goldbeck heute dankbar.

Mehr als elf Jahre haben Krieg und Kriegsfolgen sein Leben bestimmt.

Im Juni 1948 fand er in Bielefeld seine Familie wieder und übernahm mit seinem Vater einen Holzbearbeitungsbetrieb, den er bis zu seinem 70. Lebensjahr weiterführte.

Am Verlust seiner Heimatstadt Gumbinnen hatte er schwer zu tragen. Als die vertriebenen Gumbinner begannen, einen Treffpunkt zu finden und die Stadt Bielefeld 1954 die Patenschaft für die Kreisgemeinschaft Gumbinnen übernahm, gehörte er zu den ersten, die sich mit großem Einsatz der Zusammenarbeit widmeten. Von Anfang an arbeitete er an verantwortlicher Stelle, davon mehr als 13 Jahre als Vorsitzender der Gumbinner Kreisgemeinschaft. Außerdem war er Initiator mancher Aktionen. Neben dem „Verein der ehemaligen Gumbinner Friedrichs- und Cecilienschüler“ gründete er die Arbeitsgemeinschaft „Ostpreußisch Platt“, die sich bis heute in Bielefeld trifft und sich für die Pflege und Dokumentation der ostpreußischen Mundart einsetzt. Intensiv widmete er sich dem Erhalt des Gumbinner Kulturgutes. Im damaligen Stadtarchiv Bielefeld in der Rohrteichstraße richtete er die „Gumbinner Heimatstube“ ein, in der museale Stücke gesammelt und ausgestellt wurden. Mit großer Leidenschaft arbeitete er am systematischen Aufbau des Gumbinner Kreisarchivs auf wissenschaftlicher Grundlage. Es wurden Orts- und Stadtteilpläne mit der Lokalisierung aller Häuser erstellt. Gemeinsam mit anderen verantwortlichen Helfern wurden Einwohnerkarteien angelegt und die aktuellen Adressen mit den ehemaligen Wohnstätten verbunden. In einem Bildarchiv wurden Tausende von Fotos gesammelt und archiviert. Dietrich Goldbecks Arbeit war Vorbild für manch andere Kreisgemeinschaft, ihr Kulturgut zu sammeln und zu bewahren.

Dietrich Goldbeck hat sich um die Kreisgemeinschaft Gumbinnen verdient gemacht. Dafür wurde er mit zahlreichen Auszeichnungen und Ehrungen bedacht. 1979 erhielt er vom Bielefelder Oberbürgermeister Klaus Schwickert das Bundesverdienstkreuz, die Landsmannschaft Ostpreußen verlieh ihm das Goldene Ehrenzeichen und ihre höchste Auszeichnung die „Ottmar Schreiber Plakette“.

Auch seine besorgte Frage „Was soll aus dem Archiv werden, wenn ich nicht mehr in der Lage bin, für seine Existenz zu sorgen?“, konnte beantwortet werden. Das Kreisarchiv wurde durch einen Depositalvertrag zur Bewahrung und Pflege dem Bielefelder Stadtarchiv anvertraut. Als die „Gumbinner Heimatstube“ in der Rohrteichstraße geschlossen wurde, konnte auch für das Museumsgut eine Lösung gefunden werden.

Seit fünf Jahren werden im Iwanow-Museum in Gusew in den „Deutschen Stuben“ neben dem Gumbinner Stadtmodell, das auf Initiative von Dietrich Goldbeck erstellt wurde, zahlreiche Gumbinner Exponate gezeigt. Dort ist die Geschichte der Stadt präsent, gut aufgearbeitet vom dortigen Museum. Mit großem Interesse informieren sich dort die heutigen Bewohner über historische und kulturelle Wurzeln ihrer heutigen Heimatstadtstadt. Auch die zahlreichen deutschen Besucher des Museums können sich ausgiebig über die Geschichte der Stadt Gumbinnen informieren.

Dietrich Goldbeck war der Begründer der Gumbinner Sammlungen. Welch' eine Gnade, dass er diese Entwicklung in seinem langen Leben auch erleben durfte. *Karin Banse*

Gumbinnen: Dietrich Goldbeck wurde 104 Jahre Bild: privat



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: schmidt.ploessen@gmx.de, Erster Stellvertretender Kreisvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Sondertreffen Zinten

Altenau – Freitag 20., bis Sonntag, 22. April, Pension Quellenhof, An der Schwefelquelle 18: 30. Sondertreffen Zinten-Land und Stadt.



INSTERBURG – STADT UND LAND

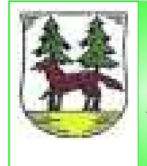
Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Köln – Mittwoch, 25. April, Gaststätte Zirkel, Braunstraße 20, Köln-Braunsfeld (Haltestelle Aachener Straße/Maarweg). Anmeldung und nähere Informationen bei Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Hamburg – Mittwoch, 2. Mai, 12 Uhr: Monatstreffen mit buntem Programm.

Schwerin – Mittwoch, 18. April, 12 Uhr, Gaststätte Kaktus, Dreescher Köpmarkt: gemeinsame Treffen.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Siegfried Strysio, Telefon (05147) 975518. Rischwiesen 4, 31311 Uetze/Hänigsen. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

Kreistreffen

Düsseldorf – Dienstag, 1. Mai, 10 Uhr bis 16 Uhr, Goldener Ring, Burgplatz 21: 35. Johannisburger Kreistreffen. Leitung: Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657.

KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Groß Ottenhagen

Celle – Freitag, 13., bis Sonntag, 15. April, Hotel Intercity, Telefon (05141) 2000, Nordwall 20: Treffen Groß Ottenhagen.



LÖTZEN

Dieter Arno Milewski (kommissarischer Kreisvertreter), Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: dieter.arno.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Sonderausstellung Carl Knauf

Neumünster – Sonnabend, 21. April, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster, Sudetenlandstraße 18h (Böcklersiedlung), ab 10 Uhr geöffnet und Gelegenheit, die Sonderausstellung „Carl Knauf – ein unvergessener Maler der Künstlerkolonie Nidden“ zu besuchen. Ab 15.30 Uhr werden im Ausstellungsraum als Begleitprogramm zur Sonderausstellung die 19 Werke von Carl Knauf (1898-1944) aus dem Sammlungsbestand von Bernd Schimpke, Hamburg, präsentiert, zwei Filme des litauischen Regisseurs Arvydas Barysas gezeigt: „Thomas Mann – Mein Sommerhaus“ (2009) und „Zwischen Wanderdünen. Nidden – Künstlerkolonie auf der Kurischen Nehrung“ (2015). Eine kurze Einführung in die gezeigten Dokumentarfilme gibt Ute Eichler. Eintritt – wie immer – frei.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Regionalrteffen Nord

Lübeck – Sonntag, 15. April, 11 Uhr, Einlass 10.30 Uhr, Restaurant Zum Tucher, Am Burgfeld 1, Telefon (0451) 33517, Internet: www.burgfeldrestaurant.de.

Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich.



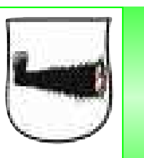
ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Stellvertretender Vorsitzender: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau. Geschäftsführerin: Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Treffen der Landbezirke

Sonnabend, 14. April: Treffen der Landbezirke Altkirchen, Biberthal, Ebendorf, Friedrichsfelde, Groß Jerutten, Grünwalde, Klein Jerutten, Langenwalde, Seenwalde und Wildheide (Borken bei Farienen), Damerau, Erben, Gellen, Hirschthal, Kallenau, Kornau, Markshöfen, Mingfen, Rheinswein, Theerwisch, Theerwischwalde und Wildenau (Jablonken), Farienen, Friedrichshof, Groß Blumenau, Lindengrund, Neuwiesen, Waldburg und Wilhelmshof, Alt Kiwitten, Deutschwalde, Friedrichshagen, Friedrichsthal, Fürstenwalde, Groß Leschienen, Höhenwerder, Hügelwalde, Klein Leschienen, Liebenberg, Lilienfelde, Lindenort, Lukkau, Neu Kiwitten und des Bezirks Ohmswalde.

Sonntag, 22. April: Treffen der Landbezirke Alt Keykuth, Eichthal, Groß Schöndamerau, Hamerudau, Kaspersguth, Kobbelhals, Lehmanen, Leinau, Neu Keykuth, Neuvölklingen, Rohmanen und Ulrichsee.



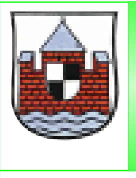
SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Kirchspieltreffen

Sorquitten – Sonnabend, 28. April, 9 Uhr, Hotel Haus Rasche-Neugebauer, Wilhelmstraße 1, 59505 Bad Sassendorf.

Warpuhnen – Sonnabend, 28. April, 9 Uhr, Hotel Haus Rasche-Neugebauer, Wilhelmstraße 1, 59505 Bad Sassendorf.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Rosenhof 17, 09002 Chemnitz, Telefon (0371) 642448. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Nachbarschaftstreffen

Eitorf – Sonnabend, 26. Mai, 10 bis 17 Uhr, Einlass 9 Uhr, Hotel Schützenhof in Eitorf, Windecker Straße 2: Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit. Am Vorabend, also am Freitag, 25. Mai, findet ein gemeinsames Abendessen um 18.30 Uhr statt mit einem gemütlichen Beisammensein im Anschluss. Es erwartet Sie ein vielfältiges Programm bei freiem Eintritt (um eine Spende wird gebeten.) Festredner ist LO-Vorstandsmitglied Dr. Wolfgang Thüne. Hotelzimmer (DZ 94, EZ 64) können unter Telefon (02243) 8870 oder per E-Mail: info@hotelschuetzenhof.de gebucht werden.

Zusendungen für Ausgabe 17

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 17/2018 (Erstverkaufstag: 27. April) bis spätestens Mittwoch, 18. April an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Sonntag, 15. April, 15 Uhr, Pfarrscheune“ (neben der Kirche), Buchen-Hainstadt: Festveranstaltung zum 30-jährigen Jubiläum.

Der künstlerische Programmteil wird vom Rosenau-Trio, Baden-Baden, gestaltet. Ein gemeinsames Essen bildet den Abschluss der Feier. Ein Bus wird ab Mosbach eingesetzt.

Nähere Informationen erfahren Sie bei der Ersten Vorsitzenden Rosemarie S. Winkler unter Telefon (06281) 8137.

Ludwigsburg – Dienstag 17. April, 15 Uhr, Krauthof Beihinger Straße 27: Stammtisch



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landesgruppe – Sonnabend, 14. April, Kulturzentrum Ostpreußen, Deutschordensschloss Ellingen: Landeskulturtagung (siehe auch *PAZ* 13, Seite 17). Das Tagungsprogramm:

10 Uhr: Eröffnung durch Wolfgang Freyberg, Leiter des Kulturzentrums Ostpreußens.

10.15 Uhr: „Ostpreußisches Wortschatzkästchen“ – ein Vortrag von Klaus Papies, Bremen.

11 Uhr: „Bekannte Politiker aus Ostpreußen“ – Vortrag von Dr. Bernd Braun, Heidelberg.

Tagungspause

13.30 Uhr: „Wanderung durch das heutige Kaliningrad unter besonderer Berücksichtigung des Königsberger Baumbestandes“ – Präsentation von Jörn Pekrul, Frankfurt am Main.

Kaffeepause

15 Uhr: „Das Haus der Bücher“ – Lesung von Michael Paul, Lahr, aus seinem Roman über das Schicksal der Königsberger Buchhandlung Gräfe und Unzer.

16 Uhr: Buchvorstellungen. Dr. Marianne Kopp, Stadtbergen, präsentiert ihr Werk „Abschied von Königsberg – Agnes Miegels Lebensweg 1944–1953“. „Neue Nachbarn – Deutsche und Polen im Ermland und in Masuren nach 1945“ heißt das neue Buch von Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen, und der Germanistin Gabriela Czarkowska-Kusajda, Allenstein.

Die Teilnahme ist kostenlos. Um Spenden wird gebeten.

Altmühlfranken – Freitag, 27. April, 19 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: Gemeinsames Essen einer heimatlichen Käseplatte. Dann bunter Heimatabend mit Beiträgen über und aus Ost- und Westpreußen, Pommern, Brandenburg und dem Sudetenland.

Ansbach – Sonnabend, 14. April, 15 Uhr, Orangerie: Jahreshauptversammlung mit Neuwahl.

Bamberg – Mittwoch, 18. April, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose: Erinnerungen an die Nachkriegsjahre im Westen.

Landshut – Dienstag, 17. April, 14 Uhr, Gasthof „Zur Insel“, Badstraße 16, 84028 Landshut: Jahresrückblick 2017. – Donnerstag, 3. Mai: Mai-Ausflug. Das Programm wird nachgereicht.

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung auf Seite 17

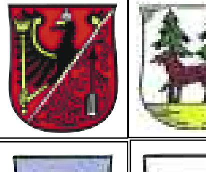
Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

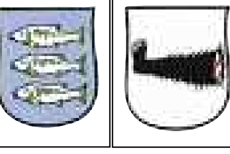


BERLIN

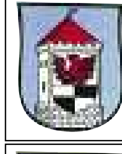
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN



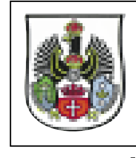


Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 17. April, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Gemeinsames Treffen. Anfragen Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon. (030) 4032681, Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, Lötzen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 7563563.

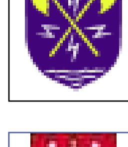




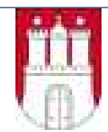
Angerburg, Goldap, Darkehmen – Donnerstag, 19. April, 14 Uhr, Restaurant „Oase Amera", Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Gemeinsames Treffen zum Thema „Winter in Ostpreußen". Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Freitag, 20. April, 14 Uhr. Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Gemeinsames Treffen. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon 4944404.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

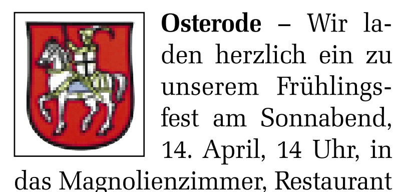


HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

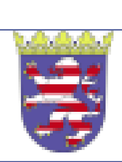
KREISGRUPPE

Osterode – Wir laden herzlich ein zu unserem Frühlingsfest am Sonnabend, 14. April, 14 Uhr, in das Magnolienzimmer, Restaurant Riebeling, Fuhlsbüttler Straße 755, Hamburg-Ohlsdorf. Das Restaurant liegt direkt am Bahnhof Ohlsdorf, Ausgang Fuhlsbüttler Straße. Nach einer gemeinsamen Kaffeetafel, gemütliches Beisammensein mit Liedern und Vorträgen über den herannahenden Frühling. Gäste sind willkommen.



Dittchenbühne

Elmshorn – „Nähtreffs" finden statt Mittwoch, 25. April, 9 bis 12 Uhr; Donnerstag, 17. Mai 18.30 bis 21.20 Uhr. Infos unter Telefon (04121) 89710.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 14. April, 14.30 Uhr, Luise-Büchner-Haus Grundweg 10, Darmstadt-Kranichstein: Monatstreffen. Es steht unter dem Motto „Wo ist unsere Mundart geblieben" und wird vorgetragen von Gerlinde Groß.

Gerne begrüßen wir auch Gäste, die wir immer herzlich willkommen heißen. Auch freuen wir uns über eine rege Teilnahme unserer Mitglieder.

Eine gute Besserung und baldige Genesung wünschen wir allen Kranken, und hoffen auf ein Wiedersehen bei unseren nächsten Treffen.

Frankfurt am Main – „Nei, nei, wie doch die Jahrches laufen, rein wie die Hasen!"

So hat auch unsere Jubilarin gedacht, Gertrud Dorothea Luise Kluczik, geb. Konopka, aus Reichenstein bei Rhein im schönen Masuren, zu ihrem 95. Geburtstag. Als Ehrenvorsitzende der Kreisgruppe der Ost- und Westpreußen, Frankfurt am Main, blickt sie auf einen langen, oftmals recht beschwerlichen Lebensweg zurück. Ihre Erdenreise begann am 30. März 1923 in einer beschaulichen harmonischen Welt, in der alles seinen Platz auf dem elterlichen Gut in der Nähe von Lötzen hatte. Als Mitglied eines wohlhabenden Bauernstandes, aufgewachsen in der Geborgenheit einer großen Familie, vom Hauslehrer bis zur Jagdgesellschaft erzogen in preußischen Tugenden, im Bewusstsein zu dienen und für Andere da zu sein. Doch ein schreckliches Schicksal schlug im März 1945 zu. Der furchtbare Krieg hatte Ostpreußen erreicht. Kurz vor ihrem 22. Geburtstag besetzen Soldaten der Roten Armee den heimatlichen Ort und vernichteten eine bis dahin heile Welt. Fangkommandos trieben Frauen und Mädchen zusammen, um sie am 17. März in Insterburg in Güterzüge zu pferchen, die am 9. April an der Grenze zwischen Sibirien und Asien zum Halten kamen. Die Hälfte der Frauen und Mädchen haben diesen Transport nicht überlebt. Für Gertrud verschlimmerte sich nun ihre Leidenszeit. Schikanen, Hunger, viel zu schwere körperliche Arbeit, Angst und Heimweh zehrten an dem ausgehungerten Körper. Dieses Elend endete nach drei Jahren im Juli 1948. Gertrud hatte überlebt. Mit einer Staublunge, an Leib und Seele schwer angeschlagen, fand sie sich, nun 25-jährig, im Aufnahmelager in Friedland wieder. Die Freude, Teile der Familie wieder zu treffen, war groß. Aber es gab 13 Todesopfer und mehrere vermisste Angehörige zu beklagen. Acht Jahre später im Jahr 1956 führte ihr Weg weiter von Northeim in Niedersachsen nach Hamburg. Dort begegnete sie dem Mann ihres Lebens. Mit ihm gründete sie eine Familie. Sie zogen 1961 nach Frankfurt am Main, bauten sich dort ein neues Zuhause, und Gertrud war der Mittelpunkt ihrer Lieben. Die Jahre vergingen mit all den täglichen Verrichtungen und auch mit der aktiven Arbeit für die Landsmannschaft Ostpreußen.

Nach über 70 Jahren hatte das Schicksal für unsere Jubilarin aber noch eine besondere Überraschung bereit. Durch einen Zufall wurde Gertrud in den Heimatbriefen auf einen seltenen Namen aufmerksam. Es könnte der Name einer Nichte sein, die damals als Kleinkind verlorenging. Hartnäckig begann sie nachzuforschen und ein Wunder geschah. Es war



Frankfurt am Main: Das Marjellchen Gertrud Kluczik wurde am 30. März 95 Jahre alt. Bild: privat

tatsächlich ihre tot geglaubte Nichte Adelgunde. Oh, was für eine Freude. Nichte und Tante fanden sich nach so vielen Jahren wieder. Dieses Glück wissen beide bis heute gründlich auszukosten.

Jahrelang ist nun Gertrud Kluczik ein Pfeiler unserer Frankfurter Landsmannschaft. Sie ist ein Lexikon der Erlebnisgeneration. Als Vorstandsmitglied steht sie immer hilfreich und liebenswürdig zur Verfügung. Die Kreisgemeinschaft der Ost- und Westpreußen Frankfurt am Main dankt ganz herzlich für all ihre Bemühungen und Freundlichkeiten in unserer Gruppe und wünscht alles nur erdenklich Gute mit einem ordentlichen Schlubberchen auf die kommende Zeit in bester Gesundheit und mit noch vielen gemeinsamen schönen Stunden.

Gerlinde Groß, Kreisvorsitzende

Wiesbaden – Sonnabend, 21. April, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Jahreshauptversammlung.

Nach dem offiziellen Teil: Informationen aus den Heimatgebieten und Bilder vom Vereinsleben. Vor dem offiziellen Teil ist Zeit zur Unterhaltung bei Kaffee und Raderkuchen. – Donnerstag, 26. April, 12 Uhr, Gaststätte „Haus Waldeslust", Ostpreußenstraße 46: Stammtisch, serviert werden Königsberger Klopse. Bis spätestens Freitag, 20. April, anmelden bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938.

BERICHT

Der Duft von Mandeln, Puderzucker und Rosenwasser erfüllen die Küche von Mitglied Helga Kukwa, wenn sie mit ihren Kindern Königsberger Marzipan für den Eigenbedarf herstellt. Ein ganzes Wochenende ist für die Zubereitung der ostpreußischen Spezialität eingeplant.

Beim Monatstreffen erzählte die Königsbergerin von der Zubereitung ihrer heimatlichen Köstlichkeit in einem Bildvortrag unter dem Titel „Ostpreußische Mandelfreuden – Marzipan selbst gemacht". Die Familientradition geht auf den Schwiegervater Willi Kukwa zurück, der bei der Königsberger Konditorei Schwermer sein Handwerk lernte. Nach dem Krieg verschlug es ihn nach Wiesbaden, wo er sich 1955 mit einer kleinen Konditorei selbstständig machte.

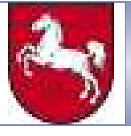
Helga Kukwas Ehemann schaute sich dort die Geheimnisse der besonderen Herstellungsart ab, nach der noch heute bei Familie Kuwka das Marzipankonfekt in der Vorweihnachtszeit selbst „handgedreht" wird. Alles geschieht mit historischen Werkzeugen, die aus Königsberg stammen. Zum Schluss werden die geformten Marzipanteilchen „geflämmt" und erhalten dadurch ihre goldbraune Farbe und den typischen Karamellgeschmack. Elf Varianten der süßen Leckerei liegen am Ende auf Kukwas Konfektteller. Das Rezept bleibt natürlich Familiengeheimnis.

In Wiesbaden kann man noch original Königsberger Marzipan bei der Konditorei Gehlhaar beziehen, deren Café sich vor dem Krieg in der damaligen Königsberger Kantstraße befand.

„Ich habe gelesen, dass es zur Hochzeit Herzog Albrechts am 1. Juli 1526 bereits Marzipan gab, das als heilkräftig galt und von den Apothekern vertrieben wurde", sagte Vorsitzender Dieter Schetat bei seiner Begrüßung. Weil Marzipan überwiegend aus Mandeln besteht, enthält es viele Vitamine, Ballast- und Mineralstoffe. Mache sprechen sogar vom Schutz vor Krebsrisiko.

Inzwischen wird in dem heutigen Kaliningrad auch wieder Marzipan hergestellt. Die junge Alexandra Toropowa hat im Rahmen eines Schulprojekts über ihre Heimatstadt die in Kaliningrad längst vergessene kulinarische Tradition wieder zu neuem Leben erweckt. Sie fand im Königsberger Museum Friedländer Tor in einer dort archivierten Ausgabe der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" von 1924 einen Artikel zum Marzipan und auch das ursprüngliche Rezept.

Dieter Schetat



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Holzminden – Freitag, 13. April: Jahreshauptversammlung.

Osnabrück – Freitag, 20. April, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Dortmund – Montag, 16. April, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): Monatliche Zusammenkunft.

Düren – Mittwoch, 2. Mai, 18 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a: Heimatabend „Wir begrüßen den Mai".

Düsseldorf – Montag, 16. April, 19 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus: „Unterwegs in Polen. Begegnungen mit Menschen, ihrer Geschichte und Heimat", Lesung mit Hans Bollinger. Der Autor, der seit über 20 Jahren einen deutsch-französisch-polnischen Verein im Saarland leitet, berichtet unter anderem von seinem ersten abenteuerlichen Besuch in Oberschlesien 1976 und den großen Veränderungen seitdem, von Schloss Lubowitz und Joseph von Eichendorff, und beschäftigt sich mit der Frage, was deutsche von polnischen Oberschlesiern unterscheidet. – Dienstag, 17. April, 19 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus: „Polen 1918-2018: Pilsudski, Paderewski & Co. – historische Rolle und Erinnerungskultur" – ein Vortrag von Professor Stephan Lehnstaedt. Der Historiker, der bis 2016 am Deutschen Historischen Institut in Warschau tätig war, ist ausgewiesener Experte für die Geschichte Polens im 20. Jahrhundert. Er zeichnet die schwierige Wiedergründungsphase nach und setzt sich zugleich kritisch mit der aktuellen polnischen Geschichtspolitik auseinander. – Donnerstag, 19. April, 18 Uhr, GHH, Raum 412: Offenes Singen mit Marion Cals. - Mittwoch, 25. April, 8.40 bis 16 Uhr, Hauptbahnhof „Servicepoint": Tagesexkursion mit Dr. Sabine Grabowski. Besuch des UN-Campus in Bonn, „Auf dem Weg zum Weltfrieden?". Kosten betragen 15 Euro, plus Fahrtkosten 10 Euro. Zur Anmeldung bei der UNO werden im Vorfeld Name, Vorname, Nationalität und Ausweisnummer (Pass oder Personalausweis) benötigt. Der Personalausweis muss mitgeführt werden. Anmeldeschluss ist Montag, 16. April.

Neuss – Sonntag, 22. April, 15 Uhr, Einlass 14 Uhr, Marienhaus; Kapitelstraße 36: Frühlingsfest mit Tanz und Vorträgen. – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe. – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür.

Schwelm – Sonnabend, 14. April, 15 Uhr, Sportlerheim FC 06, Freiherr v. Hövelsweg: Treffen zum Thema „Osterbräuche".

Witten – Montag, 16. April, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Treffen zum Thema „Ostpreußischer Humor und Spaß".



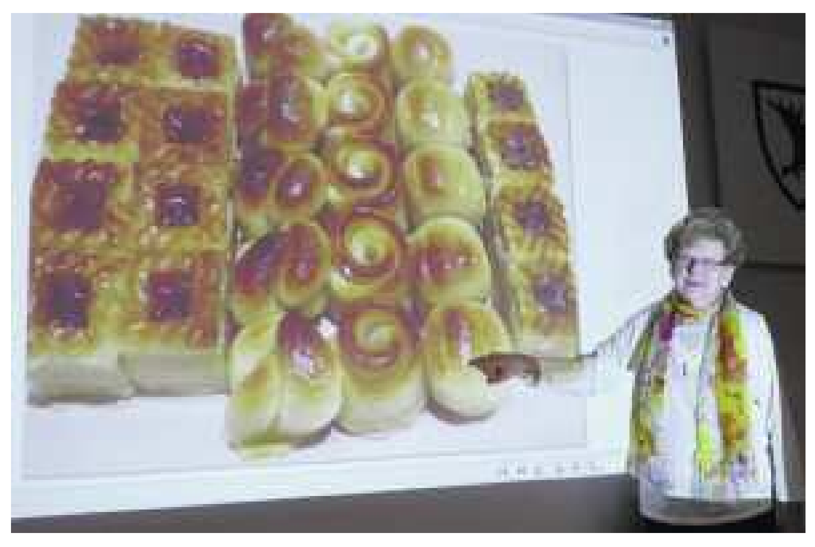
SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Am Sonntag, 15. April, findet der Kirchentag der evangelischen Ostpreußen mit der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Freistaat Sachsen in der Sankt-Matthäus-Kirche, Zinzendorferstraße 14, 09116 Chemnitz, statt.

Beginnen möchten wir mit dem Gottesdienst um 9.30 Uhr zum Thema „Flucht und Vertreibung im alten und neuen Testament". Dieser Gottesdienst wird gestaltet von der Jungen Gemeinde der Sankt-Matthäus-Kirche. Danach werden wir uns an den Gedenkstein im Park an der Kirche begeben und einen Kranz niederlegen im Gedenken aller Toten, die

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



Wiesbaden: Helga Kukwa präsentiert ihr Marzipan Bild: privat

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

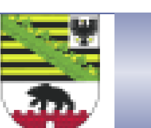
durch Krieg, Flucht und Vertreibung ums Leben gekommen sind. Nach der Mittagspause wird Frau Tews von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland zum Thema „Flucht und Vertreibung in und aus Russland" sprechen. Der Posaunenchor der Gemeinde Sankt Matthäus wird den kulturellen Rahmen bilden. Zum Abschluss wird der Kindergarten „Kirchenmäuse" mit einem kleinen Programm bei Kaffee und Kuchen den Tag beenden.

Die Landesgruppe Sachsen lädt alle Interessierte und Landsleute recht herzlich ein.

Alexander Schulz

Sonnabend, 9. Juni, 10 bis 17 Uhr, Saal des Gartenvereins Seilbahn, Max-Liebermann-Straße 91 in 04157 Leipzig: regionales und landesweites Treffen unter dem Motto „Spurensuche". Teilnehmer sind der Stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft, Hans-Jörg-Froese, die Kreisgemeinschaften Wehlau, Labiau, Gerdauen, der Samländer „Pobethen-Dietmar", die Fotografin Monika Schulz-Fieguht und die Mundartsprecherin Inge Scharrer. Für den musikalischen Höhepunkt sorgt der international bekannte und geschätzte „Männerchor Leipzig-Nord". Informationen: Eberhard Grashoff, Telefon (0341) 9010730, E-Mail: ebs.grashoff@web.de.

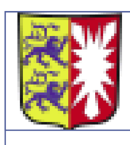
Limbach-Oberfrohna – Termine zum Vormerken – Sonnabend, 5. Mai, 14 Uhr, Eschenmuseum, Sachsenstraße 3: Treffen zum Thema „Kriegsgräberfürsorge". Ein kompetenter Mitarbeiter berichtet. Vor allem die Arbeit in Ostpreußen soll dabei im Mittelpunkt stehen. – Sonnabend, 16. Juni: Tagesausfahrt. Weitere Informationen zu Ziel und Programm folgen. – Sonnabend, 22. September, Esche-Museum, Sachsenstraße 3: Erntedankfest nach ostpreußischer Art. – Sonnabend, 6., bis Sonntag, 14. Oktober: Urlaubsfahrt nach Krakau. – Sonnabend, – 15. Dezember, Esche-Museum, Sachsenstraße 3: ostpreußische Weihnachtsfeier.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 27. April, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Liedernachmittag zur Frühlingszeit.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Malente – An der diesjährigen Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft der Ost-, Westpreußen und Schlesier, Ortsgruppe Malente, im „Pflanzencenter Buchwald" in Krummsee, Rövkampallee, begrüßte der Vorsitzende Klaus Schützler eine Vielzahl der Mitglieder.

Besonders wurde der Kreisvorsitzende der „Rastenburger" Hubertus Hilgendorff begrüßt. Nach der Feststellung der ordnungsgemäßen und fristgerechten Einladung zur Jahreshauptversammlung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, aus dem zu ersehen war, dass außer heimatpolitischen Veranstaltungen auch traditionelle Sitzungen stattgefunden haben. Beispielsweise wurde am 17. Dezember, dem 3. Advent, eine besinnliche Feierstunde abgehalten, bei der man sich auf die Weihnachtszeit eingestimmt hat. Alle Veranstaltungen waren stets gut besucht.

Der Kassenbericht durch den Kassenwart H.-W. Schützler ergab, dass mit den Beiträgen der Mitglieder sehr sparsam gewirtschaftet worden war, sodass dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt werden konnte. Bei den Vorstandswahlen wurden die Ämter teilweise bestätigt, aber wurden auch Mitglieder zur Vorstandsarbeit neu gewonnen:

1. Vorsitzender: Klaus Schützler,
2. Stellvertreter: 1. Heinrich Buchwald, 2. Klaus Schwarz,
3. Kassenwart: H.-W. Schützler,
4. Beisitzer: Reinhart Locker, Babara Putzer und Christa Anders,
5. Kassenprüfer: Heino Anders und Ehrich Eichhorn.

Nach Beendigung des offiziellen Teiles berichtete Hubertus Hilgendorff, dass in der Zwischenzeit Mittel zur Verfügung stehen, sodass das Lüneburger Museum ausgebaut werden kann.

In seinen Schlussworten dankte der Vorsitzende Klaus Schützler allen für die gute Mitarbeit und aufopfernde Tätigkeit zum Wohle der Landsmannschaft und bat alle, sich auch künftig für die heimatpolitischen Anliegen einzusetzen. *Klaus Schützler*

Neumünster – Die Jahreshauptversammlung der Gruppe Neumünster am 13. März war wieder gut besucht. Um Vergangenheit und Gegenwart ging es, zum Beispiel als die Vorsitzende Brigitte Profé einen Rückblick auf die vielen Aktivitäten vortrug. Über die Finanzlage berichtete die Kassenwartin Hildegard Hennig. Der Kassenprüfer stellte eine korrekte Buchführung fest. Es zeigte sich, dass mit unseren Geldern gut gewirtschaftet wurde.

Licht und Schattenseiten brachte uns das Jahr 2017. Wir konnten zwölf neue Mitglieder gewinnen, aber zwei treue und langjährige Mitglieder verstarben im hohen Alter. Die Hälfte unserer Teilnehmer ist zwischen 90 und 100 Jahren! Wir freuen uns über jeden Zugang, die aber auch meistens eine „8" vorzeigen. Vielseitig, lebendig und abwechslungsreich war unsere Vereinsarbeit. Höhepunkte nenne ich mal im Februar unsere Festveranstaltung: Unsere Feier zum 70-jährigen Bestehen der Gruppe verbunden mit dem traditionellen Klopsessen besuchten 112 Teilnehmer! Ebenfalls sehr gelungene Ereignisse waren der Jahresausflug nach Rendsburg und die Vorweihnachtsfeier.

Hier nun unsere weiteren Höhepunkte: Am 11. Januar 2017 fing die erste Veranstaltung im neuen Jahr an. Dr. Rüthlein zeigte aus dem ostpreußischen Schatzkästlein einen Film aus den Jahren 1925 bis 1945 mit eindrucksvollen Aufnahmen über Kultur, Trachten und Landleben. Am 4. Februar fand die schon erwähnte Jubiläumsfeier statt. Zwei alte Mitgliedskarten von 1947 gaben den Anlass für diese Veranstaltung. Bei 112 Teilnehmern konnten wir den Saal in Anspruch nehmen.

Wir begrüßten den gesamten Landesvorstand mit Anhang, den stellvertretenden Stadtpräsidenten, die Vorstände der Vertriebenenverbände, Heimatfreunde von Stadt und Land. Gruß- und Dankesworte wurden gesprochen. Der kulturelle Teil war sehr unterhaltsam. Eingeladen hatten wir die Einfelder Mandolinengruppe. Es war eine würdevolle und gelungene Veranstaltung.

Am 8. März fand die Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen statt. Es gab nur bei den Beisitzern einen Wechsel. Elfriede Schink ist aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden. Den Posten nahm Brigitte Kulessa an. Am 12. April zeigte die Fotografin und Journalistin Monika Krebs aus dem Nachlass Walter Erbens Aufnahmen von Neumünster aus den Jahren 1950 bis 1960 und 1970. Bilder vom zerstörten Neumünster. Hinterhof-Idylle, den Kuhberg, Gleis- und Fabrikanlagen und vieles mehr in schwarz-weiß.

Am 10. Mai war Frühlingssingen angesagt. Nora Kawlath begleitete auf dem Akkordeon die schönen alten Volkslieder und kräftig sang unser „Ostpreußenchor". Am 10. Juni kam der Vorstand mit den Helfern zum „Dankeschönplachanderkaffee" zusammen. Am 12. Juli unternahm die Gruppe den Jahresausflug zur Schiffsbegrüßungsanlage Schwebefähre Rendsburg.

Der Neumünsteraner Stadtführer Horst Budelmann begleitete uns und gab im Bus Informationen über Land und Leute. Im Brückencafé unterhielt uns der Rendsburger Chanty-Chor eineinhalb Stunden lang mit den schönen Seemannsliedern. Gute Stimmung, man wagte ein Tänzchen und es wurde geschunkelt!

Am 9. August zeigte Dr. Rüthlein auf der Leinwand Bilder aus den Jahren 1980 bis 2016 vom Vereinsleben unserer Gruppe. Am 13. September trafen wir uns zum gemeinsamen Mittagessen. Angeboten wurden Rouladen und Seelachs. Wieder schmackhaft und reichlich. Anschließend hat uns die ostpreußische Marjell Gerda Heykena mit lustigen Vorträgen und Liedern unterhalten. Am 11. Oktober hatten wir den Erntedanknachmittag. Wie immer waren die Tische reichlich mit Erntegaben gedeckt. Hauptthema war „Rund um die Kartoffel". In Wort und Bild berichtete der Museumsassistent Jan Ocker aus Hohenlokstedt über die Kartoffel-Herkunft bis zum Verzehr. Es war sehr anschaulich und interessant.

Am 8. November hieß es „Ja, es war einmal!" Angelika Rischer, die Hamburger Märchenerzählerin, erzählte ostpreußische Märchen. Die doch ganz anders waren im Stil wie die Grimmschen und Andersens Märchen. Am 9. Dezember fand die Vorweihnachtsfeier statt. Schon die Tischdekoration rief Weihnachtsstimmung hervor. Weihnachtliche Klänge von der Mandolinengruppe, besinnliche und heitere Vorträge, persönliche weihnachtliche Erlebnisse und ein herrlicher Duft bereicherten den Nachmittag.

Viele alte Weihnachtslieder – zum Teil mit Erklärung über die Herkunft – wurden mit musikalischer Begleitung gesungen. Bei der Verabschiedung sagte man mir: „Der weihnachtliche Nachmittag war so herzergreifend und festlich, das war für mich Weihnachten." Das wollte ich, das wollten wir erreichen, das eigentliche Weihnachten eben, ein fröhliches und gesegnetes Weihnachten.

Brigitte Profé

Schönwalde am Bungsberg – Freitag, 20. April, 19 Uhr, Klönstuv: Jahreshauptversammlung mit Königsberger Klops.

Uetersen – Freitag, 13. April, 15 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Ein fröhlicher Nachmittag mit Erwin Krüger und seiner Drehorgel.

ungezählte Menge | durch Erhitzen keimfrei machen | Amtseinsetzung | Schäferspiel | fächerförmige Flussmündung | Hochschule, Fachschule | Farb-, Arzneigrundstoff | Treib-, Gärungsmittel | Schultasche, Schulmappe | abtrennen, isolieren | Zimmerwinkel | eine Zahl | Dummkopf (ugs.) | Prüfer | Verkehrsmittel | Gewürzknospe | irisch-frz. Schriftsteller (Samuel) | franz. Stadt an der Maas | unrichtig | Göttervater der altnord. Sage | in der Tiefe | erquicken, erfrischen | von etwas befreien | Krakenart | Kalifenname | Wohnzins | Auswirkung, Ergebnis | abgegrenztes Gebiet | Staat in Mittelamerika | humoristische Kurzszene | deutsches Mittelgebirge | Gebirge in Marokko | Drama von Ibsen | Ältestenrat | altrömische Monatstage | Rennbahn | Gliederreißen | Orchesterwerk in Sonatenform | Schiffszubehör | Teilstrecke | ganz besonderer Besucher | dt. Komponist (Max) | längster Fluss Albaniens | Saatgut in die Erde bringen | auf Grund laufen (Schiff) | zweijährlich | Rasenfläche um das Loch beim Golf | chem. Zeichen für Beryllium | Mediziner | Bitte eintreten! | Rauchkraut | Spionin, weiblicher Spitzel | Schreibwarenartikel | Einfluss; Befehlsgewalt | abwertend: Feigling | Wald-, Rabenvogel | anderer Name für Christi Himmelfahrt | Provinz Kanadas | Furche, Kerbe | Stein mit eingeschnittenem Bild | sizilianischer Vulkan | hochbegabt und schöpferisch | Türvorhang | ergreifen, erbeuten | Lebenshauch | Leichtmetall (Kzw.) | südamerikanischer Tee | Schwur | ital. Barockmaler (Guido) | betonte Silbe eines Wortes | enthaltsame Lebensweise | regsam und wendig | großer Behälter, Fass | Jagdsignal | elektronischer Speicherort | Fischfanggerät | Region der Rep. Südafrika | Bauwerk in London | Schmuckstein | unbestimmter Artikel | Meerenge zw. Seeland und Schweden | Rennschlitten | TV-, Radiosender (Abk.) | Opernsologesang | Affodillgewächs, Heilpflanze | Gasgemisch | Kfz-Zeichen Wiesbaden | an der höchstgelegenen Stelle | Nebenmeer des Atlantiks | Gartengerät zum Erdaushub | Teil des Essbestecks | poetisch: Biene | altes Blasinstrument

PAZ18_15_15

So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Djerba, 2. Cicero, 3. Elsner, 4. Editor, 5. Skater, 6. Aermel – Distel, Arnika

Kreiskette: 1. Banane, 2. Strand, 3. Schaft, 4. heissa, 5. Gebiss – Bandscheibe

Sudoku:

1	4	3	7	2	6	9	8	5
8	5	7	9	4	1	6	3	2
6	9	2	3	8	5	7	1	4
3	7	5	4	1	8	2	6	9
9	6	4	5	3	2	1	7	8
2	8	1	6	9	7	4	5	3
4	3	6	8	7	9	5	2	1
5	2	9	1	6	3	8	4	7
7	1	8	2	5	4	3	9	6

Sudoku

	4	3			6	9		
		7		4			3	
6				8	5			4
	7	5						
		4		3		1		
						4	5	
4			8	7				1
	2			6		8		
		8	2			3	9	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

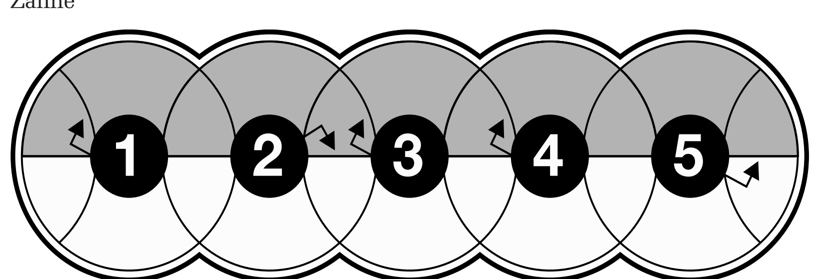
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Korbblütler.

1 tunesische Insel
2 altrömischer Politiker und Redner
3 dt. Schauspielerin (Hannelore)
4 Herausgeber
5 Rollschuhläufer (englisch)
6 Teil eines Kleidungsstücks

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Teil der Wirbelsäule.

1 Südfrucht, **2** Uferstreifen, **3** Oberteil am Stiefel, **4** Ausruf der Freude, **5** alle Zähne



Der beinahe vergessene Maler

Carl Knauf im Lötzener Museum in Neumünster

Mutig haben die Macher der Ausstellung sie „Carl Knauf – ein unvergessener Maler der Künstlerkolonie Nidden“ genannt. Ihn als beinah vergessenen Maler zu bezeichnen, trifft es eher. Doch gegen das Vergessen lässt sich etwas tun.

19 Arbeiten des Künstlers Knauf, überwiegend im „Kofferformat“, sind nun für fast vier Monate im schönen Ausstellungsraum der Kreisgemeinschaft Lötzen in ihrer Patenstadt Neumünster zu sehen. Neben den Ölgemälden, die überwiegend Motive der Kurischen Nehrung zeigen, hängt ein Aquarell, das eine Szenerie der Stadt Memel abbildet. Alle gezeigten Werke sind vor Ort in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts entstanden.

Knauf, der kein Ostpreuße war, sondern aus Godesberg kam, hatte Ostpreußen, vor allem Königsberg und dann die Kurische Nehrung für sich im und nach dem Ersten Weltkrieg entdeckt. Sein Lieblingsort wurde Nidden, auch wenn er sich der Geselligkeit der Künstlerkollegen verschloss. Sein 1931 bezogenes schönes Holzhaus unweit vom Thomas-Mann-Haus ist heute noch vorhanden. Sein Grab auf dem Niddener Fischerfriedhof ist seit drei Jahren wieder mit einem Holzkreuz gekennzeichnet. Knauf war 1944 im Alter von nur 50 Jahren in Nidden verstorben.

War er als Mensch ein Einzelgänger, so ist auch das von ihm geschaffene Werk keiner Strömung anderer der Künstlerkolonie Nidden zuzurechnenden Maler zu vergleichen. Er pflegte einen „eigenen“ Realismus. Das, was von seinem Werk erhalten geblieben ist, spricht heute nicht nur durch die Motive, sondern auch wegen der verwendeten Farben an. Farbe und Form stehen in jedem seiner Bilder in Harmonie.

Alle nun in Neumünster gezeigten Werke sind Leihgaben aus Privatbesitz. Dr. Bernd Schimpke, Hamburg, hat Anfang der 1990er Jahre die Kurische Nehrung für sich entdeckt und fast gleichzeitig – welch glücklicher Zufall – die ersten zwei Gemälde von Knauf, die in Memel angeboten wurden. Dank Schimpkes Sammlertätigkeit ist jetzt ein Bestand an Knauf-Werken zusammengekommen, der es ermöglicht, den Künstler und sein Werk in das Bewusstsein einer in der Regel an Nidden und der Kurischen Nehrung als Landschaft voller Besonderheiten interessierten Öffentlichkeit zu holen. Seit April wird die zweite Hälfte der Knauf-Gemälde aus der Sammlung Schimpke im Heimatmuseum Eckernförde gezeigt.

Zur gut besuchten Ausstellungseröffnung in Neumünster sprach Dr. Jörn Barfod, Ostpreußisches Landesmuseum Lüneburg, über das Schaffen des Carl Knauf und dessen Einordnung in die Künstlerkolonie Nidden.

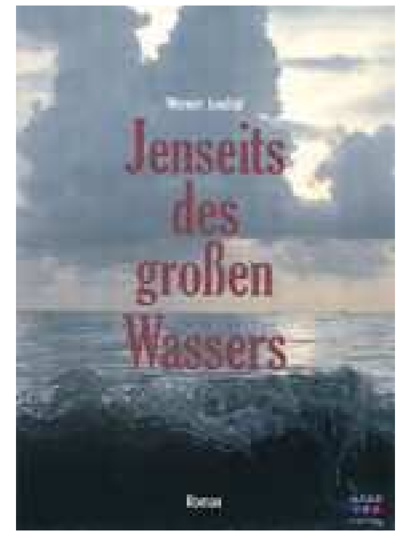
Bernd Schimpke gab Auskünfte, wie es ihm gelungen ist, nicht nur Werken des Künstlers Knauf auf die Spur zu kommen, sondern auch, auf welche Weise er Informationen von Zeitzeugen über das zurückgezogene Leben des Malers erhielt. Noch leben einige wenige Menschen, die Knauf kannten. Bis heute gibt es kein Foto, das uns eine Vorstellung vermitteln könnte, wie Knauf aussah.

Bernd Schimpkes zweites Buch „Künstlerkolonie Nidden – eine Landschaft voll Licht und Farbe“ ist schon allein durch die große Zahl von Abbildungen ein prachtvolles, auch inhaltlich reiches Werk geworden. Die Besucher der Ausstellung können auf diese Weise alle gezeigten Bilder und darüber hinaus viele Informationen mit nach Hause nehmen.

Nebenbei: Die Altersspannbreite der Besucher am Eröffnungstag betrug 85(!) Jahre. Wenn das nicht hoffen lässt, dass Carl Knauf doch noch „ein unvergessener Maler der Künstlerkolonie Nidden“ wird?! *Ute Eichler*

Abenteurer-Gene

Ein faszinierender Auswandererroman



Seinen ersten Roman „Das alte Haus am Omulef“ von 2009 widmete der frühere Dokumentarfilmer Werner Jondral den Erinnerungen an seine in Masuren verwurzelte Familie. In seinem zweiten Roman mit dem Titel „Jenseits des großen Wassers“ erzählt der 1935 in Eschenwalde [Jeschonowitz] geborene Autor die spannende Geschichte seines Großonkels Waldemar Kapteina, der mit ungeheurer Energie seine Träume durchsetzte, nach Amerika ausgewanderte und dort zuletzt verschollen blieb.

Von Danzig aus in die Welt der Goldsucher

Waldemars Schicksal wurde in der Familie legendär. Jondral hat ihn nie kennengelernt, lauschte aber als Kind den Erzählungen seines Großvaters über Waldemars Abenteuer „jenseits des großen Wassers“. Die Eltern Kapteina müssen ihn schmerzlich vermisst haben, den letzten noch lebenden von drei Söhnen, der im Winter 1890 im Alter von 17 Jahren heimlich sein Elternhaus verließ, um Elend und Armut zu entkommen. Seiner Familie in Ostpreußen blieb er in Treue verbunden, indem er noch viele Jahre Briefe schrieb und über sein Ergehen berichtete. Zuletzt lebte er im hohen Norden Kanadas, fern von den Ausläufern der Zivilisation, wo es wohl keine Möglichkeit mehr gab, die Kommunikation aufrechtzuhalten.

Da Jondral Waldemars Spuren in den endlosen Weiten des Yukon-Territoriums und der Nordwest-Territorien gefolgt ist, konnte er die Erlebnisse seines wagemutigen Großonkels nachvollziehen und zu einem packenden Abenteuerroman verarbeiten. Zunächst aber wird der Leser nach Danzig und Hamburg entführt und dann, nach dem Sprung über den „großen Teich“, in die Welt der Cowboys und Indianer, der Goldsucher und Pelzhändler in Wyoming, Alaska und Kanada.

Wir beobachten Waldemar auf seinem immer extremeren Lebensweg. Schlägt er sich in Amerika zunächst an der Seite seines Danziger Freundes mit harter Arbeit durch, so mischen die beiden sich 1897 unter die Glücksritter und Goldsucher. In einem Gewaltmarsch wandern sie von der Alaska-Küste über einen berüchtigten Pass nach Dawson City am Klondike und Yukon River. Als sich dort der größte Goldrausch aller Zeiten dem Ende zuneigt, verlässt Waldemar die Goldgräberstadt ohne seinen Freund, der im Suff erfror.

Eine Zeitlang lebt er bei den Naturvölkern, bis die Sucht nach dem Gold nochmals Besitz von ihm ergreift. Auf dem gefährlichen Weg durch die menschenleere Wildnis der zerklüfteten Berge zieht er zum Mündungsdelta des Mackenzie River. Hier, am legendenumwobenen Fluss South Nahanni, stößt er auf eine vielversprechende Goldader. Doch das Glück verlässt ihn wieder. Zuletzt soll er in einer abgelegenen Eskimosiedlung am arktischen Eismeer gelebt haben. Den entscheidenden Hinweis erhielt der Autor von einem Inuit in einer kleinen Siedlung im Mündungsdelta des Mackenzie River.

Der 82-jährige Autor dieses faszinierenden Romans glaubt das Abenteuer-Gen seiner Familie geerbt zu haben. Als Kameramann und Expeditionsleiter hat er insgesamt 44 Extremreisen in entlegene Gegenden unternommen, war mit seinem Team im Urwald, in der Wüste und im rauen Nordwesten Kanadas. Mehrere seiner Dokumentationen wurden im Fernsehen ausgestrahlt, so im Jahr 1987 der Film „South Nahanni“. 1989 entstand im Auftrag der ARD ein Film über ihn mit dem Titel „...und ewig lockt die Wildnis. Ein Leben für das Abenteuer“. Heute lebt Werner Jondral mit seiner Frau zurückgezogen in einem Blockhaus in der Eifel. *Dagmar Jestrzemski*

***Werner Jondral: „Jenseits des großen Wassers“**, Schardt Verlag, Oldenburg 2017, broschiert, 329 Seiten, 14,80 Euro*

Der Königsberger Dom zum 80. Geburtstag

Anlässlich des 80. Geburtstages unseres ehemaligen Pastors, der aus Ostpreußen stammt, habe ich für die Geburtstagskarte den Königsberger Dom gemalt“, schreibt Burkhard Foltz aus Hannover und schickte uns dieses Aufnahme seines Aquarells. Der 72-jährige Architekt, der seit den 80er Jahren künstlerisch tätig ist, erzählt: „Ich selbst bin kein Ostpreuße, war aber schon dreimal dort, habe den Ausbau des Domes miterlebt und bin begeistert von dieser herrlichen Landschaft.“ Auch die ursprünglichen Baumeister im 14. Jahrhundert bewundert er, haben sie das imposante Gebäude doch kunstvoll und stabil auf dem sumpfigen Boden einer Pregelinsel errichtet.

»Ich selbst bin kein Ostpreuße, aber ...«



Im Falle Russlands gilt die Unschuldsvermutung offenbar nicht

Zu: Putins wahre Konkurrenten (Nr. 12)

Die Ausführungen im Seite-1-Aufmacher in der *Preußischen Allgemeinen* bezüglich der Präsidentschaftswahl in Russland geben exakt das wieder, was auch unsere Verwandten und Bekannten sowohl im Königsberger Gebiet als auch in Zentralrussland bewegt. Nun sind nicht alle absolute Sympathisanten des Präsidenten, dennoch wird das Wirken Putins sehr positiv gesehen.

Die Frage, warum der Westen so wenig Sympathien bei den Russen hat, beantwortet sich eigentlich von alleine. Blicken wir nur mal zurück in die 90er Jahre. Die westliche Überheblichkeit angesichts des als gewonnen betrachteten Kalten Krieges ist dort noch in unguter Erinnerung. Dazu noch ein alkoholkranker Präsident Jelzin, der obskure „Geschäftsleute" nach Belieben gewähren ließ. Dann ein Raubtierkapitalismus ohne Beispiel. Viele Arbeitsplätze gingen verloren, nicht wenige Menschen mussten sich aus Mülltonnen ernähren.

Gestern noch Weltmacht, heute verspottet in der Weltöffentlichkeit. So war die Situation beim Amtsantritt von Putins erster Präsidentschaft. Vor diesem Hintergrund hat er Großartiges geleistet, nur gefiel das dem Westen offenbar überhaupt nicht. Mit Russland abgeschlossene Verträge und Vereinbarungen können seitens der USA respektive NATO offenbar nach Belieben gebrochen werden, wie bei der Ausdehnung der NATO bis an den russischen Grenzzaun. Wo findet man in der Welt russische Soldaten? Eigentlich nur in Russland. Wo findet man US-Soldaten? Überall, auf der gesamten Welt.

Ein weiterer aktueller Aspekt ist das im Westen als mustergültig geltende Rechtssystem. Besonders die Festschreibung der Unschuldsvermutung, bis ein Beschuldigter/Angeklagter vom Gericht rechtskräftig verurteilt wurde. Denken wir zurück an die Terroristenprozesse in Deutschland. Es wurde besonders darauf geachtet, immer nur von „mutmaßlichen" Terroristen zu sprechen.

Anders dagegen, wenn es um Russland geht. Im aktuellen Fall werden Behauptungen einfach als Tatsachen hingestellt. Oder ist es Wunschdenken, damit die gute Theresa May von eigenen Versäumnissen ablenken kann?

Ein guter Kriminalist würde zunächst die Frage nach einem Motiv stellen und hieb- und stichfeste Beweise verlangen. Doch das ist hier unnötig, die Verurteilung erfolgt durch EU und NATO, Strafmaßnahmen folgen. Und trotz allem bleibt Putin ruhig und besonnen. Man stelle sich einmal etwa einen russischen Donald Trump vor. Unmöglich? Noch, und zwar solange im Land stabile Verhältnisse herrschen.

Wie im Artikel angedeutet könnten durchaus Kommunisten gemeinsam mit Ultranationalisten marschieren. Ob das dem Westen lieber ist, möchte ich bezweifeln.

Wie viele Angebote hat Putin gemacht, wie oft die Hand ausgestreckt. Immer wieder wurde es von der Kanzlerin oder der EU schroff zurückgewiesen. Trotz aller Westbindung – dass es auch anders als mit dieser törichten Sanktionspolitik geht, haben Bundesregierungen unter anderer Kanzlerschaft bewiesen. Es geht auch etwas weniger unterwürfig gegenüber der westlichen Führungsmacht. **Ralf Möllering, Melle**

Pragmatisch sein

Zu: Putins wahre Konkurrenten (Nr. 12)

Putin hat mit 76 Prozent der Stimmen als Präsident wieder viel Rückhalt im russischen Volk, welches einen eigenständigen Weg gegen westliche Bevormundung wünscht. Es geht um das atomare Gleichgewicht, und so brauchen wir eine pragmatische Politik. Sanktionen und das Aussperren diverser russischer Diplomaten schaden nur der deutschen Wirtschaft. **Günter Algner, Berlin**

Mäßigend wirken

Zu: Verdächtig schneller Verdacht (Nr. 13)

In der Causa Russland sollte Deutschland in Europa und der Welt besser als neutraler Vermittler mäßigend auf alle Seiten einwirken, als sich auf irgendeine Seite zu schlagen. Wenn ich die Informationen in den Medien verfolge, scheint Deutschland weltweit wieder einen guten Ruf gewonnen zu haben. Eine in den USA geborene Jüdin mit österreichisch-polnischen Wurzeln lebt seit zwölf Jahren in Berlin mit polnischem Pass, ohne Kenntnis der polnischen Sprache. Eine junge Chinesin, die hier in der Nähe als Verkäuferin arbeitet, bezeichnete Deutschland als „kleines Land, aber eine Weltmacht". Und wenn sich jemand auf die Flucht aus seiner Heimat macht, hängen dessen erste Gedanken und Hoffnungen oft an Deutschland.

Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gibt es immer noch den Kalten Krieg der Vetomächte. Russland steht den Westmächten mit dem Vetorecht gegenüber, manchmal flankiert von China. Könnte da nicht auch Deutschland mäßigend auf alle Seiten einwirken, statt auf Konfrontation zu setzen? Wir haben doch nur die eine Erde. Wird denn das nicht begriffen? **Hans-Peter Lötzsch, Berlin**



Im Zweifel sind immer die Russen schuld: Filmreife Spurensuche nach dem Nervengiftanschlag im englischen Salisbury Bild: Mauritius

Mit einem »Weiter so« ist die EU zum Scheitern verurteilt

Zu: Mehr zahlen, weniger bestimmen (Nr. 9)

Die Europäische Union steht wirtschaftlich, politisch und finanziell gewaltig unter Druck. Wirtschaftlich, weil mit Großbritannien einer der Giganten austreten will. Das volkswirtschaftliche Gewicht dieses Giganten entspricht etwa 20 wirtschaftlichen Zwergen in der EU. Ferner hat man schon 2017 festgestellt, dass in den vergangenen sechs Jahren das Wirtschaftswachstum in der Eurozone nur 1,1 Prozent betrug. Politisch steht die Union unter Druck, weil der Widerstand gegen Brüssel wächst. Tritt noch ein weiteres großes Land aus, wäre das das Ende der EU.

Für die Gemeinschaft wird jede Wahl in einem Mitgliedsland zu einer Zitterpartie. Durch das Ausbleiben der Zahlungen Großbritanniens wird Deutschland zur Kasse gebeten. Wenn man also der Logik Europas folgt, kostet ein kleines Europa mehr als ein großes. Lustvoll hat der ehemalige Außenminister Sigmar Gabriel verkündet, dass Deutschlands Beiträge steigen müssten.

Selten hat eine Regierung in Deutschland so leichtfertig mit Steuermilliarden um sich geworfen. Es kommt noch viel schlimmer. Die Verschuldung der Eurozonen-Staaten liegt im Schnitt bei rund 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die deutsche nur bei zirka 70 Prozent. Die Europäische Zentralbank sorgt früher oder später dafür, dass alle Schulden in der Eurozone gemeinsame Schulden sind.

In 2017 kursierte bereits eine „Ausstiegsrechnung" für Großbritannien von 60 Milliarden Euro für zukünftige, aber schon eingegangene Verpflichtungen. Der Zahlmeister ist Deutschland. An dieser Funktion führt vermutlich kein Weg vorbei. Für ein Scheitern würde Deutschland verantwortlich gemacht. Deutschland soll also künftig in der EU weniger zu sagen haben, aber dafür mehr zahlen. Und das zu Lasten der deutschen Steuerzahler.

Wenn ein Präsident Macron, eine Kanzlerin Merkel und EU-Kommissionschef Juncker für das längst erschöpfte „Weiter so" stehen, ist die Union in der jetzigen Form zum Scheitern verurteilt. Von Herrn Juncker und einigen anderen EU-Politikern gibt es die Aussage, man solle sich auf die großen Dinge konzentrieren, nicht auf das Klein-Klein. Ja!

Aber das geht nicht mit „Weiter so". Für den künftigen Weg der EU muss in einer ehrlichen Bestandsaufnahme die Fehlentwicklung benannt werden. Dann müssen Pläne gemacht werden, die sich auf die „großen Dinge" konzentrieren. Genauso wichtig ist dann auch, die Rückgängigmachung und der Verzicht auf „Klein-Klein". Dafür benötigt man unter anderem natürlich eine politische Führungsperson.

Da gibt es Menschen, die, vielleicht zu Recht, behaupten, dass dazu in den Kernländern keine solchen vorhanden sind. Aber muss diese politische Führungskraft aus einem solchen Land kommen? **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Allah helfe uns

Zu: Seehofer muss jetzt liefern (Nr. 13)

Nun haben wir endlich eine Bundesregierung, und das Raubrittertum wie einst im Mittelalter kann lustig weitergehen. Unsere neuen Bundestagsabgeordneten haben ihren Amtseid geschworen mit all ihren Versprechungen an das deutsche Volk.

Ich frage mich schon seit Langem: Wie viel „deutsches Volk" sind wir eigentlich noch? Spätestens seit Ex-Bundespräsident Christian Wulff prägt man uns laufend ein, dass der Islam zu Deutschland gehöre. Dann wird wohl auch in absehbarer Zeit der letzte Satz des Amtseides nicht mehr heißen „So wahr mir Gott helfe", sondern „So wahr mir Allah helfe". Und der hilft genauso wenig wie Gott.

Alles Versagen wird achselzuckend hingenommen, der liebe Gott (später Allah) hat nicht geholfen, wir sind nicht schuld. Wann und wer schafft diesen Satz ab? Unsere Volksparteien sicher nicht. **Anke Brandt, Illertissen-Tiefenbach**

Wahre Worte

Zu: Endlich raus aus der Schweigespirale! (Nr. 12)

Eva Herman hat mir aus dem Herzen gesprochen. Aber das von ihr angesprochene Phänomen der „Schweigespirale" ist keine Erscheinung unserer Tage. Es ist interessant, was der französische Geschichtsphilosoph Alexis de Tocqueville bereits 1835 in „Über die Demokratie in Amerika" dazu geschrieben hat: „Die Fürsten hatten die Gewalt sozusagen veräußerlicht, die demokratischen Republiken unserer Tage haben sie auf die geistige Stufe des menschlichen Willens gehoben, den sie zuschanden machen wollen."

Es ist doch erschreckend, wie aktuell diese Worte heute noch sind. **Rolf Bürgel, Darmstadt**

Das Diesel-Verbot ist ein erster Schritt zur schleichenden Enteignung des Autofahrers

Zu: Dieselfahrer in Schockstarre (Nr. 10)

Nun ist es also Fakt: Die Groko steht. Jetzt also weiter so? Nein, glaube ich nicht. Es wird angesichts des verbalen Herumgeeieres eher nach dem Motto gehen: „Schlimmer geht immer."

Nur ein Beispiel: das Feinstaubgeplänkel. Jeder halbwegs informierte Mensch hat doch einmal gelernt, dass der „Kat" (Katalysator) dazu erfunden und eingebaut worden ist, um sogenannte Makro-Moleküle in Mikro-Moleküle zu zerlegen. Das Ergebnis ist Feinstaub. Die Makromoleküle kann der menschliche Organismus erfolgreich abwehren. Die Mikromoleküle aber nicht.

Da man sich im Fernsehen immer wieder auf „die britische Studie" dazu beruft: Es gibt mehrere britische Studien zum „Feinstaub", dazu auch skandinavische, österreichische und ungarische. Alle kommen unabhängig zu dem Punkt, dass die Dieselmotoren an Schadstoffen und Feinstaub nur zu 0,0043 Prozent daran Anteil haben. Die Restanteile sind „anderen Ursachen" zuzuordnen.

Warum sagt keiner ehrlich, woher zum Beispiel Pyritstaub, Manganstaub und Geraniumstaub wirklich herrühren? Nämlich aus den Vulkaneruptionen, die wir seit 2009 jährlich reichlich zu verzeichnen haben. Verteilt durch die global zugenommenen Stürme, erreichen sie so ziemlich jeden Winkel des Planeten Erde. Hinzu kommen die unterseeischen Vulkane, die die Meere belasten. Trotzdem soll unbedingt der Dieselmotor schuldig sein. Warum?

Wer das VW-Debakel in den USA verfolgt hat, weiß, dass dort versucht wird, das deutsche Unternehmen zu halten, auch wenn das bedeutet, Dinge zugeben zu müssen und zu bezahlen, die (so wie zugegeben) nie passiert sind. Es geht wie immer ums Geld, das von deutschen Firmen abgeschröpft werden soll.

Und wer genau hinschaut, entdeckt eine weitere Lücke, die sich vortrefflich wird ausnutzen lassen: Im Kfz-Brief ist zum Beispiel ganz klein und schmal (Zeile C.4c) eingedruckt: „Der Inhaber der Zulassungsbescheinigung wird nicht als Eigentümer des Fahrzeugs ausgewiesen." Wer das dazugehörige Auto gekauft hat (nicht geleast oder per Kredit erworben) und den Satz entfernen lassen will, erhält die Antwort: „Geht nicht, das wäre Dokumentenfälschung."

Wenn nun der Besitzer aber trotz geleistetem Kaufpreis kein Eigentümer des Produkts Auto werden kann oder soll, ist er einem Betrug aufgesessen, an dem viele verdient haben, nicht nur der Hersteller.

Wer Ware herstellt, verkauft und zur Betreibung derselben auch Ersatzteile und so weiter herstellt und verkauft ohne Eigentumswechselzugeständnis, ist laut echter Rechtsstaatlichkeit ein Hehler. Bleiben wir bei VW: Wenn VW trotz Zugabe von unrechtmäßigen Verhaltens die Schadensfolgen an die Besitzer/Nutzer des Produkts abwälzen will, erweitert VW als Hersteller mit Eigentumswechselverweigerung den Betrug durch Wucher, Abzocke und Ausbeutung.

Nun kommt die Drangsalierung auf E-Autos, forciert durch eine „Alice im Wunderland"-Mentalität, obwohl klar ist, dass die Herstellung von nur einem einzigen E-Auto genauso viel Schadstoffe in die Umwelt entlässt wie ein Diesel, der 100 000 Kilometer im Land unterwegs ist. Dann auch noch von umweltfreundlich zu reden, ist eine bodenlose Frechheit, nicht nur einfach gelogen.

Dazu kommt als weiterer Punkt: Die meisten Autofahrer dürften die Elektro-Autos rein rechtlich gar nicht fahren, weil die bisherigen Zulassungen zur Führung eines Fahrzeugs nur für „Verbrennungsmotoren" gelten.

Kommt also als nächster Irrwitz die „Pflicht der Führungsnachweise für E-Motoren"? Natürlich mit Kosten und weiteren aberwitzigen Details. Laut Freunden aus Antwerpen denken „grün getränkte Gehirne" in Brüssel schon über so etwas nach. Somit kann man auch eine (schleichende) Enteignung der EU-Bürger anpeilen. Rechtens ist das keinesfalls.

Die EU ist (noch) kein Staat, kann also weder Gesetze erlassen, noch vollumfängliche Verordnungen gegen Widerstände durchsetzen. EU-Vereinbarungen bedürfen der Zustimmung aller Bürger der EU, die im EU-Wirtschaftsraum leben, wenn deren Existenzen auf dem Spiel stehen. Hat uns irgendjemand gefragt, was wir von dem Irrsinn halten? Zumal echte Fakten vorhanden sind, die von sämtlichen Partei-Riegen in der EU ausgeblendet werden. **Elke Barby, Gehrden**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Kranke Jahreszeit

Alle freuen sich auf den Frühling – nur nicht die Allergiker, die sich wieder den jährlichen Pollenattacken ausgesetzt sehen

Es geht wieder los mit der ständigen Nieserei, den triefenden Nasen und geröteten Augen. Die Heuschnupfenzeit hat begonnen. Für die Betroffenen ist es eine Qual, nach draußen zu gehen oder den Frühling durch geöffnete Fenster ins Zimmer zu lassen. Eine schnelle Heilung der Pollen- und Gräserallergie ist nicht in Sicht, doch kleine Maßnahmen können die Beschwerden lindern.

In Deutschland leiden rund 16 Prozent der Bevölkerung unter einer Pollen-Allergie. Sobald die Allergiker mit Blütenstaub von Bäumen, Sträuchern, Gräsern, Getreide oder Kräutern in Berührung kommen, tränen und jucken die Augen, fließt die Nase und müssen sie ständig niesen.

Im Internet liest man vielerorts, dass vegetarische oder sogar vegane Ernährung den Heuschnupfen lindern soll. Der Facharzt für Dermatologie, Venerologie und Allergologie Harald Bresser sagt, dass es sich bei diesen positiven Auswirkungen einer Ernährungsumstellung um Einzelfälle handele, die man nicht verallgemeinern könne. Im Gegenteil: „Wissenschaftliche Studien über einen positiven Einfluss einer solchen Ernährung auf Heuschnupfen gibt es meines Wissens nicht", bekräftigt Bresser, „es bestehen jedoch zahlreiche Kreuzallergien zwischen Pollen als Heuschnupfenauslöser und allen möglichen pflanzlichen Nahrungsmitteln. Aus diesem Grund ist das theoretische Risiko, durch eine rein pflanzliche Ernährung die Allergieproblematik zu verschlimmern viel höher, als durch tierische Nahrungsmittel. Kreuzallergien zwischen Pollen und Fleisch, Fisch oder Milchprodukten sind hingehen selten."



Bild: Colourbox

Hatschi: Plötzliche Niesattacken zeugen von Überempfindlichkeit gegen bestimmte Pollen

Was tatsächlich Linderung versprechen soll, ist Heilfasten und eine histaminarme Ernährung. „Eine positive immunologische Umstimmung ist durchaus denkbar", sagt Bresser. Andere Ratgeberseiten, wie etwa das „Zentrum der Gesundheit", raten Pollenallergikern, Lebensmittel mit reichlich Vitamin C und Folsäure zu sich zu nehmen, da dies allergiebedingte Entzündungsreaktionen lindere.

Da sich Pollen sofort in Haar und Kleidung einnisten, wenn man das Haus verlässt, kann eine verstärkte Hygiene hilfreich sein, da Pollenstaub so weggewaschen wird. Es ist deshalb hilfreich, jeden Abend die Haare vor dem zu Bett gehen zu waschen und gegebenenfalls das Kissen neu zu beziehen, falls tagsüber gelüftet wurde und somit Pollen durch das Fenster ins Schlafzimmer geweht wurden.

Eine andere sinnvolle Maßnahme ist das Nasespülen mit isotoner Salz-Lösung. Das entfernt Pollenreste in den Atemwegen. Die Pollenkonzentration ist in ländlichen Gebieten in den Morgenstunden am höchsten, in der Stadt jedoch am Abend höher. Daher sollte auf dem Land eher in den Abendstunden und in der Stadt besser morgens gelüftet werden. Auch ein Pollenfilter an offenen Fenstern hilft. Allgemein empfiehlt es sich, die Straßenkleidung abzulegen, wenn man wieder ins Haus geht, und diese gegen Kleidung zu wechseln, die noch keine Pollen an sich trägt.

Das Netzwerk Pollentrend des deutschen Allergie- und Asthmabundes DAAB zeigt darüber hinaus in einer Infografik aktuelle Pollenmeldungen im ganzen Land auf, um Allergikern zu zeigen, welche Pollen momentan wo vorkommen. Wer schon genau weiß, zu welcher Zeit die diabolischen Pollen in der Luft sind, die die meisten Beschwerden bereiten, der plant seinen Urlaub am besten genau in diesem Zeitraum und reist in pollenfreie Regionen, wie etwa auf Inseln, ans Meer oder in Hochgebirgslagen.

Mehr als 50 Prozent der Pollen-Allergiker reagieren auch auf Lebensmittel und leiden unter sogenannten Kreuzallergien. Zu den typischen Symptomen, etwa nach dem Verzehr eines Apfels, gehören Kribbeln und Juckreiz bis hin zu Schwellungen der Mund- und Rachenschleimhäute. Wer zum Beispiel allergisch auf Frühblüher reagiert, verträgt hauptsächlich Nüsse, Äpfel, Birne, Pfirsich, Pflaume, Kirsche und Mandeln nicht. Deshalb sollte man sich gezielt beim Hausarzt nach eventuellen Kreuzallergien erkundigen, damit man diese Lebensmittel meidet und nicht noch zusätzlich mit allergischen Reaktionen belastet wird.

Wenn jemand tatsächlich unter Kreuzallergien leidet und während der Pollenzeit bestimmte Obstsorten nicht zu sich nehmen kann, für den gibt es auch hier kleine Tricks, die weiterhin für Obstgenuss sorgen. „Geschält und zerkleinert wird so manche Obstsorte auch wieder ein Genuss", weiß Sonja Lämmel vom DAAB, „die allergenwirkende Struktur wird bei der Verarbeitung zerstört, so dass zum Beispiel ein geriebener Apfel von manch einem Apfelallergiker schon wieder genossen werden kann." Wirkt auch das nicht, so hilft immer noch eines: Kochen! Das macht dem Allergieauslöser in den meisten Fällen endgültig den Garaus. Ob Apfelkompott, Kirschkuchen oder Aprikosenmarmelade – darauf muss kein Allergiker verzichten.

Leider ist der Umgang mit Kreuzreaktionen nicht immer so einfach. Bei Pollenallergikern, die auf Beifuß reagieren, können Kreuzreaktionen auf Sellerie auftreten oder bei Haselpollenallergikern auf Haselnüsse. Hier sind die Allergene hitzestabil, sodass weder Verarbeiten noch Kochen eine Änderung herbeiführt.

Natürlich gibt es gegen Heuschnupfen auch Medikamente – sogar zu erschwinglichen Preisen, wie etwa Cetirizin. Diese haben jedoch zum Teil erhebliche Nebenwirkungen. Neben Müdigkeit kann es zu Kopfschmerzen, Mundtrockenheit und Benommenheit kommen sowie gelegentlich zu Übelkeit, Bauchschmerzen, Durchfall oder Schwindel. Wen das abschreckt, der kann auf Alternativen zurückgreifen, wie etwa Akkupunktur. Die Wirksamkeit wurde in vielen Studien belegt, wie Bresser weiß: „Meines Erachtens ist Heuschnupfen eine der besten Indikationen für Akupunktur."

Wer der Allergie ein für allemal den Garaus machen will, sollte über eine Hyposensibilisierung nachdenken.

Therapieerfolge durch Hyposensibilisierung

„Die Hyposensibilisierung ist bisher die einzige ursächliche Behandlungsmöglichkeit einer Allergie. Hierbei wird dem Allergiker das für ihn relevante Allergen in steigender Dosis zugeführt, um den Körper so daran zu gewöhnen", erklärt der DAAB. Die Dosierungen und Zeitabstände, in denen Präparate zur Hyposensibilisierung gegeben werden, können je nach Therapieschema unterschiedlich sein. Meist wird mit einer niedrigen Allergendosis begonnen, die während der Behandlung erhöht wird. Ist eine Erhaltungsdosis erreicht, wird diese dann regelmäßig verabreicht.

Die Prozedur ist aufwendig. Wenn die Therapie anschlägt, lässt sich der Frühling in vollen Zügen genießen. *Martin Römhild*

Gold im Mund

Wer es sich erlauben kann, gönnt sich Luxus auf dem Speiseteller

Schaut man auf ausgefallene Ideen für Produkte, die im Luxus-Segment den Markt bereichern, scheinen der Fantasie einiger Anbieter keine Grenzen gesetzt zu sein. Dabei sind es weniger die Ideen an sich, als die um das Produkt herum entworfenen Geschichten, die vor Einfallsreichtum strotzen. Doch auch die Preise sind fantastisch.

Gourmets investieren gerne in die Küche. Gemeint ist damit nicht eine neue Einbauküche mit multifunktionalem Kühlschrank und freistehendem Spezialherd. Wer sich für lohnende Anlageobjekte im Bereich Delikatessen interessiert, der sollte es einmal mit einem Olivenöl der Spitzenklasse für rund 11 000 Euro für den Liter versuchen. Die Herkunft des Olivenöls mit dem Namen Lambda ist sehr speziell: Es stammt angeblich von den ältesten Olivenbäumen der Welt, die in Griechenland stehen und deren Früchte mit der Hand gepflückt werden. Verpackt wird der edle Tropfen, wie es sich für den Preis gehört – in einem Flakon mit Seriennummer. Die Flasche mit 500 Milliliter wird zusätzlich in einer schlichten, aber edlen Box präsentiert, die mit zwei 18-Karat-Goldplättchen verziert ist.

Wer der Meinung ist, dass auch ein etwas schlichteres Olivenöl für rund 30 Euro im Salatdressing völlig ausreichend ist, hat vielleicht den Test von Stiftung Warentest studiert. Der ergab Anfang dieses Jahres, dass bei Olivenöl längst nicht immer alles Gold ist, was glänzt. Ein hoher Preis ist bei dieser Produktgruppe nicht unbedingt ein glasklares Indiz für höchste Qualität.

Mit dem Olivenöl ist es in dieser Hinsicht wie mit dem Kaffee. Ab einer gewissen Preisklasse sind die angebotenen Waren zum großen Teil gut. Ausnahmen gibt es jedoch immer.



Bild: Imago

Teure Kürbissuppe: Erlesene Safranfäden sorgen für Luxus

Wenn ein edler Tropfen Olivenöl wie das Lambda als Salatdressing zum Einsatz kommt, sollte der Salat auch entsprechend mit weiteren exquisiten Bestandteilen auftrumpfen. Schnöder Parmesan aufgepeppt mit sündhaft teurem Speiseöl wirkt dabei ein wenig zu alltäglich, auch besserer Büffel-Mozzarella ist keine ansprechende Ergänzung.

Wer den Luxus liebt, wird passend zum ultimativen Olivenöl-Genuss auch Käse aus Eselsmilch genießen wollen. Der wird einzig von einem Bauern in Serbien hergestellt und geht als Rarität für rund 1000 Euro je Kilogramm über den Ladentisch. Es versteht sich von selbst, dass die Esel für die Produktion des hochwertigen Käses von Hand gemolken werden. Da es bislang noch niemandem gelungen ist, das streng gehütete Geheimnis der Herstellung von Esel-Käse zu lüften, lässt sich der Preis hoch halten. Da Eselsmilch aber im Vergleich zu Kuhmilch den 60-fachen Wert an Vitamin C enthält, ist der Biss ins teure Käsehäppchen zugleich auch ein Bad im Gesundbrunnen. Und für die Gesundheit ist nichts zu teuer, oder?

Wer noch etwas mehr investieren möchte, kann mit einem Kilogramm hochwertigem Safran das Konto gleich um 14 000 Euro erleichtern. Eine hauchfeine Prise Safran vergoldet den Salat in jeder Hinsicht. Auf diese Weise verdaut sich auch ein Vermögen gut. *Stephanie Sieckmann*

Ein kühles »Preußens«

Hohenzollern im Sixpack – Preußenprinz braut sein eigenes Bier

Das, was Georg Friedrich Prinz von Preußen seit fast einem Jahr in Braunschweig brauen lässt, nennt sich „Preußens Pils". Das helle Bier ist seit wenigen Wochen auch in Berlin und Umgebung verbreitet, es soll „auf sympathische und bodenständige Weise Tradition mit der Moderne verbinden".

Die Idee, eine eigene Hopfenbrause mit 4,9 Prozent Alkohol auf den Markt zu bringen, kam nicht über Nacht, reifte aber ausgerechnet bei einem „Weinabend mit Freunden", so der Stammhalter des Hauses Preußen. Das Getränk in edler schwarz etikettierter 0,33-Literflasche ist der langen Tradition am einstigen Königs- und späteren Kaiserhof verpflichtet. "Ich habe es immer ein wenig bedauert, dass unsere Familie keine eigene Brauerei und keinen Weinberg hat", sagt der Prinz. Der deutschen Bierkultur sei die Familie immer „sehr verbunden" gewesen.

Schon Preußens Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. trank gerne Bier. In seinem Tabakskollegium soll es Duckstein gewesen sein, schwört diese Brauerei heute. Sein Sohn, Friedrich der Große, sollte nach dem Willen des Vaters sogar das Brauhandwerk lernen.

Nach Jahren des Probierens und der Fremdbeköstigung hat Georg Friedrich im Vorjahr mit zwei weiteren Betreibern, dem Schweizer Finanzfachmann Daniel Hug und dem CDU-Bundestagsabgeordneten Andreas Mattfeldt, auf der Basis der gemeinsamen Freundschaft die „Kgl. Preußische Biermanufactur" gegründet. Was mit dem testweisen Ausschank in privaten Kreisen und anschließend in der Gastronomie auf dem Stammsitz der Hohenzollern begann, weitet sich über ganz Norddeutschland aus.

Der Hohenzollernprinz verriet jüngst, er werde oft mit Erwartungen an „die Rückkehr der Monarchie" konfrontiert, die er den Wünschen mancher Menschen nach übernehmen solle. Er wolle hingegen zeigen, dass er „etwas Eigenes aufbauen kann".



Foto: Königlich Preußische Biermanufactur

Schwer zu tragen: Eine Kiste Preußens Pilsener

Mit einem Bier, das die Erinnerung an gehobene Trinkkultur heraufbeschwört, geht er einen Schritt in diese Richtung, denn das Gebräu weckt erneut royale Erwartungen. Beim Geschmack des Produkts nach deutschem Reinheitsgebot legt der Hersteller die Betonung aufs Herbe der preußischen Seele: „Charaktervoll und würzig, angenehm herb, mit einer besonderen Hopfennote", so sehen die Brauherren ihr Werk.

Testforen im Internet gaben dem Trunk auch kritische Bewertungen im oberen Mittelfeld. Das Getränk sei anfangs mild, dann herb im Abgang, im Großen und Ganzen aber im Eigencharakter noch ausbaufähig. Nach der ersten offiziellen Verkostung vor einem Jahr ist das Bier inzwischen in Flaschen, Kästen und Sixpacks im Handel.

Der Prinz selbst sorgt für den Außenauftritt, und dazu gehört auch, das zum Brauen verwendete gute Wasser aus dem Harz anzupreisen. Trotz vieler Anfragen nach mehr will der Prinz im Fachhandel und in der ausgewählten Gastronomie bleiben, denn das Bier habe seinen Wert, der nicht im Preiskampf des Lebensmittelhandels untergehen solle. *Sverre Gutschmidt*

Zu kaufen unter anderem bei: Getränke-Hoffmann in Berlin. Internet des „Preußens": www.preussische-biermanufactur.de

Wie Deutsche sich vom Krieg wieder erholten

Mehr als 500 Menschen meldeten sich beim „Spiegel Online“-Ressort „einestages“, nachdem der „Spiegel“-Redakteur Uwe Klußmann um Zeitzeugenberichte aus der Nachkriegszeit für eine einschlägige Publikation gebeten hatte. Auszüge dieser Erinnerungen bilden den Rahmen und Hintergrund des neuen „Spiegel“-Magazins Geschichte „Die Nachkriegszeit 1945–1949. Als Deutschland sich neu erfand“. Das mit vielen Fotos und Abbildungen ausgestattete Heft umfasst Aufsätze und Interviews zu jener kurzen, dramatisch aufgeladenen Epoche, in der das zerstörte Land vor einem Neuanfang stand und die Teilung Deutschlands festgeschrieben wurde. Anfangs war es aber weder ersichtlich noch von irgendeiner Seite erwünscht, dass in wenigen Jahren zwei deutsche Staaten entstehen würden.

In den drei Kapitelblöcken „In Trümmern“, „Unter Besatzung“ und „Vom Neuanfang“ werfen die drei Redakteure Uwe Klußmann, Eva-Maria Schnurr und Katja Iken Schlaglichter auf die prägnanten Ereignisse jener Jahre wie Kriegsgefangenschaft, Flüchtlingsströme und Flüchtlingselend, Frauen als Opfer sexualisierter Gewalt, Entnazifizierung sowie politische Neuorientierung in dem durch die Zonengrenze geteilten Land, das infolge des Krieges seine Ostgebiete verloren hatte. Von dem Heimweh der Millionen Flüchtlinge und Neuankömmlinge ist hier gar nicht und von ihrer Heimat, den verlorenen Territorien östlich der Oder-Neiße-Linie, kaum die Rede. In einem Interview erklärt der Historiker und Autor Andreas Kossert („Kalte Heimat“), die Politik habe mit ihren „irrealen Forderungen“ nach einer Revision der Ostgrenze die Traumatisierung der Flüchtlinge abfedern wollen. Tatsächlich aber war im Westen

> 500 Zeitzeugen meldeten sich

Deutschlands das Streben nach Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland und den Ostgebieten vor und auch nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland aus Sicht der Politiker fast aller Couleur eine historisch verpflichtende Aufgabe gemäß der Präambel des Grundgesetzes. Selbst die SED vertrat bis 1947 diese Position. Bis in die 1960er Jahre war dieses Bestreben fest in den Schulbüchern der Bundesrepublik verankert. Alles nur ein Täuschungsmanöver? Oder verstellt uns die spätere Entwicklung die Sicht auf die Mentalität unserer Väter und Großväter?

„Leere Konservendosen aus dem Müll der US-Army brachte ich zum Ausspülen nach Hause, um etwas Geschmack in unser karges Essen zu bringen“, schreibt ein damals in Berlin lebender Zeitzeuge des Jahrgangs 1936 und berührt damit die miserable Ernährungslage als einen andauernd wichtigen Punkt. Dazu eine Frau, seinerzeit ebenfalls in Berlin: „Tauschhandel war verboten, erfolgte aber auf offener Straße entlang einem Bretterzaun, an dem unzählige Zettel hafteten mit Angeboten und Nachfragen.“

Mit den Ernährungssorgen der Menschen ging die hier eindrücklich ins Bild gesetzte große Wohnungsnot einher. Etwa 400 000 Besatzungskinder wurden nach dem Krieg geboren. Davon handelt der Kastentext „Das Geheimnis der Mutter“ mit einem Beitrag von Ilona Laudien, die 1946 in Naumburg geboren wurde. Sie gründete 2011 die Selbsthilfegruppe „Amerikanische Besatzungskinder“. Dass die Besatzungskinder erst spät den Mut zur Aufarbeitung von Stigmatisierung und Verheimlichung aufbrachten, wenn überhaupt, spricht für sich.

Bei der sogenannten Erlebnisgeneration hinterließen die Nachkriegsjahre Erinnerungen und Stimmungen, die seither alle Generationen mit geprägt haben. Die Psychotherapeutin Christa Müller erläutert in einem Interview, warum diese Erfahrungen bis heute nachhallen. Es habe viel damit zu tun, dass weder in den Familien noch in der Gesellschaft eine ausreichende Würdigung der Nachkriegsgeneration stattfand. Politische Einflussnahme auf beiden Seiten der deutsch-deutschen Grenze, die Ablenkung durch Kino und kulturelle Angebote sind weitere Stichworte und Themen in diesem übersichtlich und höchst anschaulich gestalteten Heft. *Dagmar Jestrzemski*

***Uwe Klußmann: „Die Nachkriegszeit 1945–1949. Als Deutschland sich neu erfand“**, Spiegel Geschichte 1/2018, Spiegel Verlag, Hamburg 2018, broschiert, 140 Seiten, 7,90 Euro*

Keineswegs egal

Rechtschreibung ist Zivilisation. Ohne Rechtschreibung keine Zivilisation, keine Zivilisiertheit, keine Literatur, keine Sprache, nichts, außer Radebrechen und sich irgendwelche Schlagworte um die Ohren hauen“, so Burkhardt Klaußner, Theater- und Filmschauspieler. Zusammen mit der Lehrerin Ulrike Holzwarth-Raether und dem Germanistik-Professor Peter Gallmann lud die Leiterin der Dudenredaktion Kathrin Kunkel-Razum im Oktober 2017 Klaußner zu einer Podiumsdiskussion über Rechtschreibung und Rechtschreibkompetenzen ein. Es entstand eine Streitschrift mit dem Titel „Warum es nicht egal ist, wie wir schreiben“, basierend auf diesem Gespräch.

Mangelnde Schreibkompetenz in Schule, Studium und Bewerbungsverfahren wird allerorten festgestellt. Eine Studie des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IBQ) belegte grade die schlechten Rechtschreibleistungen von Grundschülern. Älteren Mitbürgern wird es noch in Erinnerung sein, wie wichtig in ihrer Schulausbildung eine korrekte Rechtschreibung gewesen ist.

Was hat sich daran geändert und ist richtiges Schreiben tatsächlich so elementar wichtig? Neben dem aktuellen Zustand der Rechtschreibung in der Ausbildung heute beleuchtet die Debatte auch die Rechtschreibkompetenzen im internationalen Vergleich. Abschließend diskutierten die Gesprächsteilnehmer noch einen Ausblick auf Engagement und Förderung in diesem Bereich.

Geschrieben für Deutschlehrer, erhofft sich die Leiterin der Dudenredaktion noch viele weitere Leser der kleinen Streitschrift, denn Rechtschreibung geht uns alle an. *Silvia Friedrich*



***Kathrin Kunkel-Razum: „Warum es nicht egal ist, wie wir schreiben“**, Dudenverlag, Berlin 2018, broschiert, 64 Seiten, 8 Euro*

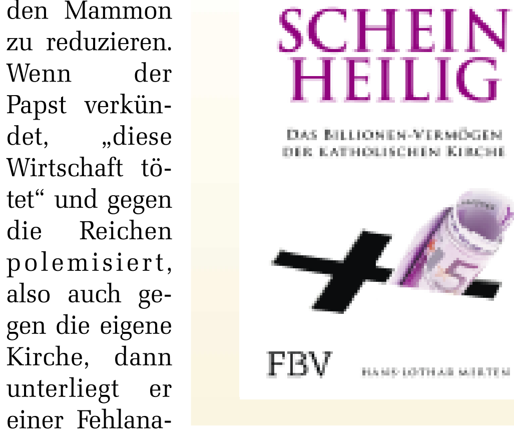
Amtsmüde Weltkirche

Scheinheilig. Das Billionen-Vermögen der katholischen Kirche“ ist ein Buch mit revolutionärer Sprengkraft. Hans-Lothar Merten verspricht einen „Blick in das geheimnisumwitterte Vermögens-Labyrinth der Weltkirche“ mit ihren 1,3 Milliarden Gläubigen. Mit großer Akribie wird versucht, das vielfältig verzweigte „Vermögen“ in Zahlen zu fassen. Weltweit komme die Katholische Kirche auf rund zwei Billionen Euro Vermögen. Die Kirche verfüge insgesamt über eine „schier unglaubliche Vermögensmasse“, die sich im Laufe von 2000 Jahren angesammelt habe. Diese würde reichen, um die Gesamtschulden der Bundesrepublik Deutschland zu tilgen.

Derzeit erlebt Europa eine forcierte Entchristlichung. In Deutschland entfallen auf die römisch-katholische Kirche nur noch knapp 29 Prozent Mitglieder. Das gilt auch für Südamerika, speziell für Brasilien. In 40 Jahren ging die Zahl der Katholiken dort von 92 auf 65 Prozent zurück, die der Protestanten oder „Pfingstkirchen“ ist schon auf über 22 Prozent emporgeschnellt. „Pfingstkirchen werden wie eine Aktiengesellschaft auf Gewinnmaximierung getrimmt“. Sie machen „den Glauben zum Geschäft“: „Sie versprechen neuerdings auch schon den Himmel auf Erden. Wer auf sie hört, bleibt gesund und wird reich – so ihre Botschaft.“ Es konkurrieren die „Befreiungstheologie“ und eine „Wohlstandstheologie“. Es scheint verkehrt, die Probleme der „Weltkirche“ auf den schnöden Mammon zu reduzieren. Wenn der Papst verkündet, „diese Wirtschaft tötet“ und gegen die Reichen polemisiert, also auch gegen die eigene Kirche, dann unterliegt er einer Fehlanalyse, denn Kapitalismus und Marktwirtschaft erzeugen keine Armut, sie sind die Quellen des Wohlstands. Heute leben etwa 7,5 Milliarden Menschen auf der Welt, fast dreimal so viel wie 1950. Dieses Wachstum kann nur wirtschaftlich bewältigt werden. Sein Vorbild Franziskus war sowohl „Bettelmönch“ als auch „Patron der Kaufleute“.

Das Buch ist sorgfältig bei der Aufdeckung der Vermögensverhältnisse, aber bei deren Verarbeitung ziemlich tendenziös und dem „Zeitgeist“ angepasst. Der Papst wird in den Medien als Reformer, Radikaler, ja Revolutionär gefeiert, weil er populistisch die „weltweite Gerechtigkeit“ zum Anliegen der Kirche macht. Doch „Gerechtigkeit“ ist eine abgedroschene Floskel, die allen Politikern der Welt leicht über die Zunge geht. Wer die Menschen auf das Geld reduziert, verkennt, dass sie noch ganz andere Ziele und Wünsche haben, wie der Zulauf bei den Pfingstkirchen in Südamerika und auch in Argentinien, der Heimat des Papstes, demonstriert. Sie erheben nicht die „Armut“ zum Prinzip, sondern versprechen Reichtum und Gesundheit.

Ist die „Weltkirche“, die im Jahr 380 im Römischen Reich unter Kaiser Theodosius zur „Staatsreligion“ erhoben wurde, eventuell amtsmüde? Die modernen Versprechungen „nachhaltig, sozial, ethisch und ökologisch“ sind politisches Allgemeingut, kein religiöses Alleinstellungsmerkmal. *Wolfgang Thüne*



***Hans-Lothar Merten: „Scheinheilig. Das Billionen-Vermögen der katholischen Kirche“**, FinanzBuch Verlag, München 2018, gebunden, 250 Seiten, 19,99 Euro*

Spannender Island-Krimi mit Lokalkolorit

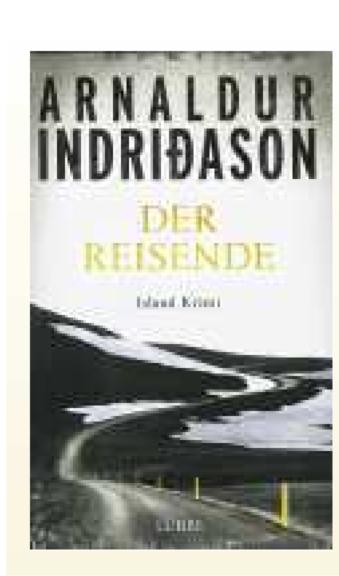
Island im Zweiten Weltkrieg: Nachdem die Deutschen im April 1940 Dänemark besetzt hatten, besetzten die Engländer im Mai 1940 Island unter dem Vorwand, es vor einer deutschen Okkupation zu schützen. Ab Juli 1941 übernahmen dann die Amerikaner die Besatzung.

War Island vor dem Krieg noch ein armes Land, das vom Fischfang lebte, brachte der alliierte Bedarf an Arbeitskräften Wohlstand und führte zu Veränderungen in der abgeschieden lebenden isländischen Bevölkerung. Vor dieser historischen Kulisse lässt der mehrfach preisgekrönte isländische Krimiautor Arnaldur Indriðason in „Der Reisende“ seinen Kriminalkommissar Flóvent, unterstützt von dem jungen kanadischen Militärpolizisten Thorson, dessen Eltern aus Island emigrierten und der als „West-Isländer“ gilt, auf Mördersuche gehen.

Als ein Handlungsreisender mitten in Reykjavik mit einem Colt erschossen wird, fällt der Verdacht auf die Soldaten der Besatzungsmächte. Wer war „der Reisende“? Indriðason spielt gekonnt mit verschiedenen Identitäten, denn es sind mehrere Vertreter in die Handlung verwickelt, und er lässt den Leser im Dunkeln tappen. Auch die Hintergründe sind verschlungen, führen doch viele Spuren zu einem aus Deutschland eingewanderten Arzt, dem Kontakte zu den Nationalsozialisten nachgesagt werden, der aber nicht wie andere Deutsche interniert wurde. Der Originaltitel – übersetzt „das deutsche Haus“ – weist hier schon auf Zusammenhänge hin und der Verdacht auf Spionage und Gegenspionage besteht. Aber auch in den Erlebnissen in der frühen Jugend einiger Charaktere finden sich Motive für die grausame Hinrichtung, der weitere Todesfälle folgen. Das Leben der isländischen Frauen, die Kontakte zu den Besatzern haben, spielt ebenfalls eine Rolle, konnte doch eine solche Beziehung als Fahrkarte aus Armut und Eintönigkeit gelten, jedoch um den Preis, von weiten Teilen der isländischen Bevölkerung verachtet zu werden.

Flóvent und Thorson ermitteln in alle Richtungen, entdecken tiefe Verstrickungen der Protagonisten untereinander und versuchen, in einem Sumpf aus Unmoral, Missbrauch und Manipulation die Wahrheit zu entdecken.

Indriðason ist ein Meister der langsamen, detailreichen Erzählungen, die er auch hier voll auskostet. Im Gegensatz zu seinem schwermütigen Ermittler Erlendur aus seiner bekanntesten Krimi-Reihe, dessen private Probleme sich durch alle Bände ziehen, ist hier ein junges Team ohne belastenden Hintergrund am Werk, das sich, obwohl unfreiwillig zusammengefügt, sehr gut ergänzt und unter schwierigen Umständen erfolgreich ermittelt. Den Leser erwartet ein spannendes Lesevergnügen mit viel isländischem Lokalkolorit in einer interessanten historischen Zeit. *Britta Heitmann*



***Arnaldur Indridason: „Der Reisende. Island-Krimi“**, Bastei Lübbe Verlag, Köln 2018, gebunden, 415 Seiten, 22,90 Euro*

Dunkle Machenschaften der Geheimdienste

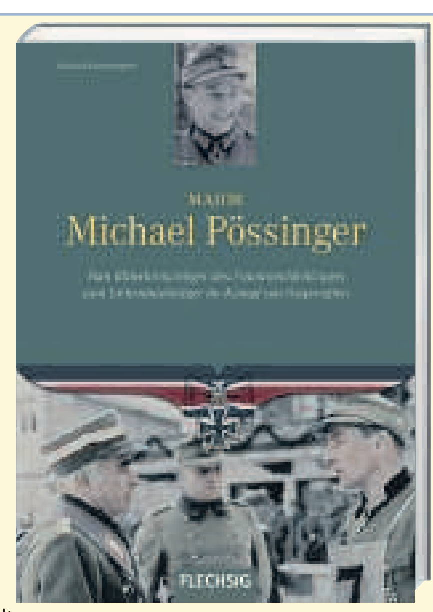
Der schwedische Ministerpräsident Olof Palme wurde am 28. Februar 1986 auf offener Straße in Stockholm erschossen. Wer die Tat beging, blieb trotz umfangreicher Ermittlungen bis heute ungeklärt. Am 11. Oktober 1987 starb Uwe Barschel, kurz zuvor noch Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, in der Badewanne seines Zimmers im Genfer Hotel Beau-Rivage – durch Suizid mithilfe von Medikamenten. Außerdem erlitt der frühere Direktor des US-Auslandsgeheimdienstes CIA, William Colby, am 27. April 1996 einen tödlichen Bootsunfall unweit von Rock Point in Maryland. So jedenfalls lauten die offiziellen Versionen der jeweils zuständigen Behörden, denen die Autoren des Buches „Im Spinnennetz der Geheimdienste“ aber keinesfalls folgen wollen: Ihrer Meinung nach handelte es sich im Falle von Barschel und Colby genauso um Mord wie bei dem Attentat auf Palme.

Um diese These zu beweisen, trugen der deutsche Journalist und der Universitätslehrbeauftragte Patrik Baab sowie der emeritierte amerikanische Politikwissenschaftler Robert Harkavy eine Vielzahl aufschlussreicher Fakten und Belege zusammen, auf deren Grundlage sie zu folgender Einschätzung kamen: Offensichtlich besteht ein direkter Zusammenhang zwischen den drei ungeklärten Todesfällen, hinter denen allesamt die CIA steckt. Das verbindende Element sei dabei die Iran-Contra-Affäre. Palme habe die ebenso umfangreichen wie geheimen Waffenlieferungen an die Adresse Teherans behindert und deshalb sterben müssen. Barschel fungierte laut den Autoren als Vermittler bei den Geschäften mit den Mullahs, durch welche die CIA ihren teuren Geheimkrieg gegen die Sandinisten in Nicaragua finanzieren wollte, was ihn zu einem gefährlichen Mitwisser machte. Und der pensionierte Colby kannte natürlich sämtliche Details der hochbrisanten Angelegenheit, weshalb er im Rahmen von „Säuberungsaktionen“ zur umfassenden Vertuschung des Ganzen auf Initiative hoher und höchster US-Politiker eliminiert worden sei.

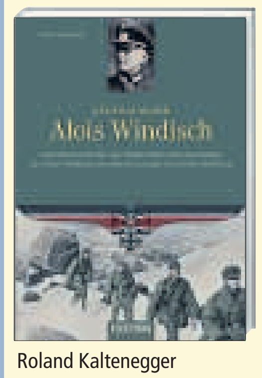
Obwohl Baab und Harkavy keine 100-prozentig hieb- und stichfesten Beweise für die Richtigkeit dieser Behauptungen liefern können, klingt ihre Argumentation doch in jeder Hinsicht plausibel – zumal im Anhang auch noch einige Dokumente des Bundesamtes für Verfassungsschutz, der DDR-Staatssicherheit, des tschechoslowakischen Nachrichtendienstes STB und des geheimen Planungsstabes der NATO-Untergrundorganisation Stay-Behind präsentiert werden, welche perfekt ins Bild passen. *Wolfgang Kaufmann*



***Patrik Baab/Robert E. Harkavy: „Im Spinnennetz der Geheimdienste. Warum wurden Olof Palme, Uwe Barschel und William Colby ermordet?“**, Westend Verlag, Frankfurt/Main 2017, gebunden, 383 Seiten, 24 Euro*

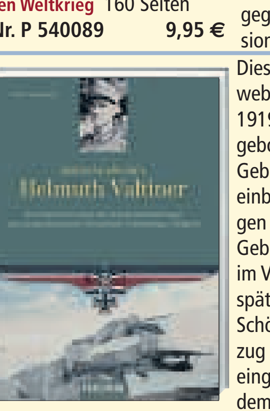


Roland Kaltenegger
Major Michael Pössinger
Vom Ritterkreuzträger des Frankreichfeldzuges zum Eichenlaubträger im Kampf um Ostpreußen
Dies ist die Geschichte von Major Michael Pössinger. Am 18. Januar 1919 im oberbayerischen Ettal geboren, trat er 1937 in das Gebirgsjägerregiment 98 des späteren Generalfeldmarschalls Ferdinand Schörner ein. Dort wurde er in der 16. Kompanie als Zugführer zu einem der beliebtesten und tapfersten Offiziere in den Reihen der deutschen Gebirgstruppe und nahm am Anschluss Österreichs und dem Einmarsch im Sudetenland teil. Nach seiner Feuertaufe im Polenfeldzug erhielt Pössinger für seine außergewöhnlichen militärischen Waffentaten im Westfeldzug bereits am 19. Juli 1940 das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes. Nach dem Balkanfeldzug kämpfte er im Rahmen der 1. Gebirgsdivision an der Ostfront, wo er bis zum Hoch- und Waldkaukasus vorstieß, um anschließend mit seiner Division den schweren Rückzug über den Kubanbrückenkopf und die Halbinsel Krim anzutreten, dem sich Kämpfe auf dem Balkan anschlossen. In den harten Kämpfen um Ostpreußen wurde er am 28. Februar 1945 als Major in der 558. Volksgrenadierdivision mit dem Eichenlaub zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet. 160 S.
Nr. P 540088 Gebunden **9,95 €**



Roland Kaltenegger
Generalmajor Alois Windisch
Vom Ritterkreuzträger des Militär-Maria-Theresien-Ordens zum Ritterkreuzträger im Zweiten Weltkrieg 160 Seiten
Nr. P 540089 **9,95 €**

Dies ist die Geschichte von Generalmajor Alois Windisch. Am 3. Februar 1892 im niederösterreichischen Fischau geboren, trat er mit 15 Jahren in die Infanteriekadettenschule Wien und von dort in die Theresianische Militärakademie in Wiener Neustadt ein. Im Ersten Weltkrieg als Bataillonsadjutant erhielt Windisch das Ritterkreuz des Militär-Maria-Theresia-Ordens als Kommandant einer Gefechtsgruppe für die Erstürmung des Monte Meletta. Nach der Übernahme in die Deutsche Wehrmacht wurde Alois Windisch bei der Neuaufstellung der 3. Gebirgsdivision des Generals Eduard Dietl Kommandeur des Gebirgsjägerregiments 139. Für seinen persönlichen Einsatz im Norwegenfeldzug wurde er am 20. Juni 1940 mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet und führte gegen Kriegsende die 264. Infanteriedivision im kroatisch-bosnischen Raum.



Roland Kaltenegger 160 S.
Oberfeldwebel Helmuth Valtiner
Vom Ritterkreuzträger des Griechenlandfeldzuges zum Landesobmann der ehemaligen Gebirgstruppe Südtirols
Nr. P 540090 **9,95 €**

Dies ist die Geschichte von Oberfeldwebel Helmuth Valtiner. Am 7. Oktober 1919 im Südtiroler Ort Lana bei Meran geboren, wurde er im Dezember 1939 zum Gebirgsjägerersatzregiment 2 in Innsbruck einberufen. Nach mehreren Versetzungen landete er bei der 1. Kompanie des Gebirgsjägerregiments 143, mit der er im Verband der 6. Gebirgsdivision des späteren Generalfeldmarschalls Ferdinand Schörner am Frankreich- und Balkanfeldzug teilnahm und als Spähtruppführer eingesetzt war. Während der Kämpfe auf dem griechischen Festland erzwang er im Juni 1941 auf eigene Faust für sein Bataillon den Übergang über den durch die Tempischlucht zum Meer strömenden Fluss Pinios, wofür er als Gefreiter mit dem Ritterkreuz ausgezeichnet wurde. Kämpfe an der Eismeerfront und im hohen Norden schlossen sich an. Er überlebte den Krieg und kehrte nach Südtirol heim.



Roland Kaltenegger
SS-Hauptsturmführer der Reserve Franz Josef Krombholz
Von der SS-Verfügungstruppe zur 7. SS-Freiwilligen-Gebirgsdivision „Prinz Eugen" 160 S.
Nr. P 540087 **9,95 €**

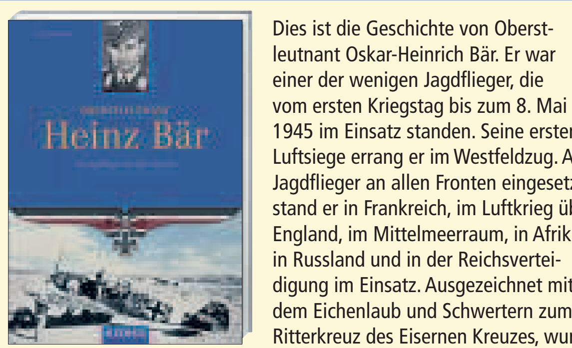
Dies ist die Geschichte von SS-Hauptsturmführer der Reserve Franz Josef Krombholz. Am 13. August 1920 als Sudetendeutscher geboren, trat er am 3. Mai 1940 als Kriegsfreiwilliger in die 3. Kompanie der SS-Kraftfahrersatzabteilung der SS-Verfügungstruppe ein. Nach verschiedenen Verwendungen wurde Krombholz in die 7. SS-Freiwilligen-Gebirgsdivision „Prinz Eugen" versetzt, mit der er die aufreibenden und verlustreichen Kämpfe gegen die Partisanen auf dem Balkan, insbesondere in Nordserbien bestritt. Am 28. März 1945 wurde ihm als Kommandeur des III. Bataillons des SS-Freiwilligen-Gebirgsjägerregiments 14 „Skanderbeg" der 7. SS-Freiwilligen-Gebirgsdivison „Prinz Eugen" das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes verliehen. Nach abenteuerlicher Flucht kehrte er am Ende des Krieges nach Deutschland zurück.

Roland Kaltenegger
Major Herbert Fritz
Vom Ritterkreuzträger des Russlandfeldzuges zum Brigadegeneral der Bundeswehr
160 Seiten.
Nr. P 540086 **9,95 €**

Dies ist die Geschichte von Major Herbert Fritz. Am 27. Oktober 1916 in Düsseldorf geboren, trat er am 4. November 1937 in die 5. Kompanie des Infanterieregiments 13 im württembergischen Ludwigsburg ein. Zuerst als Zugführer, später als Chef der 16. Kompanie und dann als Kommandeur des I. Bataillons des Gebirgsjägerregiments 13 nahm er an den Feldzügen gegen Frankreich, auf dem Balkan und gegen die Sowjetunion teil. Am 17. März 1944 wurde Hauptmann Fritz als Chef der 16. Kompanie des Gebirgsjägerregiments 13 mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet. Kurz nach seiner Ernennung zum Bataillonskommandeur wurde er schwer verwundet und musste in die Heimat verlegt werden. 1958 trat er in die Bundeswehr ein, wo er unter anderem als Kommandeur des Gebirgsjägerbataillons 231 sowie als Kommandeur der Gebirgsjägerbrigade 22 Verwendung fand.

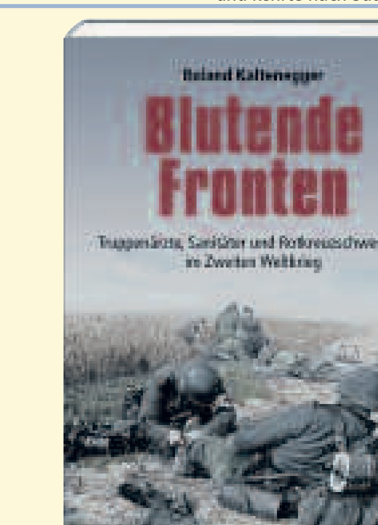


Heinz Gräf / Peter Hulansky
Luftfahrt in Würzburg
Vom Galgenberg zum Schenkenturm – Ein Rückblick auf Würzburgs Fluggeschichte 1905–2018
Im vorliegenden Bild- und Textband werden die wichtigsten Ereignisse zur Luftfahrtgeschichte in Würzburg vorgestellt. Angefangen mit den ersten Ballonflügen im Jahr 1894 über den Beginn der Motorfliegerei auf dem Galgenberg mit Leo Lendner und dem Aufbau einer bayerischen Militärfliegerei. Ab August 1914 nahmen viele Würzburger in den fliegenden Verbänden am Ersten Weltkrieg teil. Der Krieg 1914–1918 unterbrach die zivile Fliegerei auf dem Galgenberg. Erst als sich erste Segelflieger wieder in die Lüfte schwangen, begann auch der Motorflug mit einer 1924 erbauten Fliegerschule erneut aufzublühen. Mit Robert Ritter von Greim begann 1927 die Blütezeit der Fliegerschule in Würzburg, in der auch berühmte Fliegerlegenden wie Ernst Udet und Elly Beinhorn weilten. Erst die ab 1935 durch die Nationalsozialisten vollzogene Erweiterung der Fliegerschule zum Fliegerhorst der Luftwaffe unterbrach die zivile Luftfahrt auf dem Galgenberg und die hier aufgestellte Fernaufklärungsgruppe musste in den Zweiten Weltkrieg ziehen. 523 Abb. 272 S.
Nr. P 540105 **Gebunden mit Schutzumschlag** **24,95 €**



Franz Kurowski
Oberstleutnant Heinz Bär
Als Jagdflieger an allen Fronten
105 S/W-Abbildungen
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 575730 **9,95 €**

Dies ist die Geschichte von Oberstleutnant Oskar-Heinrich Bär. Er war einer der wenigen Jagdflieger, die vom ersten Kriegstag bis zum 8. Mai 1945 im Einsatz standen. Seine ersten Luftsiege errang er im Westfeldzug. Als Jagdflieger an allen Fronten eingesetzt stand er in Frankreich, im Luftkrieg über England, im Mittelmeerraum, in Afrika, in Russland und in der Reichsverteidigung im Einsatz. Ausgezeichnet mit dem Eichenlaub und Schwertern zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes, wurde er von Hermann Göring wegen seiner Unbeugsamkeit vom Gruppenkommandeur zum Staffelkapitän degradiert. Am Ende des Krieges flog er die legendäre Me 262 und erzielte mit ihr weitere 16 Abschüsse. Mit 221 anerkannten Luftsiegen zählt er zu den erfolgreichsten Jagdfliegern aller Zeiten.



Roland Kaltenegger
Blutende Fronten
Truppenärzte, Sanitäter und Rotkreuzschwestern im Zweiten Weltkrieg
Dieses Buch ist alles andere als ein Heldenepos, wie man es tausendfach über den Krieg kennt. Denn das Leben im Graben- und Stellungskrieg mit seinem Schlamm, dem Wasser und den Ratten sowie den menschenverachtenden Tages- und Nachtmärschen während der „Blitzkriege" ohne die entsprechenden Ruhepausen ist nichts Heroisches, sondern es macht das Leben der geschundenen Frontsoldaten zur Hölle. Aus diesem Grund geht es hier auch nicht um die großen Schlachterfolge und Siege der Generalität, sondern um die stumme Pflichterfüllung von Menschen, die der Krieg schicksalhaft zusammengewürfelt hat und die vielfach vor Angriffsbeginn im Morgengrauen verspürten, dass sie bereits am Abend tot sein werden, noch ehe die Sonne blutrot am Horizont des Schlachtfelds versinkt. In diesem Werk geht es in erster Linie um die Darstellung der leidenden Frontsoldaten und der permanent überforderten Truppenärzte und Sanitäter sowie um das Leben der Rotkreuzschwestern im Inferno des Schlachtgetümmels, um ihr persönliches Schicksal, ihre Ängste, Sorgen und Nöte; aber auch um die Gewissensqualen und Sehnsüchte am Rande der menschlichen Existenz; um den Tod auf dem Schlachtfeld, wenn sich Mann gegen Mann unausweichlich gegenüberstehen. - 384 S.
Nr. P 540075 **Gebunden** **16,95 €**

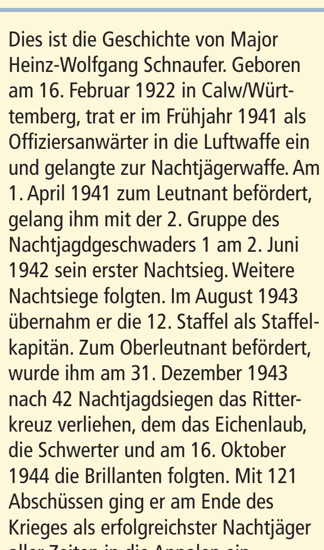


Hans-Joachim Röll/Thomas Wende
In der Hölle der Atlantikschlacht – Die Feindfahrten des Wachoffiziers Rudi Walther auf U 87, U 256 und U 92 1942–1945
Dies ist die Geschichte von Oberleutnant zur See Rudolf Walther. Am 30. Juni 1922 in Dohna, Sachsen, geboren, trat er am 1. Oktober 1940 als Seeoffiziersanwärter in die Kriegsmarine ein. Nach seiner Grundausbildung, gefolgt von der praktischen Bordausbildung auf dem Zerstörer Z 24 wurde er auf U 87 kommandiert, mit dem er an zwei Feindfahrten unter Kapitänleutnant Joachim Berger teilnahm, die ihn vom Nordatlantik bis zur Neufundlandbank und Nova Scotia führten. Als I. Wachoffizier auf U 256, eines der wenigen U-Boote, die zu einem Flak-U-Boot umgebaut worden waren und das unter dem Kommando von Werner Brauel stand, erlebte er die Hölle der Atlantikschlacht der Jahre 1943 und 1944. Schon längst waren die deutschen Unterseeboote vom Jäger zum Gejagten geworden. Mit Beginn der Invasion am 6. Juni 1944 stand auch U 256 im Gegner, wurde allerdings durch Bombentreffer derart beschädigt, dass es zurück zum Stützpunkt musste. Die Besatzung von U 256 übernahm U 92 in Brest und Rudolf Walther war wiederum als I. Wachoffizier mit an Bord. Im Januar 1945 folgte ein Kommandantenlehrgang in Danzig und die Kommandierung auf U 3011, einem Boot von Typ XXI, des zu dieser Zeit wohl modernsten U-Bootes der Welt. 368 S.
Nr. P 540093 **Gebunden** **19,95 €**



Günter K. Koschorrek
Vergiss die Zeit der Dornen nicht
Ein Soldat der 24. Panzerdivision erlebt die sowjetische Front und den Kampf um Stalingrad
341 Seiten/Gebunden
Nr. P 540016 **14,95 €**

Günter K. Koschorrek war nicht Heerführer, nicht Wissenschaftler oder Historiker, er hat in seinem Buch zusammengefasst, was er als einfacher Soldat im Grauen des Krieges täglich aufgeschrieben hat. Sein Erleben des Krieges war ein anderes als das in den Stäben oder Befehlsständen. Der Verfasser war 19 Jahre alt, als ihn der Krieg in seiner schlimmsten Phase einholte und ihn in seine unerbittliche Gewalt nahm. Er hatte zu gehorchen und nicht nach dem Warum zu fragen. Das NS-Regime, das seine Ziele gnadenlos verfolgte, hatte eine ganze Generation unter Eid und in die Pflicht genommen, ihre Ideale schändlich missbraucht. Der Autor berichtet über seine Erlebnisse tagebuchartig, ohne Umschweife und auf objektive Art und Weise und erreicht dadurch eine große Authentizität, die unter die Haut geht.



Franz Kurowski
Major Heinz-Wolfgang Schnaufer
Der erfolgreichste Nachtjäger aller Zeiten
135 S/W-Abbildungen
160 Seiten/Gebunden
Nr. P 575736 **9,95 €**

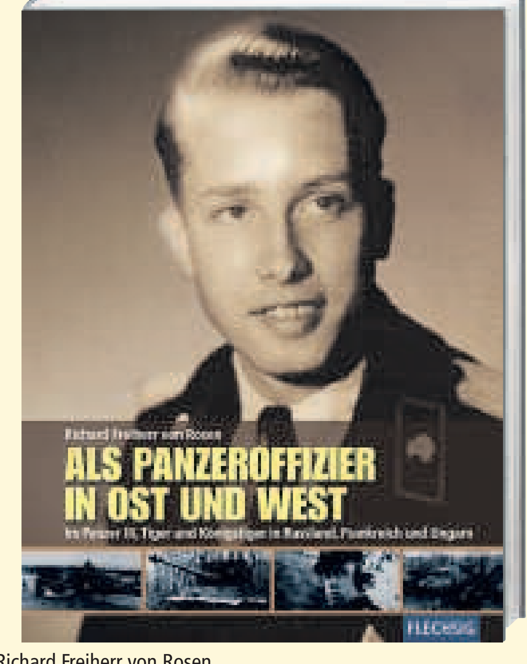
Dies ist die Geschichte von Major Heinz-Wolfgang Schnaufer. Geboren am 16. Februar 1922 in Calw/Württemberg, trat er im Frühjahr 1941 als Offiziersanwärter in die Luftwaffe ein und gelangte zur Nachtjägerwaffe. Am 1. April 1941 zum Leutnant befördert, gelang ihm mit der 2. Gruppe des Nachtjagdgeschwaders 1 am 2. Juni 1942 sein erster Nachtsieg. Weitere Nachtsiege folgten. Im August 1943 übernahm er die 12. Staffel als Staffelkapitän. Zum Oberleutnant befördert, wurde ihm am 31. Dezember 1943 nach 42 Nachtjagdsiegen das Ritterkreuz verliehen, dem das Eichenlaub, die Schwerter und am 16. Oktober 1944 die Brillanten folgten. Mit 121 Abschüssen ging er am Ende des Krieges als erfolgreichster Nachtjäger aller Zeiten in die Annalen ein.

Roland Kaltenegger
Hakenkreuz über Griechenland
Der Deutsche Balkanfeldzug 1941 in Dokumenten und Zeitzeugenberichten
239 S/W-Abb., 376 Seiten.
Nr. P 540067 **16,95 €**

Der Balkan, das Pulverfass des Alten Kontinents, stand seit jeher im Spannungsfeld von inneren und äußeren Interessen. Auch die beiden Achsenmächte waren sich bezüglich ihrer Balkanpolitik alles andere als einig. Mussolini, dessen Ziel eine Art Mittelmeerimperium war, griff im Herbst 1940 Griechenland an. Etwa gleichzeitig kam es in Jugoslawien zum Putsch gegen die deutschfreundliche Regierung. Als sich die italienische Armee in Griechenland nicht durchsetzen konnte, sah sich Hitler gezwungen, zur Wahrung seiner Ziele, Jugoslawien und Griechenland gleichzeitig anzugreifen. Nach der Eroberung von Jugoslawien schloss sich die Besetzung des gesamten griechischen Festlands an. Der Erfolgsautor Roland Kaltenegger, schildert im vorliegenden Werk die Geschichte des deutschen Balkanfeldzuges von 1941.



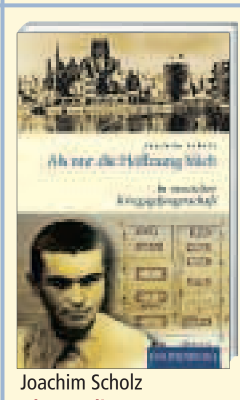
Hans-Joachim Röll
Generalleutnant d. Res. Hyacinth Graf Strachwitz
Vom Kavallerieoffizier zum Führer gepanzerter Verbände
Dies ist die Geschichte von Hyacinth Graf Strachwitz. Am 30. Juli 1893 in Groß-Stein in Oberschlesien geboren, gehörte er einem alten schlesischen Adelsgeschlecht an. Nach seiner Kadettenzeit in Lichterfelde ins Regiment „Garde du Corps" aufgenommen und von Kaiser Wilhelm II. persönlich zum Leutnant der Reserve befördert, nahm er am Ersten Weltkrieg als Führer von berittenen Fernspähtrupps im feindlichen französischen Hinterland teil. Im Zweiten Weltkrieg kämpfte er als Führer gepanzerter Verbände im Balkanfeldzug, in Russland, beim Vorstoß auf Stalingrad, der Schlacht um Charkow und bei den Abwehrkämpfen im Frühjahr 1944 im Rahmen der Heeresgruppe Nord. Ausgezeichnet mit den Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern, war er einer der höchst ausgezeichneten Soldaten des Zweiten Weltkriegs. 220 SW-Abb. 193 Seiten.
Nr. P 540015 **Gebunden mit Schutzumschlag** **24,95 €**



Richard Freiherr von Rosen
Als Panzeroffizier in Ost und West
Im Panzer III, Tiger und Königstiger in Russland, Frankreich und Ungarn
Am 22. Juni 1941 beginnt mit dem Unternehmen „Barbarossa" für Richard Freiherr von Rosen als Richtschütze im Panzer III der Krieg gegen die Sowjetunion. Im Rahmen der 4. Panzerdivision in der Heeresgruppe Mitte eingesetzt, erlebt er seine Feuertaufe beim schweren Kampf seines Regiments um Stary Bychow. Nach seiner Versetzung zur schweren Panzerabteilung 502 kämpft er ab Januar 1943 mit dem Panzer VI „Tiger" zunächst in der Kalmückensteppe. Noch im selben Jahr nimmt Rosen – jetzt als Leutnant und Zugführer bei der 3. Kompanie der Tigerabteilung 503 – an der Operation „Zitadelle", der größten Panzerschlacht des Zweiten Weltkriegs teil. Es folgen Einsätze an der Invasionsfront in der Normandie und die Operation „Horthy" sowie die Rückzugskämpfe der schweren Panzerabteilung 503 in Ungarn mit „Königstigern". Format 24 x 30 cm. 445 Abb. 320 S.
Nr. P 540044 **Gebunden mit Schutzumschlag** **29,95 €**

Joachim Scholz
Von Danzig nach Danzig ... ein weiter Weg 1933-1945
Schicksal einer Generation
30 farbige Abbildungen.
256 Seiten/Gebunden
Nr. P 533142 **14,95 €**

War es wirklich so? Wie konnte es so weit kommen? Diese Fragen wurden Joachim Scholz nach entsprechenden Fernseh-, Radio- oder Zeitungsberichten von seinen Kindern immer wieder gestellt. Sein Bericht beginnt am 1. September 1939 in Danzig, als er vom Kanonendonner der Schiffsartillerie geweckt wird und endet am 9. Mai 1945, als er nach den schweren Abwehrkämpfen in Ostpreußen, die er als junger Leutnant erlebt, bei der Kapitulation in Sichtweite seiner Heimatstadt Danzig in russische Kriegsgefangenschaft gerät. Seine Erinnerungen führen aber auch zurück in die schicksalhaften Jahre 1933-1939, die er als Schüler und Angehöriger der Hitlerjugend erlebte und die das Lebensgefühl in dieser Zeit widerspiegeln. Es liegt ihm am Herzen, nachzuzeichnen, wie leicht Idealismus, gerade bei jungen Menschen, fehlgeleitet und von Meistern der Demagogie verwandt werden kann.



Joachim Scholz
Als nur die Hoffnung blieb
In russischer Kriegsgefangenschaft
66 Abbildungen.
256 Seiten/Gebunden
Nr. P 533151 **14,95 €**

Joachim Scholz, 1924 in Danzig geboren, hat in seinem Buch „Von Danzig nach Danzig ... ein weiter Weg" die Jahre von 1933 bis 1945 geschildert, die Zeit einer sorglosen Jugend im Freistaat Danzig bis zum 8. Mai 1945, dem Tag der Kapitulation. Mit dem Morgen des 9. Mai 1945 beginnt nun dieses Buch und führt damit nahtlos weiter in die vier langen Jahre russischer Kriegsgefangenschaft. Dem Autor gelingt es auch hier, mit bewegenden Worten die Stimmung dieser Jahre einzufangen, die Ängste und Hoffnungen in dem immer aussichtsloser werdenden Kampf um das Überleben, bis schließlich der so lang ersehnte Schritt in die Freiheit erreicht wird. Aber Scholz will mehr als heute fast unvorstellbaren Erlebnisse festhalten: Er will zeigen, dass es sich immer lohnt, in schweren Zeiten durchzuhalten. So wird dieser fesselnde Zeitzeugenbericht ein Buch, das Mut macht.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....

Straße/Nr. .... Telefon ....

PLZ/Ort ....

Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Hartz IV: Jeder Zehnte ist Syrer

Nürnberg – Jeder zehnte der insgesamt knapp sechs Millionen Hartz-IV-Empfänger ist Syrer. Dies geht laut „Bild“-Zeitung aus Zahlen der Bundesagentur für Arbeit hervor. Die zweitgrößte Gruppe von Ausländern unter den Hartz-IV-Beziehern bilden die Türken mit gut einer Viertelmillion. Insgesamt hat mit gut zwei Millionen mehr als jeder dritte Empfänger dieser Leistung eine ausländische Staatsangehörigkeit. *H.H.*

Korruption an Botschaften

Berlin – Die Berliner Staatsanwaltschaft ermittelt laut „Spiegel“ gegen Ortskräfte der deutschen Botschaften in Beirut und Teheran. In Teheran sollen Mitarbeiter Visa für 5000 bis 10 000 Euro illegal verkauft haben. In Beirut ging es um die Vermittlung kurzfristiger Termine für bis zu 5000 Euro. Wegen Korruption werde auch gegen eine Deutsche und einen Syrer an der deutschen Botschaft in Ankara ermittelt. *H.H.*

ZUR PERSON

Ein Sammler von »Peanuts«

Die Deutsche Bank (DB) wird wieder deutscher. Die Ausländer Ackermann (Schweiz), Jain (Indien) und Cryan (England), die dort seit 2002 an der Spitze standen, haben dem traditionsreichen Frankfurter Bankhaus, das voll vom Sog der Lehman-Pleite erfasst wurde, wenig Glück gebracht. In dieser Zeit schrieb das Haus drei Jahre lang rote Zahlen, ist es im internationalen Bankenvergleich von der Spitze ins Mittelmaß und sein Börsenkurs in den Keller abgerutscht.

Spielt die Mannschaft im Tabellenkeller, wird der Trainer ausgetauscht. Der Neue, der auf Cryan folgt, heißt **Christian Sewing**, stammt aus dem westfälischen Bünde und ist mit 47 Jahren der jüngste DB-Chef seit dem Gründungsvorsitzenden Georg von Siemens vor fast 150 Jahren.

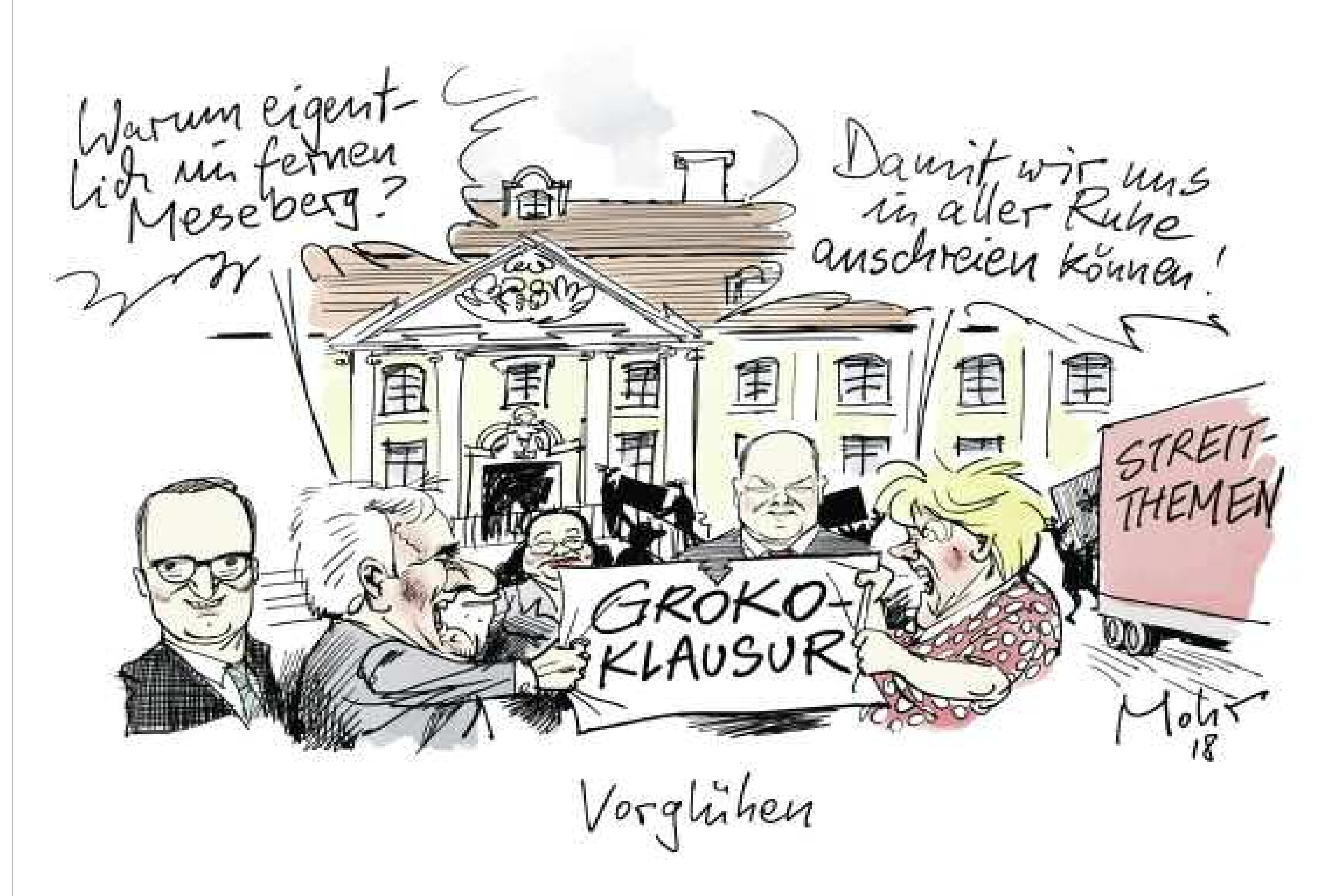
Und er ist ein Eigengewächs. Von einer kurzen Ausnahme abgesehen, als er für die Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank tätig war, hat er für die DB gearbeitet. Selbst die Lehre hat er in einer DB-Filiale in Bielefeld absolviert. Nach einem betriebswirtschaftlichen Studium war der passionierte Ten-



Bild: Deutsche Bank

nisspieler und verheiratete Vater von vier Kindern als Risikomanager in den Bankenfilialen von Singapur, Toronto, Tokio und London tätig. Als sein Meisterstück aber gilt die Verschmelzung der Postbank mit dem Filialgeschäft der DB, die zur größten deutschen Privatkundenbank mit mehr als 20 Millionen Kunden ausgebaut werden soll.

Das Ziel müsse sein, wieder kundenorientierter zu sein, so Sewing. Soll heißen: weg vom Investmentbanking, das der Bank in Glanzzeiten hohe Gewinne beschert hat, das aber zuletzt wegen der niedrigen Zinsen verlustreich war, und dafür zurück zum früheren Kerngeschäft mit den privaten und Firmenkunden. Als „Peanuts“ hätte der frühere DB-Chef Hilmar Kopper das bezeichnet. Sewing wird davon viel einsammeln müssen, um die Bank wieder auf die Beine zu stellen. *H. Tews*



Vorglühen

Einiges passiert!

Wie der Siedlungsraum Deutschland verteilt wird, wie Jens Spahn in die Falle ging, und wie es noch drastischer werden könnte / Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Was war das denn eben? Haben Sie das mitgekriegt? Gerade flog die Meldung vorbei, Israel habe sich mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk darauf geeinigt, mehr als 16 250 illiegale Einwanderer in westliche Länder „umzusiedeln“. Als bevorzugte Siedlungsgebiete für die Leute, die überwiegend aus dem Sudan und aus Eritrea über den Sinai eingedrungen sein sollen, haben Israel und die UN-Organisation Kanada, Italien und Deutschland ausgesucht, so die Nachricht.

Die Bundesregierung ließ verlauten, ihr liege „keine konkrete Anfrage“ vor. Auf Deutsch: Berlin wusste von nichts. Das Bundesinnenministerium schob aber gleich nach, Deutschland sei seinen humanitären Verpflichtungen auch durch die Aufnahme solcher „Flüchtlinge“ aber „immer umfassend nachgekommen und wird das auch in Zukunft tun“.

Bemerkenswert, mit welcher Selbstverständlichkeit eine ausländische Regierung und die Vereinten Nationen über die Besiedlung Deutschlands verhandelt haben, ohne dass die deutsche Seite auch nur gefragt worden wäre. Einen Moment lang mochte man nachempfinden, wie sich die Indianer gefühlt haben dürften, als der „weiße Mann“ mit leichter Hand die Neubevölkerung ihrer Heimat verfügte.

Die starrsinnigen, ausländerfeindlichen Ur-Amerikaner haben indes bis zum bitteren Ende verbissen gekämpft gegen das, was die Vereinten Nationen heute „Resettlement“ nennen. Da sind wir heutige Deutsche viel weltoffener. Berlin protestierte nicht einmal gegen den Versuch, übertölpelt zu werden. Wie gesehen, schob man stattdessen nach, wie „umfassend“ wir „auch in Zukunft“ solchen Forderungen „nachkommen“ würden.

Doch da war es leider schon zu spät. Nicht am Einspruch Berlins ist der Transfer der Afrikaner vorerst gescheitert, sondern an der schnell entflammten Debatte in Israel selbst. Woran erinnert uns das? Genau: 2015/16 ebbte der Asylsucher-Ansturm über die Balkanroute ja auch nicht ab, weil die Regierung Merkel die Leute draußengehalten hätte, sondern weil Viktor Orbán das für uns übernommen hat, indem er Ungarns Grenze schloss. Für diese Missetat verabscheuen wir ihn auf ewig. Ein herber Schlag, dass dieser Kerl schon wieder die Wahlen gewinnen konnte.

Doch wie es aussieht, können wir auf die Hilfe dieses populistischen Scheusals demnächst verzichten. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ verkündet Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, bekannt als der „konservative Hardliner der CDU“, dass es beim Schutz der EU-Außengrenzen stramm vorangeht.

Bislang habe man Italien, Griechenland, Ungarn und Rumänien bei der Bewachung der EU-Außengrenzen alleingelassen. Die EU-Grenzwachtbehörde Frontex brauche hunderttausend Mann, fordert Spahn und berichtet, da sei auch „schon einiges passiert“.

> »Erklärung 2018«: Wenn das Volk den »Demokraten« die Demokratie verdirbt

Hunderttausend Mann – und schon einiges passiert! Donnerwetter! An dieser Stelle hätte ein deutscher Journalist respektvoll genickt und wäre zum nächsten Thema übergangen, was Jens Spahn wohl auch erwartet hat. Ärgerlicherweise saß er aber zwei Schweizern gegenüber, die mit dem deutschen Ping-Pong-Spiel zwischen Politikern und regierungsfreundlichen Journalisten nicht vertraut sind und den Minister daher mit der dreisten Frage überfielen: „Wie viele Mitarbeiter hat Frontex heute?“ Antwort Spahn: „250.“ Autsch.

Zum Glück liest die Schweizer Blätter bei uns kaum einer. Dürfen die eigentlich noch am Kiosk verkauft werden, obwohl sie mit solch populistischen Fragen doch nur Misstrauen in der Bevölkerung säen, wodurch man bekanntlich „den Hass schürt“ und „die Gesellschaft spaltet“?

Sie, die deutsche „Gesellschaft“, hat ohnehin Ärger genug am Hals. Die Unterstützerschar der „Erklärung 2018“, wir hatten sie schon erwähnt, wächst immer noch jeden Tag um mehrere Tausend, 115 000 waren es, als diese Zeilen entstanden. Um wachzurufen, worum es überhaupt geht, wiederholen wir hier noch einmal den ohnehin knappen Text der Erklärung, der lautet: „Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird. Wir solidarisieren uns mit denjenigen, die friedlich dafür demonstrieren, dass die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird.“ Die Initiatorin der Erklärung, *PAZ*-Autorin Vera Lengsfeld, will den Text nach Ende der Unterschriftensammlung als Petition an den Bundestag richten.

Die Macher des ARD-Kulturmagazins „Titel, Thesen, Temperamente“ („ttt“) sehen in diesen zwei Sätzen „menschenfeindliche Ressentiments“ und „völkischen Nationalismus“ am wirken und äußern die Sorge: „Vielleicht halten die Demokraten die Demokratie ja für zu selbstverständlich. Ein großes Risiko.“

Um diesem Risiko die Stirn zu bieten, haben die „ttt“-Leute, so versprachen sie es im Vorspann ihrer jüngsten Sendung, mit wichtigen Experten geredet, nämlich mit dem Publizisten Michel Friedman, der Roman-Autorin Juli Zeh, der Journalistin Alice Schwarzer, dem Sozialpsychologen Harald Welzer und der Extremismusforscherin Julia Ebner.

Juli Zeh hat Angst: „Also, die Emotionen in der Bevölkerung und das, was wir hier genießen, haben sich sehr weit entfernt – und das finde ich besorgniserregend.“ Sie fürchtet, dass die Leute, die so eine Erklärung unterschreiben, „natürlich nicht Halt machen vor noch drastischeren Maßnahmen“. Noch drastischere Maßnahmen als eine – Petition? Um Himmels Willen!

Die Gegner der „Erklärung 2018“ betonen immer wieder, dass es gar keine illegale Masseneinwanderung mehr gebe und die die Grenzen in Wirklichkeit rechtsstaatlich kontrolliert würden, weshalb man da auch nichts „wiederherstellen“ müsse. Alles andere sei rechtspopulistische Angstmache, also Hetze.

Da haben sie natürlich recht: An der Grenze wird an einigen Punkten tatsächlich kontrolliert. Und dort dürfen ausschließlich diejenigen herein, die „Asyl“ sagen. Sonst geht gar nichts. Drakonisch, nicht wahr?

Interessant an dem „ttt“-Beitrag: Die angekündigte Alice Schwarzer kommt gar nicht vor. Nanu? Wir haben nach Gründen für ihr Verschwinden geforscht und einen gefunden. Am 5. April erschien in Schwarzers Magazin „Emma“ der Bericht einer Lehrerin, die von muslimischen Schülern erzählt, welche in den Moscheen einer radikalislamischen „Gehirnwäsche“ unterzogen würden. Unterricht sei mit vielen dieser Schüler nicht mehr möglich, sie stellten den Koran über das Grundgesetz, gingen auf Andersgläubige los, verachteten Frauen und so weiter.

Kaum ein Lehrer wage es noch, im Unterricht etwas gegen Islamismus zu sagen. Tue er es doch, werde nicht etwa der islamistische Schüler ermahnt, sondern der Lehrer von der Schulleitung gemaßregelt. An ihrer Schule werde auch Islamunterricht erteilt, von Lehrerinnen mit Kopftuch, von denen die meisten flammende Erdogan-Anhänger seien, was dann auf deren Schüler abfärbe. Wie man mit dem fundamentalistischen Islam umgehe, hänge oft von der Parteizugehörigkeit des Schulleiters ab. In der Regel vertusche die Schulleitung den Islamismus.

In diesem unerträglich unsensiblen Ton geht es weiter. Wer, wie Alice Schwarzer es getan hat, so etwas in seinem Blatt abdruckt, hat sich selbst aus der Gemeinschaft der Weltoffenen, der Toleranten und der Bunten ausgeschlossen.

Der Bericht der Lehrerin erschien glücklicherweise schon am 5. April, „ttt“ wurde erst am 8. ausgestrahlt. Wie es aussieht, konnte man Alice Schwarzer gerade noch von der Liste streichen. Das war so knapp, dass die Zeit nicht mal mehr reichte, ihren Namen auch aus der Anmoderation zu tilgen. Der „ttt“-Beitrag schloss übrigens mit einem lodernden Aufruf zum freien Meinungsstreit. Ernsthaft! Ganz ohne Ironie oder gekreuzte Finger.

MEINUNGEN

Bundesgesundheitsminister ***Jens Spahn*** *(CDU) nennt im Gespräch mit der „Neuen Zürcher Zeitung“ (4. April) Ursachen dafür, dass das* ***Vertrauen*** *der Deutschen in ihren* ***Rechtsstaat schwindet:***

„Vertrauen ging massiv mit der Flüchtlingsfrage verloren, aber nicht nur. Die Aufgabe des Staates ist es, für Recht und Ordnung zu sorgen. Diese Handlungsfähigkeit war in den letzten Jahren oft nicht mehr ausreichend gegeben. Die deutsche Verwaltung funktioniert sehr effizient, wenn es darum geht, Steuerbescheide zuzustellen. Bei Drogendealern, die von der Polizei zum zwanzigsten Mal erwischt werden, scheinen die Behörden aber oft ohnmächtig.“

Der emeritierte Göttinger Professor ***Bassam Tibi*** *warnt in der „Basler Zeitung“ (5. April) vor der Verwandlung Europas in* ***„Eurabia“:***

„Als Syrer und Muslim habe ich keine Einwände, wenn diese Menschen Europäer werden und nicht die Konflikte und die Gewalt in Nahost mit nach Deutschland bringen. Fakt ist, dass die arabischen Flüchtlinge Deutschland verändern, und nicht umgekehrt ... Fakt ist auch, dass die EU keine Politik hat, um mit diesem, ihre Existenz bedrohenden Phänomen umzugehen. Ebenso Fakt ist, dass es sich hier nicht um ein ‚politisches Asyl‘, sondern um eine Völkerwanderung handelt.“

Anba Damian*, Generalbischof der koptisch-orthodoxen Kirche in Deutschland, warnt in der „Jungen Freiheit“ (6. April) vor* ***Naivität*** *gegenüber dem* ***Islam:***

„Was ich in Europa über die säuberliche Abtrennung des Islamismus vom Islam höre, ist weltfremd. Wir Kopten kennen die Realität, nämlich dass der Islam solange wie ein Lamm wirkt, wie er in der Minderheit ist. Das aber ändert sich fundamental, sobald er die Mehrheit hat.“

Der im Libanon geborene Politologe und Islamwissenschaftler ***Ralph Ghadban*** *warnt in der „FAZ“ (7. April) vor zu viel* ***Zuwanderung*** *und insbesondere vor dem* ***Familiennachzug:***

„Integration ist immer ein Langstreckenlauf. Ihr Gelingen hängt immer auch davon ab, dass man den Zustrom regeln und drosseln und sich auf die schon Anwesenden konzentrieren kann. Ich glaube, dass die faktische Obergrenze von 220 000 Neuankömmlingen ... noch viel zu hoch angesetzt ist. Ich warne zudem vor einer Ausweitung des Familiennachzugs ... Sie würde die Bildung neuer Strukturen befördern, die die Integration erschweren, statt sie zu erleichtern.“

Michael Klonovsky *fasst auf seinem Blog (michael-klonovsky.de, 8. April) die* ***Ausweglosigkeit der linken Kampagne*** *gegen die überaus erfolgreiche* ***„Erklärung 2018“*** *(die PAZ berichtete) auf sarkastische Weise zusammen:*

„Wahrscheinlich treiben solche Negativberichte, so langweilig sie auch sein mögen, die Unterzeichnerzahl zuverlässiger in die Höhe als eine neutrale Darstellung; die Genossen Medienschaffenden können also tun, was sie wollen, es ist immer falsch.“